



ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG



- **Lebenserinnerungen**
Der Pädagoge und Pazifist
Johann Orthmann (Teil 2)
- **Fälschungen**
Grenzlandpolitiker als
angebliche Stasi-Spione
- **Nordstaat-Konferenz**
Perspektiven der Grenzregion
- **Sinti und Roma**
Wohnprojekt für eine
nationale Minderheit

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCH-DÄNISCHEN DIALOG

HERAUSGEBER: ADS – GRENZFRIEDENSBUND e.V.
Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig

Redaktionsgeschäftsstelle: Ingrid Schumann, Referentin für Grenzlandfragen

Anschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg
Telefon (04 61) 86 93-25 · Telefax (04 61) 86 93-20
E-Mail: grenzfriedensbund@ads-flensburg.de
www.grenzfriedensbund.de

Geschäftszeit: Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr
Mittwoch, 09.00-16.00 Uhr
Außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 86 93-0

Beitrag: 15 € für Einzelmitglieder, 30 € für Verbände, Schulen usw.

Abonnement: 15 € Inland, 17,50 € Ausland

Bankverbindungen: HypoVereinsbank (BLZ 200 300 00) Kto.-Nr. 80 009 407
Nord-Ostsee-Sparkasse (BLZ 217 500 00) Kto.-Nr. 82 988

I N H A L T

Seite

Reimer Hansen

Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns (1898-1978)
als historische Quelle – Teil 23

Thomas Wegener-Friis / Helmut Müller-Enbergs

Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione?
Analyse und Hintergrund einer Aufsehen erregenden Fälschung21

Michael Ruck

Perspektiven des Nordens im Nordstaat.
Eine Konferenz in Flensburg37

Renate Schnack

Kulturbewahrung und Integration.
Maro Temm – ein Wohnprojekt für Sinti und Roma49

Umschau57

Buchbesprechungen68

Mitarbeiter/innen dieses Heftes77

Abbildungsnachweis78

Verzeichnis der im Jahre 2007 in den Grenzfriedensheften
erschiedenen Aufsätze79

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 3 €.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Ove Jensen, M.A., Hasselbrookstraße 131, 22089 Hamburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15 · 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharfl, Friedrichstal 55 · 24939 Flensburg

Dr. Gerret Liebing Schlaber, Tækkerløkke 26 · DK-6200 Aabenraa

Redaktionsanschrift: Marienkirchhof 6 · 24937 Flensburg

Satzerstellung: Mittelstaedt Media Design, Westertoft 15 · 24955 Harrislee

Telefon 0461 / 700 29 99 · Telefax 0461 / 700 29 98 · E-Mail: mittelstaedt-design@web.de

Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9 · 24941 Flensburg

Die Lebenserinnerungen Johann Ohrtmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 2

von REIMER HANSEN

Nach der quellenkritischen Untersuchung im ersten Teil seines Beitrages (H. 4/2007) stellt Reimer Hansen nun die von der Wilhelmischen Ära des Kaiserreichs bis in die Bundesrepublik reichenden Erinnerungen Johann Ohrtmanns als eine Quelle von hohem biographischen und regionalhistorischen Interesse vor. Dabei geht es auch um Ohrtmanns frühzeitiges Engagement für die deutsch-dänische Verständigung.

Die Redaktion

II. Inhaltliche Schwerpunkte und Aspekte

Liest man die Lebenserinnerungen Ohrtmanns unter den erörterten kritischen Prämissen, dann erweisen sie sich als eine außerordentlich ergiebige erzählende Quelle, die reichen Aufschluss über die private wie die öffentliche Biographie, über den Pazifisten wie den Schulmann, zugleich aber auch über die allgemeinen und besonderen zeit- und regionalgeschichtlichen Zusammenhänge zu geben vermag. Die rückblickenden Aufzeichnungen zur Information und Unterrichtung der Nachkommen sind größtenteils auch Autobiographie, Erfahrungsgeschichte und Selbstzeugnis, vor allem aber sind sie persönliche Erinnerungen¹² im Ruhestand an das aktive Leben in der seit dem Dreißigjährigen Krieg wohl bewegtesten und erschüttertesten Zeit der neueren deutschen Geschichte. Dabei geht es Ohrtmann ausschließlich um die wahrheits- und wirklichkeitstreuere Selbsterzählung und Selbstbezeugung seines Lebens in der Absicht und mit dem Ziel, es den Kindern und Enkeln nicht nur zu beschreiben, sondern auch in den Zeitläuften des 20. Jahrhunderts zu erläutern und zu erklären, um sie damit in den Stand zu setzen, es über die bloße Kenntnis hinaus auch zeitgeschichtlich verstehen und begreifen, beurteilen und einordnen zu können. Nicht dagegen um kritische Selbstreflexion oder diskursive Selbstverständigung und schon gar nicht – wie so oft in der zeitgeschichtlichen Memoirenliteratur – um Selbstrechtfertigung. Johann Ohrtmann gibt auf eine bemerkenswert unprätentiöse Art und Weise Auskunft. Und er ist bei aller Unbill, die ihm zugefügt worden ist, ganz offensichtlich mit sich und seinem Leben im Reinen. Er gehörte zu den nicht gerade allzu zahlreichen Deutschen, die sich wegen ihres persönlichen Verhaltens und ihrer politischen Haltung in der Weimarer Republik und unter der nationalsozialistischen Diktatur keine Vorwürfe

zu machen oder machen zu lassen brauchten und die den 8.5.1945 persönlich als wirkliche Befreiung erleben konnten.¹³

Die Lebenserinnerungen beschreiben freilich nicht nur eine bemerkenswerte deutsche Ausnahmebiographie, sondern auch einen ungewöhnlichen sozialen Aufstieg aus ganz kleinen Verhältnissen in die Funktionselite der Ministerialverwaltung. Johann Ohrtmann war das erste von drei Kindern – wie er treffend charakterisiert – armer, ordentlicher Leute (S. 21 f., 27, 40), die in einer kleinen Mietwohnung außerhalb Flensburgs ein sehr bescheidenes Leben führten. Sein Vater hatte es vom Hilfsarbeiter in einer Eisengießerei zum Arbeiter in einer Kiesgrube und schließlich zum Kutscher des großen Gemüsegewagens einer Gärtnerei gebracht, der täglich die Grünhandlungen der Stadt besuchte. Der wöchentliche Lohn reichte bei äußerst sparsamer Wirtschaftsführung der Mutter für den Lebensunterhalt der Familie. Und so wurde ihm vor Vollendung seines zwölften Lebensjahres – er schreibt: wie es bei „uns armen Leuten ... eigentlich selbstverständlich“, mithin üblich, gewesen sei – von den Eltern nahegelegt, „doch ans Geldverdienen zur Unterstützung unseres Haushalts zu denken“ (S. 40). Er fand eine kärglich bezahlte Stelle als Laufjunge bei einem Kaufmann, die ihn täglich nach Schluss der Schule um vier, mittwochs und sonnabends bereits um drei Uhr nachmittags in der Regel bis acht, manchmal auch zehn Uhr abends und am Sonntagvormittag von halb zehn bis 12 Uhr beschäftigte. Diese Kinderarbeit entsprach nach heutigen Maßstäben im zeitlichen Umfang mindestens einer Halbtagsstelle mit regelmäßigen Überstunden. Johann Ohrtmann bezeichnet sie gleichwohl als „Glück“ (S. 44). Sie bestand hauptsächlich darin, seinem blinden Arbeitgeber die „Flensburger Nachrichten“ vollständig vorzulesen, an den Tagen bis zehn Uhr abends auch verschiedene Zeitschriften und sonntagvormittags „die zolldicke Sonntagsausgabe des Hamburger Fremdenblatts“ (S. 45). Er habe viel dabei gelernt, namentlich die Erschließung der Bedeutung von Fremdwörtern und Fachausdrücken mit Hilfe ihrer wechselnden Kontexte.

Vater und Mutter entstammten Familien, deren Angehörige – auch wenn sie als Bauern auf der Geest lebten – durchweg wie sie selbst kleine oder arme Leute waren. Johann Ohrtmann beschreibt sein Elternhaus und die weitere Verwandtschaftsfamilie mit Empathie und Respekt.¹⁴ Das gilt insbesondere auch für die mentalen, sozialen und kulturellen Eigenheiten und Gewohnheiten wie den überaus einfachen und genügsamen materiellen Lebensalltag, den sittlichen Ernst der pragmatischen Lebensführung oder die sprachlichen Besonderheiten im deutsch-dänischen Grenzland bis hin zu nur scheinbar nebensächlichen, tatsächlich aber interessanten, aufschlussreichen Details wie dem sozialen „Makel“ der Holzschuhe, den Schulhof- und Freizeitspielen der Kinder, Mutters äußerst sparsamem Kartoffelschalen, ihrem köstlichem Zuckerbrot oder dem gemeinsamen Gesang der Eltern und ihrer Nachbarn in abendlicher Gesellschaft. Die



Abb. 4
Familienfoto, ca. 1903:
Die Eltern Marie und
Fritz Ohrtmann mit
den Kindern Johann,
Martin und Marianne (v.l.)

dabei angestimmten sogenannten Küchenlieder seien damals „durchaus ernstgenommen“ worden. Und für ihn selbst sei „dieser Gesang etwas unsagbar Schönes“ gewesen (S. 21).¹⁵ Unter den nächsten Verwandten erscheint übrigens der den Lesern der Grenzfriedenshefte (GFH 1/1974, S. 42-44) bereits durch seine unspektakulären und geradezu unmilitärischen Kriegserinnerungen bekannte Großvater väterlicherseits, der 1864 als dänischer und 1870 als preußischer Soldat in den Krieg ziehen musste, in ziviler Abbildung und anschaulicher Schilderung im familiären Zusammenhang als Ausdruck der „Geschichte Schleswig-Holsteins in einer Person“ (S. 23)¹⁶.

Johann Ohrtmann war ein kluges, aufgewecktes Kind. Seine Mutter hatte ihn bei der Einschulung auf die Bank gesetzt, die in der Rangordnung der Klassenplätze nach Leistung für die Schlusslichter reserviert war. Er konnte ihr schon bald eine große Freude bereiten, als er mit der Nachricht nach Hause kam, „de Böverste“

geworden zu sein (S. 33). In seinem letzten Schuljahr an der achtklassigen St.-Nicolai-Knabenschule am Pferdewasser in Flensburg vermochte der Klassenlehrer seinen Vater davon zu überzeugen, den begabten Jungen mit Hilfe von Stipendien zum Lehrer ausbilden zu lassen. Dem Besuch der Präparandenanstalt in Apenrade und des Lehrerseminars in Tondern folgten – unterbrochen durch militärische Ausbildung, Kriegsdienst und französische Kriegsgefangenschaft – der Abschluss der Lehrerausbildung nach dem Besuch des Kriegsseminaristenkurses in Rendsburg mit der ersten Lehrerprüfung im November 1919, eine Vertretungsstelle an seiner alten Flensburger Schule, die Versetzung innerhalb der Stadt an die St.-Jürgen Knabenschule mit der zweiten Lehrerprüfung im Rahmen der neuen Form der weitgehend selbstorganisierten Junglehrerarbeitsgemeinschaft und die mehrjährigen Tätigkeiten in Vollstedt und Lägerdorf.

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 wurde er nach vorübergehender Festnahme und offener Diffamierung als pazifistischer und landesverräterischer Lehrer schließlich aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ suspendiert und danach aus dem Schuldienst entlassen. Er zog mit seiner Familie nach Kiel, wo er den Lebensunterhalt mit verschiedenen sich bietenden Gelegenheitstätigkeiten erwarb: in den ersten Jahren zur Hauptsache mit Nachhilfe- und Privatunterricht, während des Krieges als Buchhalter auf der größten Werft der Stadt, der staatlichen Deutsche Werke AG. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er unter der britischen Militärregierung mit den Schulratsgeschäften des Kreises Eutin beauftragt und schon vor Ablauf eines Jahres zum 1. April 1946 gegen seinen erklärten Willen unter Ernennung zum Regierungs- und Schulrat an die Regierung nach Schleswig in die Abteilung Volks- und Mittelschulen versetzt. Nach weiteren zweieinhalb Jahren zog die Abteilung – mittlerweile nicht mehr der Regierung der einstigen preußischen Provinz, sondern des Ministeriums für Volksbildung (seit 1951 Kultusministerium) der Landesregierung Schleswig-Holstein¹⁷ – an den Wohnort der Familie nach Kiel. Ohrtmann hat diese Funktion – zuletzt als Oberregierungsschulrat – bis zum Eintritt in den Ruhestand ausgeübt.

Die hier nur knapp skizzierten biographischen Stationen des Schulmanns Johann Ohrtmann werden in den Erinnerungen ausführlich, lebendig und anschaulich geschildert. Sie sind nicht nur eine spannende erzählende Darstellung des aus dem Ruhestand retrospektiv erinnerten und überdachten eigenen Lebens, sie sind auch eine reichhaltige Fundgrube für individuelle und exemplarische Erfahrungsgeschichte hinsichtlich des sozialen Aufstiegs aus der unteren Unterschicht in die obere Mittelschicht während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Wege der Bildung, sodann der Lehrerausbildung im Kaiserreich und zu Beginn der Weimarer Republik, des Lehrerberufs an der einklassigen Zwergschule eines vormodernen Dorfes und an der achtklassigen Volksschule einer industriellen

Landgemeinde während der Weimarer Republik, der Widerständigkeit und des Überlebens im Dritten Reich unter dem Willkür-„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und schließlich des Wiederaufbaus eines demokratischen Schulwesens nach dem Zweiten Weltkrieg unter den Bedingungen der britischen Militärregierung, namentlich der Reeducation und der Entnazifizierung, sowie schließlich der extremen materiellen Not einer durch die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen durchweg um fast zwei Drittel angewachsenen und den Krieg weitgehend ruinierten Bevölkerung.

Dabei war der Lehrer und Schulmann Johann Ohrtmann ein dezidierter Anhänger der Reformpädagogik seiner Zeit und der berufsständischen Selbstorganisation der Lehrerschaft. Seine eigenen verbandspolitischen Aktivitäten begannen mit der Gründung der Flensburger Ortsgruppe des Preußischen Junglehrerverbandes und galten alsdann dem kontinuierlichen Engagement im Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrerverein, der 1948 in der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft im DGB aufging.¹⁸ In Flensburg war er Gründungsvorsitzender der organisierten Junglehrer geworden und hatte ihre Interessen offensiv gegenüber dem Schulrat und – bis zum Eklat des Austritts der ganzen Gruppe unter seiner Führung – gegenüber dem Lehrerverein vertreten. In Lägerdorf war er bis zu seiner Entlassung Vorsitzender des lokalen Lehrervereins. Seine reformpädagogische Orientierung läßt sich schwerlich auf ein eigenes Konzept zurückführen, wohl aber auf eine grundlegende Richtung, die zeitgenössischen Ansätzen von der Arbeitsschule Georg Kerschensteiners und Hugo Gaudigs bis zur „lebendigen Schule“ Adolf Reichweins¹⁹ folgt und letztlich in den großen europäischen Traditionen des Humanismus und der Aufklärung wurzelt: Schule und Erziehung, Bildung und Wissen haben den Menschen und der Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu dienen.²⁰

Die reformpädagogischen überschnitten sich mit lebensreformerischen Grundüberzeugungen, die sich bis in die Zeit der Lehrerausbildung zurückverfolgen lassen. Ohrtmann war als Seminarist in Tondern der „Wehrloge Immergrün“ des internationalen Guttemplerordens (IOGT) beigetreten, der den Alkoholismus bekämpfte, sich um die Alkoholkranken sorgte und im Schleswigschen eine bedeutende Rolle spielte. Dabei hatte er das Enthaltensamkeitsgelübde abgelegt. Und er hat es – wie er schreibt – bis 1941 gehalten. In seinen Erinnerungen hat er diesen Schritt bewusst in eine Parallele zur prägenden Einsicht an der Westfront vor Verdun im Sommer 1917 gesetzt, dem Pazifismus jedoch eine noch größere Bedeutung zugewiesen: „Von der Arbeit der Abstinenzlerbewegung wußte ich, daß man für die Abstellung eines Übels seine ganze Kraft einsetzen sollte, und plötzlich ging mir auf: Noch wichtiger als der Kampf gegen den Alkohol und das Alkoholkapital ist der Kampf gegen den Krieg und die Interessenten am Krieg!“ (S. 127). Auch diese Selbstverpflichtung ist wiederum mit einem Gelübde ver-

bunden. Um es noch einmal in Erinnerung zu rufen: „Ich gelobte mir, für den Fall, daß ich überleben würde, dafür zu arbeiten, daß der Krieg in seiner Scheußlichkeit erkannt würde.“

Man wird wohl kaum fehlgeleitet, wenn die Form der unabweislichen, zwingenden Einsicht und des bindenden Gelöbnisses Assoziationen an christliche Bekehrungserlebnisse wachruft. Und in der Tat hat Ohrtmann selbst die Grundmotivation seiner reformerischen Bemühungen, die Schul- und Lebensverhältnisse zu verbessern, auf das Neue Testament, genau: auf seinen Konfirmationsspruch aus dem Jakobusbrief 4,12 zurückgeführt, der zum Sünder erklärt, wer es bewusst unterlässt, Gutes zu tun, obwohl er dazu imstande wäre. Dabei geht es letztlich um die Rechtfertigung vor Gott durch gute Werke.²¹ Ohrtmann schreibt, er habe den Spruch immer als ein Gebot aufgefasst, „alles als schlecht Erkannte zu wandeln mit den Kräften, die einem gegeben sind.“ Und so sei er ihm „eine innere Rechtfertigung bei dem Kampf gegen den Krieg, bei der Arbeit für die Verbesserung der Schulverhältnisse und sozialen Bedingungen und manchem anderen“ gewesen (S. 49). Die Parallelisierung des Kampfes gegen den Krieg mit dem Kampf gegen den Alkohol enthält freilich auch eine explizite antikapitalistische Tendenz, die sicherlich weniger auf das Neue Testament als auf die politischen Grundsätze und Forderungen des Erfurter Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1891 zurückzuführen ist.²² Johann Ohrtmanns Vater war gleichsam selbstverständlich sozialdemokratisch gesinnt und nach dem Ersten Weltkrieg in die SPD eingetreten. Als er daraufhin auch den Sohn als Mitglied warb, bedurfte es – wie dieser sich erinnert – „keiner Überredungskunst“ mehr (S. 126). Aus dem Soldaten war nicht nur der Pazifist, sondern auch der Sozialist Johann Ohrtmann geworden. Er gehörte schon bald dem Vorstand seines Flensburger Ortsvereins an und übernahm zudem die Betreuung der Jugendorganisation der SPD, der Sozialistischen Arbeiterjugend, in Flensburg.

Sein besonderes Engagement galt indes der Deutschen Friedensgesellschaft. Als 1920 in Flensburg eine Ortsgruppe gegründet wird, ist er von Anfang an als hochmotiviertes aktives Vorstandsmitglied dabei und übernimmt die organisatorische Vorbereitung der großen Versammlungen und Massenkundgebungen. Von Vollstedt aus gründet er 1927 die neue Ortsgruppe der DFG im benachbarten Bredstedt. Die Gründungsversammlung wird von 70 bis 80 Personen besucht, von denen 24 schriftlich ihren Beitritt erklären. Noch in Flensburg hatte Johann Ohrtmann an der Entstehung einer Zeitschrift mitgewirkt, die im pazifistischen Geist der Völkerversöhnung dazu beitragen sollte, die durch den Abstimmungskampf 1920 entstandene Kluft zwischen den deutschen und dänischen Einwohnern der Stadt zu überbrücken, und daher ausdrücklich – in seinen Worten – „eine deutsch-dänische Verständigung als Beispiel einer allgemeinen Verständigung der Nationen anstrebte“ (S. 161). Sie wurde 1924 vom Flensburger Vorstand



Abb. 5 Die Brücke. Kopf der ersten Ausgabe, Juni 1924

der DFG begründet und auf seinen Vorschlag „Die Brücke“ genannt. Da sie sich jedoch weder finanziell noch substantiell selbst zu tragen vermochte, ging sie im Einvernehmen mit Johannes Leonhart, dem Vorsitzenden der Kieler Ortsgruppe der DFG, in der bereits erwähnten Neugründung „Deutsche Zukunft“ auf, die von 1925 bis zu ihrem Verbot 1933 mit wechselnden Untertiteln als „Halbmonatsschrift“ erschien (S. 186, 192, 358).

Die DZ führte 1925 zunächst den Untertitel: „Halbmonatsschrift der Norddeutschen Friedensbewegung“ und seit 1929: „Pflichtorgan der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft.“ Mit ihrer Beilage „Die Friedensfront“ war sie zugleich das „Organ des Bundes der Kriegsdienstgegner. Deutscher Zweig der War Resisters International“. Sie wurde zunächst in der Druckerei der sozialdemokratischen Kieler Volkszeitung hergestellt und erschien seit 1927 im Verlag Paul Riechert in Heide. In diesem Jahr übernahm auch Johann Ohrtmann die Schriftleitung der DZ. Leonhart hatte sie ihm angetragen, und er hatte unter der Bedingung eingewilligt, dass sein Name nicht ausdrücklich im Impressum genannt werde. Das sollte sich erst 1932 ändern, als die DZ den neuen Untertitel „Unabhängige Halbmonatsschrift für pazifistische Politik“ erhielt und neben den drei Herausgebern R.G. Haebler (Karlsruhe), J. Schiller (Görlitz) und Louis Satow (Hamburg) im Impressum auch: „Schriftleitung: Johann Ohrtmann“ erschien. Unter seiner Schriftleitung wandelte sich die DZ vom provinziellen verbandsinternen

Informations- und Mitteilungsblatt zu einer überregionalen interessanten Halbmonatszeitung, die sich neben den beiden anderen deutschsprachigen Organen der DFG, der Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ und der Monatsschrift „Die Friedenswarte“, in Norddeutschland behaupten konnte und auch an Zeitungsständen und -kiosken verkauft wurde. Ohrtmann gab der DZ das bekannte Erscheinungsbild mit einem unmittelbar aktuellen Leitartikel als Blickfang unter dem Kopf auf der Titelseite, rechts oben daneben die Ankündigung „Aus dem Inhalt“ und in der Mitte unten die Rubrik „Kurze Pazifisten-Zeitung“.

Die Leitthematik der „Brücke“ blieb ein Schwerpunkt der DZ neben anderen zentralen Themen der zeitgenössischen Friedenspolitik von grundsätzlicher und aktueller Bedeutung. Ohrtmann hat jeden geeigneten Anlass genutzt, um – wie zum Beispiel in Nr. 11 des 8. Jahrgangs vom 1.6.1931 – die pazifistische „Lehre der deutsch-dänischen Grenze“ ins Bewusstsein seiner Leser zu rufen. Dort heißt es resümierend, die deutsch-dänische Grenze zeige, „daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, in einem Jahrzehnt aus der Atmosphäre nationalpolitischer Verhetzung in eine anständige friedliche Stimmung zu kommen. Und das ist eine Lehre, die sich vielleicht auch an anderen Grenzen mit Erfolg anwenden läßt.“ An dieser Erkenntnis hat sich nach einem Dreivierteljahrhundert nichts geändert, mehr noch: sie musste nach dem schrecklichen Rückfall des Zweiten Weltkriegs erst wieder von Neuem gewonnen werden, ist damit aber auch nachdrücklich bekräftigt worden und seither unvermindert aktuell geblieben. Johann Orthmann hat übrigens in den Jahren 1927 und 1928 von Vollstedt aus zwei deutsch-dänische Friedenstreffen in dem gleich weit von Husum, Bredstedt, Schleswig und Flensburg entfernten Geestort Lindewitt organisiert, bei denen einige hundert Personen von beiden Seiten der neuen Grenze zusammenkamen. Die vielfältigen pazifistischen und schulreformerischen Aktivitäten haben Johann Ohrtmann die Begegnung, die Bekanntschaft und gelegentlich auch die Freundschaft mit zahlreichen Gleichgesinnten, aber auch die Feindseligkeit seiner Brek-lumer Widersacher oder gar die Feindschaft der nationalsozialistischen Machthaber und ihrer Parteigänger eingetragen. Als Schulrat in Eutin fand er in der Personalakte eines einstigen Lehrerkollegen ein Schreiben, in dem sich dieser um 1938 damit brüstete, „den landesverräterischen Lehrer Johann Ohrtmann entlarvt und aus dem Amt gebracht“ zu haben (S. 302). Als er zu Beginn seiner neuen Tätigkeit in Eutin den zuständigen Verwaltungsbeamten nach Lehrern im Landkreis fragte, die nicht Nazi gewesen seien, konnte dieser ihm zunächst keinen Namen nennen. Schließlich sei ihm einer eingefallen. Ohrtmann selbst stößt auf die ausgebombte Hamburger Lehrerin Erna tum Suden, die in der Weimarer Republik Reichstagskandidatin der SPD gewesen war und sich in der Nachkriegszeit im Lehrerverein und in der GEW bedeutende Verdienste erwerben sollte. Sie nennt ihm einen dritten Namen. Am Ende sind es ganze 10,

Die Lehre der deutsch-dänischen Grenze.

Von Johann Ohrtmann.

Gewiß besteht an der deutsch-dänischen Grenze keine Kriegsgefahr, ist überhaupt ein deutsch-dänischer Krieg schon fast etwas Undenkbare geworden. Trotzdem ist die Synthese, die hier in letzter Zeit aus nationaler Gegnerschaft und menschlicher Achtung entsteht, durchaus bemerkenswert. Schließlich ist es nur reichlich 10 Jahre her, daß hier in der Abstimmungszeit der nationale Gegensatz so groß war, daß um nur ein kleines und alltägliches Beispiel zu nennen ein junges Mädchen, dessen Vater im Verdacht stand, dänisch stimmen zu wollen — die deutsche Gesinnung des Mädchens wurde von niemand bezweifelt — nicht an einem Tanzkursus teilnehmen konnte, der von Deutschen besucht wurde. —

Das größte Fest des nationalen Dänemarks ist das jährliche Fest auf dem Hügel „Skamlingsbanke“, eben nördlich der alten Königsau-Grenze. Es war vor dem Kriege das Fest der unerlösten „Sønderlytten“, das Lied vom Skamlingsbanke mit seiner schönen, etwas sentimentalen Melodie, das Lied der Dänen in Nordschleswig. Vergebens bemühten sich die Deutschen, mit dem Knivsbergfest, den Skamlingsbankefesten etwas ebenso volkstümliches entgegen zu stellen.

Auf dem diesjährigen Fest auf Skamlingsbanke sprachen nun Führer der bei Deutschland verbliebenen dänischen Minderheit Worte, deren neuer Klang auf die Versammelten tiefen Eindruck machte. Der Lehrer Niels Kjems sprach über die Stellung der dänischen Jugend zum Deutschtum früher und jetzt. Jetzt dürfte man die dänische Jugend südlich der Grenze nicht mehr absondern von ihren deutschen Kameraden. Kein Haß gegen Deutschland dürfte erzogen worden, aber Liebe zum dänischen Vaterlande. Die Schleswiger dürfen nicht durch eine verschiedene Auffassung ihrer Nationalität auseinander gerissen werden.

Noch entschiedener betonte dasselbe Redakteur J. Kronika aus Flensburg. Die neue Zeit habe es mit sich gebracht, dass in Schleswig dänische Gesinnung nicht mehr zusammenfalle mit antideutscher. In dem „Ostseejahr“ hingen in der deutschen Grenzstadt deutsche und dänische Flaggen friedlich nebeneinander. Der Flensburger Oberbürgermeister hatte seine Stadt eine Brücke zwischen Norden und Süden genannt. Die deutsche Jugendherberge auf dem Knivsberg trage nicht den Namen eines Nationalisten, sondern den des aus Nordschleswig stammenden „Rembrandt-Deutschen“ Langbehn. Die Friedensfreunde hätten Recht, die der Meinung seien, daß gerade in den Grenzgebieten wo die Nationalitäten sich mischen, ein guter Nähr-

boden für neue geistige Bewegungen vorhanden sei. Das Neue, das alle erfüllen müsse, sei die Verbindung von nationalem Aufstieg und Selbstbestimmung mit internationalem Frieden und Völkerverständigung.

Aber fast noch mehr als über diese Äußerung unseres Freundes Kronika (K. ist seit Gründung der Ortsgruppe Flensburg der DFG. eifriger und taktvoller Mitarbeiter für den Frieden) freut man sich über eine Äußerung von Professor D. Dr. Scheel, die in dänischen friedensfreundlichen Blättern zitiert wird. Prof. Scheel ist nicht Pazifist. In der Abstimmungszeit war er einer der tätigsten Kämpfer auf der deutschen Seite. Seine nachstehenden Ausführungen entstammen einem Vortrag, den er vor einigen Tagen im Hamburger Rundfunk gehalten hat. „Heimdeutsche“ nennt man die in Nordschleswig geborenen Deutschen im Gegensatz zu den zugezogenen deutschen Beamten und Beamtenkindern.

„Und wenn das Deutschtum auch für den Heimdeutschen Anfang und Ende bleibt, so klingen doch Stimmen aus dem Norden in sein Herz. Von Kindesbeinen an ist davon etwas in seine Seele gedrungen und ein Teil seiner Persönlichkeit geworden. Davon erhält der nationale Kampf hier sein Gepräge. Nirgends in Europa steht er auf einer solchen Höhe, wird er geführt mit einem solchen Respekt vor den ethischen Kräften wie in Nordschleswig. Es gibt wohl kaum ein heimdeutsches Haus, in dem nicht z. B. zu Weihnachten sich nordische Melodien mit hinein mischen. Dasselbe gilt bei allen Freuden und Sorgen des Lebens, überall begegnet man nordischen Klängen.

Deutschland bleibt das Land der Sehnsucht, aber der Norden ist nicht fremd, das Leben ist ausgefüllt mit seelischen und geistigen dänischen Strömungen.

Hier begegnen wir also auf nationaler Grundlage einer übernationalen Verbindung, der persönlichen praktischen Lösung eines Problems, das in unserer Zeit noch für Europäer als unlösbar angesehen wird.“

Wie gesagt, ob man sich hier mit Nadelstichen reizt oder sich anständig behandelt, ein Krieg wird dadurch kaum herbeigeführt oder verhindert werden. Aber die deutsch-dänische Grenze zeigt, daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich ist, in einem Jahrzehnt aus der Atmosphäre nationalpolitischen Verhetzung in eine anständige friedliche Stimmung zu kommen. Und das ist eine Lehre, die sich vielleicht auch an andern Grenzen mit Erfolg anwenden läßt.

Abb. 6 „Die Lehre der deutsch-dänischen Grenze“. Artikel Johann Ohrtmanns in der „Deutschen Zukunft“ vom 1. Juni 1931

mit denen er den Wiederaufbau des Schulwesens im Kreis Eutin beginnen kann. „Wirklicher Nazi“ dagegen, schreibt Ohrtmann, habe kaum einer der belasteten Lehrer gewesen sein wollen. Auch wenn sie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört hätten — paraphrasiert er ihre stereotypen Selbstentlastungen —, seien sie doch „stets dazu gezwungen worden“ und hätten immer auch in Opposition zu einem kleinen Parteiführer gestanden und dadurch viele Schwierigkeiten in Kauf nehmen müssen. „Ich glaube“, fügt er hinzu, „daß die meisten subjektiv die Wahrheit sagten“, tatsächlich hätten sie jedoch ihre Verstrickungen in den Nazismus nolens volens verdrängt. Ihre Behauptung, von den Greuelthaten keine Ahnung gehabt zu haben, erklärt er daher triftig als Selbstschutz, nicht wahrhaben zu wollen, was sie „selbst als mitschuldig kennzeichnete“. Jeder

Mensch, der seine Augen nur einigermaßen offengehalten habe, hätte „davon allerhand gesehen oder gehört haben“ müssen (S. 271 f.). Der exkulpierten Selbstrechtfertigung ihres Verhaltens im Dritten Reich korrespondiert ihr von Ohrtmann erinnertes Lippenbekenntnis, sich in ihrer heimlichen Ablehnung des Nationalsozialismus nichts mehr ersehnt zu haben, „als am Aufbau einer Demokratie und eines demokratischen Schulwesens mitzuarbeiten“ (S. 287).

An solchen Stellen tritt der Gegensatz zwischen dem vorherrschenden gesinnungsfreien, beliebigen Opportunismus und seiner zutiefst gesinnungsethischen Motivation in ein und derselben Lehrerschaft über die Zäsur des Jahres 1945 hinweg besonders deutlich, ja krass in Erscheinung. Er hatte sich nach der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg mit energischer Konsequenz und geradezu missionarischem Eifer daran gemacht, sein Bekehrungserlebnis an der Front in die Tat umzusetzen und als Mitglied der SPD, der DFG wie der organisierten Lehrerschaft entschieden für die Ziele der Friedensbewegung und der Reformpädagogik einzutreten. Er bekannte sich offen zur neuen Verfassungsordnung des Deutschen Reiches in Gestalt der parlamentarisch-demokratischen Weimarer Republik und trug als einer von nicht allzu vielen Lehrern mit rastlosem Engagement seinen Teil dazu bei, sie mit Leben zu erfüllen. Dabei wurden ihm bereits in Vollstedt auch die Grenzen bewusst, auf die ein noch so „gutgemeintes Wirken“ (S. 156) schon recht bald stoßen kann. Als Schulrat des Kreises Eutin wie der Regierungs- und Ministerialverwaltung hat er seinen gesinnungsethischen Rigorismus im Unterschied zu seinem Abteilungsvorgesetzten Regierungsdirektor Steppat, der in der Entnazifizierung der Lehrerschaft nichts durchgehen lassen wollte und daran schließlich offenbar gescheitert ist, nicht selten durch verantwortungsethischen Pragmatismus gedämpft und rein nominellen NSDAP-Mitgliedern oder unbelasteten opportunistischen Mitläufern abgenommen, dass sie subjektiv meist die Wahrheit sagten. Das hörte freilich bei nachweislich Verwickelten wie dem Denunzianten aus dem Jahre 1938 auf, für den er – wie er anmerkt – „keine weiteren Schritte zur Unterstützung seines Anliegens unternahm“ (S. 302). Orthmanns Erinnerungen enthalten zahlreiche Passagen und Episoden mit Beobachtungen, Charakteristiken und Beurteilungen von Weggefährten, Vorgesetzten und zeitgeschichtlichen Persönlichkeiten, die nicht selten interessante Einblicke und Details von aufschlussreicher Bedeutung zu bieten vermögen. Das gilt namentlich für die sozialdemokratischen Politiker Wilhelm Kuklinski und Richard Schenck, die Ohrtmann seit Anfang der 20er Jahre kannte und die nach dem Zweiten Weltkrieg Landesminister werden sollten, für seinen wohl nächsten Kollegen in der Schulabteilung Axel Henningsen, aber auch für deren bereits erwähnten Leiter Steppat und für den letzten Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins- und ersten GEW-Vorsitzenden Emil Godbersen. Das gilt weiterhin für den Reformpädagogen und Widerstandskämpfer Adolf Reichwein und den

Schulmann und gebürtigen Nordschleswiger Jens Nydahl, den Ministerpräsident Hermann Lüdemann 1947 aus Berlin zurückgeholt und zunächst mit dem Amt des Landesdirektors im Volksbildungsministerium, danach mit dem des Landesbeauftragten für Schleswig betraut hatte. Nydahl besaß hierfür aufgrund seiner Vertrautheit mit den Verhältnissen im Grenzland gute Voraussetzungen und übte das Amt bis 1951 aus. Schon bald darauf wurde er 1951 nach dem episodischen Gründungsvorsitz Detlef Hansens (1950) und Bruno Diekmanns (1950/51) unter Beibehaltung der Geschäftsführung durch Hansen für ein Jahrzehnt (1951-1961) der erste dauerhafte Vorsitzende des GFB.²³ Ohrtmann weiß zu berichten, dass die Dänen ihn scherzhaft „Jens Julemand“ genannt hätten, da er als Landesbeauftragter gelegentlich etwas mehr versprochen habe, als dann tatsächlich eingehalten werden konnte (S. 320).

Neben dem ersten gilt es, den jahrzehntelangen verdienstvollen zweiten Vorsitzenden des GFB und redaktionellen Betreuer seiner GFH Ernst Beier hervorzuheben. Ohrtmann kannte ihn seit Anfang der zwanziger Jahre, als ihm die Flensburger SPD die Betreuung der Sozialistischen Arbeiterjugend übertragen hatte, die Beier anführte. Beide sollten einander lebenslang nicht nur freundschaftlich, sondern auch familiär eng verbunden bleiben, denn durch die Ehe mit Ohrtmanns Schwester Marianne wurde Ernst Beier dessen Schwager. Johann Ohrtmanns Neffe, der Historiker Gerhard Beier, dem die GFH zahlreiche Beiträge verdanken und dessen Erinnerung dieser Beitrag gewidmet ist, war der zweite Sohn Mariannes und Ernst Beiers. Die gemeinsame engagierte Mitgliedschaft im GFB unterstreicht zudem die grundlegende politische Übereinstimmung, wie bereits nach 1920 auch nach 1945 als deutschgesinnte Sozialdemokraten aktiv an der Völkerversöhnung mitzuwirken und den Grenzfrieden mit kräftigem Leben zu erfüllen.

Von besonderem landes- und zeitgeschichtlichen Interesse dürfte schließlich Ohrtmanns Version vom Vorgang der Entlassung Kuklinskis durch Lüdemann sein, da sie auf der glaubwürdigen Augen- und Ohrenzeugenschaft Axel Henningsens beruht und nicht recht zum Bild des gelassenen, souveränen Staatsmannes passen will, das Rolf Fischer kürzlich von dem ersten parlamentarisch gewählten Ministerpräsidenten des neuen Landes Schleswig-Holstein entworfen hat.²⁴ Es sei um die Personalentscheidung über den Amtschef des Ressorts für Volksbildung gegangen, dem Kuklinski bereits seit den ersten beiden Kabinetten Steltzer vorstand. Lüdemann sei, großlos und ohne Henningsen zu beachten, in Kuklinskis Dienstzimmer gestürmt und habe ihn gefragt, ob er nun mit seiner Wahl einverstanden sei. Als Kuklinski bei seinem entschiedenen „Nein!“ geblieben sei, habe Lüdemann geantwortet: „Dann bist du hiermit entlassen, pack deine Sachen und schier dich raus!“ (S. 319).

Gerhard Beier schreibt in seinem ausführlichen Nachruf auf den Onkel, er habe

unter der Restauration der Ära Adenauer gelitten und sich mehr oder weniger kaltgestellt gefühlt.²⁵ Davon ist auch etwas in den Lebenserinnerungen zu spüren. Ohrtmann war sehr enttäuscht darüber, dass die Schulreform in Schleswig-Holstein, für die er sich seit 1947 auch auf Veranstaltungen und in Flugschriften mit großem Engagement eingesetzt hatte, nicht vorankommen wollte und schließlich scheiterte. Er bemerkt ausdrücklich, dass die Gegenströmung „mit größter Demagogie“ zu Werke gegangen sei, namentlich der CDU-Landtagsabgeordnete Schwinkowski (S. 318). Er klagt aber auch unüberhörbar über die Schwächen der Reformpolitik selbst, insbesondere das mangelnde Durchsetzungsvermögen des dezidiert reformwilligen Ministers Kuklinski gegenüber seinen Kabinettskollegen und den fahrlässigen Dilettantismus Nydahls bei der Gründung der Volks-oberschule Preetz, „die ein Modell für das Endstadium unserer Schulreform sein sollte.“ Nydahl habe sich weder Gedanken über die notwendige Finanzierung gemacht, noch habe er „uns“, mithin eine unmittelbar zuständige Abteilung des Ministeriums, „überhaupt von seinem Vorhaben in Kenntnis“ gesetzt (S. 319). „Man kann“, schreibt er verbittert, „vor der Geschichte auch dadurch schuldig werden, daß man eine einmalig von ihr gegebene Situation nicht nutzt!“ (S. 318). Mit seinem Beruf als Lehrer und Schulrat war er indes glücklich. Als sein Flensburger Klassenlehrer ihm die Möglichkeit eröffnet, auch als Sohn armer Leute Lehrer werden zu können, jubelt er geradezu auf: „Das war nun ein Beruf, von dem ich nur zu träumen wagte!“ (S. 46). Zum Angebot, die Schulratsgeschäfte im Kreis Eutin zu übernehmen, führt er aus: Für einen Lehrer sei „eine Beförderung zum Schulrat das Höchste, was er jemals erhoffen kann! Ich sagte freudig zu“ (S. 259). Und über seine Tätigkeit als Ministerialbeamter bekennt er, dass er sich am wohlsten gefühlt habe, „wenn es um wirklich pädagogische Dinge“ gegangen sei (S. 323). Seine pädagogische Kompetenz und sein fachlicher Sachverstand sind in zwei Erlasse eingeflossen, die unterrichtsgeschichtliche Bedeutung erlangt haben: der mit seinem Kollegen Oberschulrat Jaquet erarbeitete Erlass über die Rechenschemata in der Grundschule, der als Empfehlung der Ständigen Konferenz der Kultusminister für die Bundesrepublik verbindlich geworden ist, und der Erlass über die Pflege der plattdeutschen Sprache im Unterricht der Volksschule, der auch in seiner erneuerten Form im Wesentlichen Bestand gehabt hat.

Seine friedens-, partei- und verbandspolitischen Aktivitäten, insbesondere die publizistische Tätigkeit als Schriftleiter der DZ hat er ehrenamtlich ausgeübt, ohne dafür entgolten zu werden. Und die Betrauung mit den Amtsgeschäften des Schulrats im Kreis Eutin brachte ihm aufgrund der weiterhin in Kraft gebliebenen preußischen Besoldungs- und Beförderungsbestimmungen keine entsprechende Gehaltserhöhung ein, ja nicht einmal die Anrechnung der durch die Entlassung verlorenen Dienstjahre. Er habe zunächst sein Lehrgelohn von 1933 erhalten

und damit ein geringeres Einkommen als die ihm nachgeordneten Lehrkräfte bezogen. Während der acht Monate in Eutin habe er „zirka zweitausend Reichsmark aus eigener Tasche zugesetzt“. Das alles sei für ihn „etwas deprimierend“ gewesen (S. 281), aber es hat ihn nicht davon abhalten können, die neue verantwortungsvolle gestalterische Aufgabe sofort anzunehmen und mit großem pädagogischen und politischen Elan auszuüben. Insgesamt gewinnt man bei der Lektüre der Lebenserinnerungen den sicheren Eindruck, dass er sich nie primär von materiellen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Sie waren ihm nicht unwichtig, aber gegenüber den substantiellen durchweg nicht ausschlaggebend. Johann Ohrtmanns Erinnerungen sind eine Fundgrube für die sprachlichen Verhältnisse im alten Herzogtum oder heutigen Landesteil Schleswig. Und sie sind eine schlagende Widerlegung der romantischen Doktrin, die Sprache sei eine natürliche Grenze unter den Völkern und Nationen. Sie hat bekanntlich überall dort, wo sie ernst genommen und als Kriterium nationalstaatlicher Grenzziehung gewaltsam befolgt worden ist, bis hin zu den sogenannten ethnischen Säuberungen unserer Gegenwart Krieg und Vertreibung, Mord und Totschlag ausgelöst.²⁶ Johann Ohrtmann ist in seinem Elternhaus mit der niederdeutschen Sprache in ihrer Flensburger Mundart aufgewachsen. Hochdeutsch hat er erst auf der Schule gelernt. Sein Vater hatte in seinem Flensburger Elternhaus Plattdeutsch, seine Mutter im nahe gelegenen Böxlund in ihrem Elternhaus Jütisch, den abschätzig „Kartoffeldänisch“ genannten Schleswiger Dialekt des Dänischen, als Muttersprache erworben. In seinem Elternhaus wurde Jütisch nur ausnahmsweise, wenn die Kinder nichts verstehen sollten, anstelle der alltäglichen Umgangssprache des Flensburger Platt gesprochen, das gebildeten Deutschen freilich – wie er schreibt – „nichts weiter als ein absurdes Kauderwelsch“ erschien, da es mit dänischen Worten, dänischer Syntax und Fehlübersetzungen aus dem Dänischen durchsetzt war. Das galt im Übrigen entsprechend auch für das umgangssprachliche Flensburger Hochdeutsch, das außerhalb des Grenzlandes als „Petuhtantendeutsch“ verspottet wurde (S. 30).

In Flensburg setzte sich Deutsch erst in preußischer Zeit als Mehrheitssprache gegen das Dänische oder Jütische durch, wobei die ärmeren Einwohner meist plattdeutsch sprachen. Auf den Schulhöfen der Knabenschulen, erinnert sich Ohrtmann, sei vom Gymnasium bis zur Hilfsschule nur plattdeutsch gesprochen worden, auf denen der Mädchenschulen dagegen üblicherweise hochdeutsch. Die hochdeutsche Unterrichtssprache musste großenteils erst mit dem Schulbeginn erlernt und eingeübt werden. Auf der Präparandenanstalt waren Ohrtmanns Klassenkameraden mit dänischer oder jütischer Muttersprache im Hochdeutschen naturgemäß „zuerst recht unbeholfen“. Aber auch außerhalb des Unterrichts, denn die Umgangssprache der Präparanden sei „fast immer“ Plattdeutsch gewesen (S. 53). Auch in Vollstedt beobachtet Ohrtmann sprachliche Veränderungen zu

Gunsten des Deutschen. Die Großeltern seiner Schulkinder hätten ihre „Mundart des Friesischen“ noch gesprochen, und die Eltern seien noch in der Lage gewesen, sie zu verstehen, die Kinder selbst hätten jedoch nur noch Plattdeutsch sprechen und verstehen können (S. 143). Schien Niederdeutsch mithin als Umgangssprache in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu Lasten des Dänischen, Jütischen und Friesischen in der Ausbreitung begriffen zu sein, so war es nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich selbst in die Defensive, wenn nicht in die Gefahr der Verdrängung durch das Hochdeutsche geraten. Vor diesem Hintergrund ist der von Orthmann entworfene Erlass zur Pflege des Plattdeutschen im Unterricht der Volksschule zu verstehen. Es habe sich nicht mehr – wie beim älteren Erlass des preußischen Kultusministers Konrad Haenisch aus dem Jahre 1919 – darum gehandelt, eine Benachteiligung der Kinder mit plattdeutscher Mundart zu verhindern, sondern es sei „um die Erhaltung der plattdeutschen Sprache als wertvolles Kulturgut“ gegangen (S. 328). Orthmanns Erinnerungen enthalten verschiedentlich Zitate in niederdeutscher Sprache (S. 32, 42, 229, 246, 285), die der lebenslangen Verbundenheit mit seiner Muttersprache Authentizität verleihen. Sie beginnen mit einem Kinderlied, das seine Mutter oft vorgesungen habe:

„Huppdilupp Kantüffelsupp,
Mornn so kummt min Tande
mit een Sack vull Tüdelüdelüd.
Un denn seggn wi danke.“²⁷

Ich habe es auch noch oft in meiner Kindheit in einer textlichen Variante von meiner Angeliter Großmutter gehört und Vers und Melodie bis heute in lebhafter Erinnerung behalten.²⁸ Wessen Biographie sich zeitlich, räumlich oder sozial noch zum Teil mit der Johann Orthmanns überschneidet oder wer durch Großeltern und Eltern mit diesen spezifischen Lebenszusammenhängen direkt oder indirekt verbunden ist, wird sicherlich beim Lesen seiner Erinnerungen ähnliche Assoziationen eigener oder vermittelter Erfahrungen und Erlebnisse in seinem Gedächtnis wecken. Und wer sich in der parallelen Zeit- und Regional-, Sozial-, Kultur- und Bildungsgeschichte auskennt, wird sein historisches Wissen durch eine ungewöhnliche Lebensgeschichte um eine individuelle und zugleich beispielhafte Facette in der Vielfalt menschenmöglichen Verhaltens bereichern: individuell, weil sie uns eine einmalige, unverwechselbare zeitgeschichtliche Persönlichkeit eindringlich vor Augen führt, und beispielhaft, weil sie in historisierender Betrachtung exemplarische Bedeutung für die Ausnahme von der Regel beider Kriegsgenerationen wie der Vor-, der Zwischen- und der Nachkriegsgeneration besitzt und darüber hinaus im gleichsam unhistorisch aktuellen Hinblick ein im Denken und Handeln reales und zugleich ideales Vorbild für ein persönlich und

Zukunft

Halbmonatsschrift

Hilfsorgan in der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft.

Organ des Bundes der Kriegsdienstgegner.

Zeitungsspreis: Einzelnummer 20 Pf.
Durch die Post 1.50 RM. viertelj., dazu Bestellgebühr
Vom Verlag: 1.75 RM. viertelj., bei Kreuzband
jahresweise: Die 7. Ausgabe. Peltzstraße 6/25 RM.

Mit der Beilage: „DIE FRIEDENSFRONT“
Jahrgang: Seite Nr. 108
Verlag: Hamburg 56702, P. Riecher, Golde

Verantwortl. Redakteur Karl Meise, Hebe-
druck und Verlag: Paul Riecher, Hebe-
Verantwortlich für Mitteilungen aus Österreich:
Frau Olga Milar, Wien IV, Stockerberggasse 47.

Außenpolitischer Wunderglaube.

Vor mir liegen die Anträge, die zum Parteitag einer großen republikanischen Partei gestellt sind. Mit der deutschen Außenpolitik befaßt sich von den rund 200 Vorträgen kein einziger. Das ist nicht nur bedauerlich, sondern typisch, und zwar nicht nur für die Partei, sondern für den deutschen Staatsbürger überhaupt.

Um Außenpolitik kümmert man sich nicht. Das erledigt der Außenminister, der Ausschuß des Reichstages für auswärtige Politik, Hindenburg, Wilhelm II., der Geheimrat von Helldorf, Sittler, Schäfersmann, irgendeine „ständische Askanen“ wird sich ja wohl damit finden. Sie hat sich bis jetzt ja noch immer gefunden. Und hat Deutschland immer liefer in den Dreck geritten.

Es ist ganz eigenartig: in der Innenpolitik hat sich der Wunderglaube, daß die Obrigkeit wohl schon für das Richtige sorgen wird, ziemlich gelegt. Man freut den schon nicht mehr so ganz, fühlt sich jedenfalls verpflichtet, hier durch Demonstrationen, Stimmzetteln, Ecksteuergesetze und gedruckte Volksleere nachzuhelfen. In der Außenpolitik aber macht sich alles von selbst. Da glaubt man noch sehr an das Wunder an feierliche Zurechtweisung der Kriegsgelddebatte in offenkundiger Hinnahme des Völkerbundes, Rückgabe des Korridors mit anschließender Entschädigung für den Irrtum von 1919, Rückzahlung der bis jetzt gestellten Reparationen mit den Zinsen und Reduzierung der großen Forderungen diejenigen Schiffe, die notwendig sind, um die deutsche Flotte in alter Größe ersetzen zu lassen. Obwohl, die von ganz rechts und

In der Innenpolitik arbeiten Laufende von Funktionären der republikanischen Parteien daran, dem Staatsbürger klar zu machen, daß er an einem Punkte nur etwas erreichen kann, wenn er an einem andern Punkte etwas nachgibt. In der Außenpolitik glaubt man alles auf einmal erreichen zu können, Wiedervergeltung und Korridor-Rückgabe, Erlaß der Reparationen, Wiederherstellung der alten Grenzen. Und da der Zuschauer, besonders der ehemals feindliche Zuschauer, nicht glauben kann, daß der Durchschall der Deutschen tatsächlich so dünn ist, so willt er doch immer irgendeine verheerliche Zerstörung und wird abgeneigt, auch nur an einem einzigen Punkte nachzugeben.

Was uns am meisten in der jetzigen Weltlage ganz unerträglich brüht, das sind die Reparationszahlungen. Man sollte annehmen, daß sich das deutsche Volk mit aller Energie für seine Erleichterung der Reparationszahlungen einsetze. Aber: ob man sich in der Gegenwart umhört oder die großen Zeitungen: in die Hand nimmt — davon ist fast am wenigsten die Rede. Viel mehr wird geredet vom Korridor — und zwar da auch noch viel weniger von den Derchschnurigkeiten als von dem unglücklichen Landkartenbild —, viel mehr wird auch geredet von dem „Leider“ so kleinen Herr. Und man braucht wirklich nicht gerade Pazifist zu sein, um einzusehen, daß es doch heute nur ein Vorteil ist, kein Herr zu haben. Angriffe auf deutsches Gebiet sind in den nächsten 20 Jahren durchaus unvorstellbar! — und

Aus dem Infallt:

Ausweg aus der Zollunions-Schwierigkeit. A. N. Coudenhou-Kalergi
Wer war Schlagerer? F. Bloh

Nation und Menschheit
Von der deutsch-dänischen Grenze
Kaufliton: Manfred des Krieges, Marcel Louis.

Friedensfront:
Der Friedenspreis den Pazifisten
Oskar Stillion, können wir die Reparationen bezahlen?
Julia Mansfield Forrester, **Das schwarze Gesicht.**

Nation und Menschheit

im Lichte politischer Grundannahmen.

Von Georg Lehmann.

Immer klarer tritt heute im politischen Leben der scharfe Gegensatz hervor in der Stellung zum Nationalen.

Auf der einen Seite die Gruppen, denen die Nation das Primäre ist, ein Endziel.

Am bestlichten vortritt die Auffassung der Pazifisten, den in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung entwirft.

Wichtig ist auch das Fundament der bestehenden

Abb. 7 „Deutsche Zukunft“. Kopf der Ausgabe vom 1. Juni 1931

staatsbürgerlich verantwortliches Leben bietet.

Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns sind eine außerordentlich ergiebige historische Quelle, deren Reichhaltigkeit hier kaum mehr als angedeutet, nicht aber auch schon erschlossen werden kann. Das mag der zeit- und regionalhistorischen Forschung aufgrund der Originalfassung im Landesarchiv vorbehalten bleiben. Hier möge indes die etwas ausführlichere Vorstellung und Erörterung zentraler Gesichtspunkte der Druckfassung genügen. Der redigierte Text wird ergänzt durch einen Anhang, der Orthmanns „Gedanken zur einklassigen Dorfschule“, fünf Artikel der DZ der Jahre 1931-1933 sowie vier Briefe enthält und die Darstellung belegt, veranschaulicht, verdichtet und vertieft. Unter den Briefen befindet sich ein Schreiben des Breslauer Pazifisten Rudolf Treuenfels an Johann Orthmann, das am 23. März 1933, mithin eine Woche vor der Festnahme in Lägerdorf, datiert ist. Es beginnt mit „Lieber tapferer Freund!“ und bescheinigt dem bereits massiv bedrängten Schriftleiter der DZ als Richtschnur seiner Haltung und Wirksamkeit die drei Postulate, „Vaterlandsliebe, Gottesfurcht, sittliche Pflicht“, dazu Mut, klare Einsicht und nüchterne Erkenntnis „in

einem solchen Maße, wie man sie niemals oft und heute besonders selten vereinigt findet“ (S. 353). Mir scheint dies eine besonders treffende Charakterisierung und Würdigung Orthmanns zu sein.

Seine Familie war deutschgesinnt. Als er bei der Rückkehr aus der französischen Kriegsgefangenschaft über Dänemark in Vejle in der freudigen Aussicht begrüßt wird, nun bald dem „dänischen Mutterland“ anzugehören, ist es ihm peinlich, denn er habe „nie die Absicht gehabt, beim bevorstehenden Plebiszit für Dänemark zu stimmen“ (S. 119). Und noch bei der Niederschrift der Erinnerungen an die Volksabstimmung 1920 ruft er begeistert aus: „Flensburg war für Deutschland gerettet!“ (S. 126). Seine Vaterlandsliebe war freilich kein Nationalismus, sondern – wie er es selbst zum Ausdruck bringt – „ganz in der deutschen Kultur verwurzelt“ (S. 119). Und sie war den anderen beiden Postulaten seines Denkens und Handelns, namentlich dem nachbarschaftlichen Geist des Völker-, Staaten- und Grenzfriedens unabdingbar verpflichtet. Mir scheint diese Doppelgesinnung besonders schön in einem einfachen Trinkspruch zum Ausdruck zu kommen, den Ohrtmann von seinem Großvater, Farfar Johann Friedrich Ohrtmann, Urgroßvater Gerhard Beiers, auf Dänisch überliefert. Er pflegte den Kaffeepunsch bei seinem Besuch am Sonntagmorgen mit dem Toast zu trinken: „Skål for gamle Danmark, men Tyskland skal også leve!“ (S. 23).²⁹

Johann Ohrtmanns Lebenserinnerungen sind nicht nur der zeit- und regionalgeschichtlichen Forschung, sondern auch allen einschlägig interessierten Lesern eine ergiebige, spannende und lehrreiche erzählende historische Quelle. Den Lesern der GFH seien sie, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, nachdrücklich zur Lektüre empfohlen. Interessierte Leser sollten die Erinnerungen insbesondere auch in Flensburg, Vollstedt, Lägerdorf, Eutin und Kiel finden, wo der Pazifist und Schulmann öffentlich gewirkt hat. Die Repräsentanten und Amtsträger der kommunalen oder städtischen Selbstverwaltung täten gewiß gut daran, auf der Suche nach würdigen Namenspatronen für eine neue Straße oder Schule auch an ihn zu denken und so mit dazu beizutragen, das öffentliche Gedächtnis an diesen verdienten Mann wachzuhalten.

Anmerkungen

- 12 Zu den unterschiedlichen Begriffen, Ansätzen und Konzepten biographischer Forschung die einschlägigen Beiträge in: Gerd Jüttemann, Hans Thomae (Hg.), *Biographische Methoden in den Humanwissenschaften* (= Beltz Taschenbuch 43), Weinheim und Basel 1999, und der Reihe: *Selbstzeugnisse der Neuzeit*, insbesondere die Einleitungen zu: Kaspar von Greyerz, Hans Medick und Patrice Veit (Hg.), *Von der dargestellten Person zum erinnerten Ich. Europäische Selbstzeugnisse*

- als historische Quelle (1500-1800), Bd. 9, Köln, Weimar, Wien 2001, und Gabriele Jancke, Autobiographie als soziale Praxis. Beziehungskonzepte in Selbstzeugnissen des 15. und 16. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum, Bd. 10, ebd. 2002.
- 13 Allgemein hierzu: Reimer Hansen, Der 8. Mai 1945 als politische Zäsur, in: Der 8. Mai 1945 als politische Zäsur, Herausgeber: Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein (= Labskaus 4, Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs 41), Kiel 1995, S. 18-20.
 - 14 Eine bemerkenswerte Ausnahme von der Regel bildet die relativ ausführlich erinnerte „böse“ Stiefmutter des Vaters, die freilich erst nach dem frühen Tod der Mutter, zunächst als Haushälterin, dazugekommen war und ein gewalttätiges Schreckensregiment über die Kinder führte, das ihr schließlich eine Gefängnisstrafe wegen Kindesmisshandlung eintrug (S. 41 f.).
 - 15 Diese im heute vorherrschenden Werturteil meist vernachlässigte oder gar übergangene zeitgenössische Bedeutung betont ebenfalls: Martha Müller-Grähler, Das Lied, das meine Mutter sang, in: Dies., Mine Heimat. Plattdeutsche und hochdeutsche Gedichte und Geschichten. Herausgegeben vom Freundeskreis Martha Müller-Grähler. Auswahl und Nachwort Manfred Krüger, Leipzig 2001, S. 17-22.
 - 16 Text zum photographischen Brustbild, der ihn übrigens 1871 fälschlich als deutschen Staatsbürger und Soldaten bezeichnet.
 - 17 Hierzu: Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949, Neumünster²1998, insbesondere S. 148-155.
 - 18 Hierzu: Godbersen (wie Anm. 4), insbesondere S. 116 f.; allgemein: Wolfgang Kowitzsch, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) 1947-1975. Grundzüge ihrer Entwicklung (= Max-Träger-Stiftung, Forschungsberichte 15), Heidelberg 1983, S. 23 f., 29-79.
 - 19 Schafft eine lebendige Schule. Adolf Reichwein 1898-1944. Dokumentation und Materialien einer Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum 40. Todestag von Adolf Reichwein. Herausgeber: Max-Träger-Stiftung, Heidelberg 1985, darin insbesondere: Roland Reichwein, Zur Aktualität Adolf Reichweins, S. 87-98.
 - 20 Für das Selbstverständnis der beiden großen Traditionen der europäischen Ideen- und Bildungsgeschichte bedeutet es, dass Humanismus Humanität und Aufklärung Emanzipation bewirken will. Das hierin enthaltene Grundpostulat, aus der Erkenntnis, dem Wissen und der Bildung konsequent in Gesellschaft, Staat und Schule zu handeln, ist auch das Leitmotiv der pädagogischen Philosophie Fritz Blättners, der Ohrtmanns Generation angehörte und nach dem Zweiten Weltkrieg den Lehrstuhl für Pädagogik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel innehatte. Besonders eindringlich: Fritz Blättner, Pädagogik der Berufsschule, Heidelberg 1958, S. 116-118. Exemplarisch für den Humanismus: Philipp Melanchthon, für die Aufklärung: Immanuel Kant. Dazu: Reimer Hansen, Philipp Melanchthon – Lehrer des Friedens, in: GFH 2/1981, S. 73-89, 169; Karl R. Popper, Selbstbefreiung durch das Wissen, in: ders., Auf der Suche nach einer besseren Welt. Vorträge und Aufsätze aus dreißig Jahren, München 1984, S. 149-163.

- 21 Hierin liegt ein potentieller Konflikt mit der Theologie Martin Luthers verborgen, der die Werkgerechtigkeit als nicht hinreichend erkannt hatte und unter Berufung auf den Römerbrief des Apostels Paulus 3,28 die Rechtfertigung vor Gott allein aus Glauben (sola fide) dagegensetzte. Den Jakobusbrief beurteilte er daher sogar etwas gering-schätzig als „eine stroherne Epistel“.
- 22 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891 (Re-print Leipzig 1983), S. 3-6.
- 23 Tilmann Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990. Herausgegeben vom Grenzfriedensbund, Flensburg 1990, S. 21 f.
- 24 Rolf Fischer, Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie, Neumünster 2006. Fischer scheint Orthmanns Lebenserinnerungen nicht zu kennen. Bei der Behandlung der „Kabinettswechsel zur Regierungszeit Lüdemanns“ übergeht er die Entlassung Kuklinskis (S. 153) und erwähnt sie rückblickend (S. 176).
- 25 Beier (wie Anm. 7), S. 210.
- 26 Hierzu mit Blick auf das Herzogtum Schleswig im 19. und 20. Jahrhundert meine einschlägigen Ausführungen in: Reimer Hansen, Die Nordgrenze Deutschlands im Lauf der Geschichte, in: GFH 1/1990, insbesondere S. 29-37; ders., Wandel und Überwindung des Nationalstaatsprinzips, in: GFH 2/1998, S. 71-93, wiederabgedruckt in: ders., Aus einem Jahrtausend historischer Nachbarschaft. Studien zur Geschichte Schleswigs, Holsteins und Dithmarschens. Herausgegeben von Uwe Danker, Manfred Jessen-Klingenberg, Jörn Peter Leppien (= Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte 22), Malente 2005, S. 243-262; ders., Die historischen Wurzeln und die europäische Bedeutung der Kieler Erklärung vom 26.9.1949, in: ebd., S. 263-276.
- 27 Ohrtmann (S. 32) lässt noch folgende hochdeutschen Verse mit einem dänischen Wort nachfolgen, die aber ganz offensichtlich ursprünglich nicht dazugehört haben: „Denn du hast ja / die schöne Berta / wohl in das Ulykk gebracht.“
- 28 Meine in Rabel, Kreis Flensburg, als 13. Kind kleiner Bauersleute (Parzellisten) ge-borene Großmutter Wilhelmine Hansen, geb. Brix, (1874-1956) sang, meist um uns Kinder, wenn wir hingefallen waren oder uns verletzt hatten, zu trösten: „Tüdelüdelüd min Finger blött / morgen kommt min Tande / bringt mi'n Sack vull Buntjes mit, / un denn segg ick danke.“ Sie war übrigens wie Ohrtmanns Mutter (S. 30) schon nach der Konfirmation als Kleinmagd in Angeln „in Stellung“ gekommen und – wie er – in jungen Jahren dem internationalen Guttemplerorden beigetreten, ihm aber – anders als er – lebenslang verbunden und dem abgelegten Gelübde gehorsam geblieben.
- 29 In seinem korrespondierenden Aufsatz in den GFH 1/1974 fügt Ohrtmann S. 42 hinzu: „... und das kam ihm sicher aus dem Herzen, denn er hatte für beide Vaterländer seine Haut zu Markte tragen müssen.“

Kulturbewahrung und Integration

Maro Temm – ein Wohnprojekt für Sinti und Roma

von RENATE SCHNACK

Mit dem „Dialog Grenzfriedensbund“ hat der heute mit der ADS vereinigte Grenzfriedensbund im Jahre 2001 ein vielbeachtetes Gesprächsforum geschaffen. So trug der „1. Dialog Grenzfriedensbund“, der der Zukunft der Minderheiten gewidmet war, dazu bei, dass über die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe hinaus auch weniger beachtete Minderheiten in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt worden sind. (s. GFH 4/2001, S. 273-284 u. 293 f.). An der Veranstaltung nahmen auf dem Podium auch Renate Schnack, damals Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin, und der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Sinti und Roma Matthäus Weiss teil.

Im Folgenden informiert Renate Schnack über die jahrhundertelang als „Zigeuner“ diffamierte nationale Minderheit der Sinti und Roma, und sie stellt das vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein geförderte genossenschaftliche Wohnprojekt „Maro Temm“ vor – ein national und international bislang einmaliges Modellprojekt, das Angehörigen der deutschen Sinti und Roma in Kiel sowohl die Bewahrung ihrer Kultur, als auch die Integration ermöglichen soll. Renate Schnack ist Vorstandsmitglied der Maro Temm eG.

Die Redaktion

1. Die Sinti und Roma als nationale Minderheit

Als „Sinti und Roma“ bezeichnen sich die weltweit verbreiteten, überwiegend aber in Europa – vor allem im ehemaligen Jugoslawien, in Rumänien, Ungarn, Frankreich, Spanien und Deutschland – beheimateten Minderheitengruppen mit schätzungsweise 8, vielleicht bis zu 12 Millionen Angehörigen. Die Bezeichnung „Sinti“ für die mitteleuropäischen Gruppen leitet sich möglicherweise von der Herkunft ihrer Vorfahren aus der nordwestindischen Provinz Sindh ab. Die Bezeichnung „Roma“ („Menschen“) ist außerhalb des deutschen Sprachraums der allgemeine internationale Sprachgebrauch.

Die zum Teil sehr unterschiedlichen oder abweichenden Zahlen kommen vermutlich durch uneinheitliche Definition zustande. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ nennt andere Zahlen als manche nationale Statistik oder wissenschaftliche Erhebung. Zahlen können ja ohnehin nur Anhaltspunkte sein.

Die deutschen Daten beziehen sich auf Mitteilungen der Minderheit selbst: Für Deutschland weist der aktuelle Staatenbericht 60.000 deutsche Sinti und 10.000 deutsche Roma aus. Schleswig-Holstein geht davon aus, dass etwa 5.000 deutsche Sinti und Roma in und um Kiel, Lübeck, Geesthacht, Heide, Flensburg, Rendsburg und an anderen Orten leben.

Seit vielen hundert Jahren sind sie in verschiedenen Gegenden der heutigen Bundesrepublik traditionell ansässig, sofern sie nicht vertrieben, für vogelfrei erklärt oder systematisch deportiert wurden. Die erste urkundliche Erwähnung ansässiger Sinti für das heutige Gebiet Schleswig-Holsteins geht auf das Jahr 1417 in Lübeck zurück.

Insgesamt leben in Deutschland Angehörige von vier nationalen Minderheiten, nach eigenen Angaben mit etwa 220.000, vielleicht 250.000 Angehörigen. Etwa 100.000 davon leben in Schleswig-Holstein; kein anderes Bundesland ist von Minderheitenangelegenheiten und kultureller Vielfalt derart berührt wie Schleswig-Holstein. Während die dänische Minderheit, die Friesische Volksgruppe und das Sorbische Volk in bestimmten, angestammten Gebieten leben, bilden die deutschen Sinti und Roma in den Bundesländern keine homogene Einheit. Der Landesverband deutscher Sinti und Roma e.V. mit Sitz in Kiel-Elmschenhagen vertritt die in Schleswig-Holstein ansässigen Sinti und Roma. Er wird finanziell vom Land Schleswig-Holstein gestützt. Seit 1980 wirkt der Landesverband mit seiner kulturellen und politischen Arbeit an der Verbesserung der Lebenssituation der Angehörigen der Minderheit durch verschiedene Aktivitäten mit. Als herausragend gilt das Mediatorinnen-Projekt, das mit dem Einsatz von Erziehungshelferinnen aus der Minderheit zur Betreuung und Förderung von Kindern von Sinti und Roma an Kieler Schulen und Kindertagesstätten erfolgreiche Arbeit leistet. Träger der sozialen Organisation und der kulturellen Überlieferung ist aber dennoch die Familie. Die ältere Generation genießt die besondere Achtung der Jüngeren. Die kulturelle Identität gründet in der eigenen Sprache – Romanes –, aber auch in der Auseinandersetzung mit der Kultur der Mehrheitsbevölkerung und in der Erfahrung Jahrhunderte langer Verfolgung.

Wie weit die rein mündliche, geistige Weitergabe des Kulturgutes und insbesondere der Sprache noch in die Zukunft trägt, ist für die Minderheit eine der größten Herausforderungen, die in engem Zusammenhang mit der Bildung und Ausbildung der Kinder und den Möglichkeiten des Zusammenlebens in größeren Familienverbänden gesehen werden muss.

Eigene Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, sind begrenzt: Angehörige der nationalen Minderheit deutscher Sinti und Roma sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, 80 Prozent der Haushalte sind auf staatliche Leistungen angewiesen und über Generationen hinweg fehlen bei Männern und bei Frauen eine anerkannte Berufsausbildung oder ein Schulabschluss. Stabile Arbeitsver-



Abb. 1 Kinder – die Hauptzielgruppe des Wohnprojekts Maro Temm für Sinti und Roma

hältnisse sind die Ausnahme und die Spirale der Abhängigkeit, der Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch der Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit dreht sich ungebrochen.

Die Erwachsenen haben sich auf ein Leben mit staatlichen Transferleistungen eingerichtet. Der Blick muss sich also auf die Kinder richten, die umgeben sind von sie liebenden Eltern, Großeltern und Verwandten, die ihnen aber nicht vorleben und zeigen (können), wie die Welt außerhalb des großen schützenden Familienclans funktioniert und welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für sie bestehen.

Das hat der Landesverband der Sinti und Roma bereits 1995 erkannt und das Mediatorinnen-Projekt in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium darauf ausgerichtet. Und genau hier ist auch einer der Ansätze, die das Wohnprojekt Maro Temm entfalten will.

Maro Temm ist ein Projekt im Geiste des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, worin der Bund, und durch ihn die Länder und Kommunen, sich verpflichtet haben, Bedingungen zu fördern, die es den Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, „ ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprachen, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe zu bewahren.“ Hierzu hat sich die Bundesrepublik Deutschland, in der das Rahmenübereinkommen seit 1998 in Kraft ist, durch Artikel 5 Abs.1 des Rahmenüber-

einkommens verpflichtet. Zudem hat sich die Bundesrepublik gemäß Artikel 6 Abs. 1 verpflichtet, den Geist der Toleranz und des interkulturellen Dialogs zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den nationalen Minderheiten zu fördern. Von den 47 Staaten des Europarats haben 39 das Rahmenübereinkommen ratifiziert (Stand 9/2007).

Europa hat sich (endlich) entschieden, seine vielfältigen Kulturen zu bewahren und betont in verschiedenen Dokumenten, dass nationale Minderheiten zum Reichtum Europas beitragen. Vor dem Hintergrund der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten und der Tatsache, dass jede/r siebente Bürger/in in der EU sich einer Minderheit zurechnet, wurde das Jahr 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt.

Zwei Besonderheiten begleiten die Sinti und Roma in dieser neuen Zeit: Sie werden zur zahlenmäßig größten Minderheit innerhalb aller Völker in der erweiterten EU, und sie sind die mit Abstand am meisten diskriminierte Minderheit innerhalb Europas. Insbesondere die Diskriminierung ist für die Angehörigen dieser Gruppe Teil ihrer Lebenserfahrung.

Auch viele Deutsche haben nur negatives Wissen über Sinti und Roma. Obwohl die meisten selber gar keine Sinti oder Roma kennen und so gut wie nichts über deren Geschichte und Kultur wissen, folgen sie ihren Vorurteilen, die zwischen Gefahr und Idylle, Faszination und Ablehnung ambivalent angesiedelt werden und Ergebnis einer kollektiven Überlieferung innerhalb der Mehrheitsbevölkerung sind. Einer emnid-Umfrage aus den 90er Jahren zufolge sind zwischen 64 Prozent und 68 Prozent der heutigen erwachsenen Deutschen feindlich gegen Sinti und Roma eingestellt. Diese Gruppe ist wie keine andere in der Bundesrepublik sozial unerwünscht.

Wer will, dass Minderheitenangehörige deutscher Sinti und Roma ihre Sprache und Kultur nicht aufgeben müssen, muss ihnen zu einem gemeinsamen Ort der Sprach- und Traditionspflege verhelfen. Zersiedeltes Wohnen schmälert die Überlebenschancen von Sprache und Kultur und bedroht die Kulturvermittlung innerhalb der Minderheit. Und das unwiederbringlich.

Hier setzt die minderheitenpolitische Absicht des Projekts Maro Temm an: die positive Diskriminierung, also die gezielte und geeignete Förderung zur Sicherung der Minderheitenkultur. Mit dem Bau der Siedlung Maro Temm ist ein bedeutender Schritt zur Existenzsicherung der nationalen Minderheit und ihrer Sprache und Kultur gelungen.

2. Das Wohnprojekt Maro Temm

„Maro Temm“ ist Romanes und bedeutet „Unser Land / unser Platz“. Am Anfang gab es nur dieses Wort und den Wunsch des Landesverbandes deutscher Sinti

und Roma e.V. in Kiel nach einer Wohn- und Lebensperspektive für die Angehörigen der nationalen Minderheit, die deren Bedürfnisse und kulturelle Besonderheiten berücksichtigt. Nach sieben zum Teil sehr schwierigen und aufreibenden Jahren, in denen interne und externe Schwierigkeiten und Probleme verantwortlich gelöst werden mussten, gibt es diese Siedlung nun tatsächlich. Damit ist unter Ausschöpfung aller förderrechtlich möglicher Maßnahmen und in der Verantwortung für die Minderheit und ihre kulturellen Belange eine gute, sichere, sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für deutsche Sinti und Roma entstanden. Wohnpolitisch und minderheitenpolitisch ist dieses Projekt national und international ohne Beispiel und findet entsprechende Beachtung. Es gibt zur Zeit keine vergleichbare Initiative, in der Sinti und Roma und Nicht-Sinti mit gemeinsamer Zielsetzung und in gemeinsamer Verantwortung handeln.

Die eigens dafür gegründete Maro Temm Genossenschaft eG hat mit diesem Projekt Neuland betreten. Der Unterstützerkreis und die Genossenschaftsmitglieder ohne Wohnanspruch geben ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer Gruppe, die ohne diese Hilfe vermutlich nicht zum Ziel gekommen wäre. Dazu zählt auch die gezeigte Solidarität der anderen nationalen Minderheiten und ein Arbeitscamp des Internationalen Bauordens e.V. mit freiwilligen Helfern.

Eine intensive und konstruktive Begleitung durch verschiedene öffentliche Stellen, namentlich durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und durch das Job-Center Kiel und durch weitere Partner wie die Stadtbau Hamburg, die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V., der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen und die Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG, hat wesentlich zu einer zielgerichteten und ordnungsgemäßen Abwicklung der Planungs- und Bauphase beigetragen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die überaus engagierte, kompetente Unterstützung, die der frühere Vorsitzende des Selbsthilfebauvereins Flensburg Helmut Schumann in das Projekt eingebracht hat. Er hat dadurch das Vorhaben mehr als einmal vor dem „Aus“ bewahrt.

Zur Verwirklichung dieses Modellvorhabens, dem eine Machbarkeitsstudie vorgeschaltet war, ist von der Landeshauptstadt Kiel eine etwa 10.000 m² große Fläche im Industriegebiet am Rande des Kieler Stadtteils Gaarden auf 75 Jahre im Wege des Erbbaurechts gepachtet worden. Eine Niedrigenergiehaus-Reihenhaus-siedlung mit 13 unterschiedlich großen Wohneinheiten auf etwa 1200 m² Gesamtwohnfläche, einschließlich Gemeinschaftsflächen, ist dort im Laufe des Jahres 2007 erstellt worden. Das Finanzvolumen umfasst ca. 1,9 Mio €. Die Finanzierung erfolgt ganz überwiegend durch ein öffentliches Darlehen des Landes Schleswig-Holstein, der zu den im sozialen Wohnungsbau üblichen Konditionen zurückgezahlt wird, sowie durch einen Kommunalkredit der Stadt Kiel, durch

Spenden, Mitgliedsbeiträge, durch Eigenkapital, das durch eine Leihgemeinschaft mobilisiert wurde, durch Eigenheimzulagen und anrechenbare Eigenleistungen der zukünftigen Bewohner während des Baus. Den jährlichen Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Anlage stehen Mieteinnahmen gegenüber.

Vor wenigen Wochen sind insgesamt 13 Familien in die Häuser in der Diedrichstraße eingezogen. Mit diesem bundesweit einzigartigen Vorhaben wird ein neues Kapitel für die nationale Minderheit aufgeschlagen.

Es ist ein Ort entstanden, an dem Sinti und Roma generationenübergreifend miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen können und an dem sie ihre kulturellen Besonderheiten und ihre Sprache Romanes bewahren und weiter entwickeln können. Vor dem Hintergrund dieser Sicherheit sollen insbesondere die heutigen und späteren Kinder ermutigt und befähigt werden, sich langfristig in beiden Kulturen zurecht zu finden, also „zweiströmig“ aufzuwachsen und zu leben. Schulbildung, Ausbildung und Arbeit ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe. Als dadurch gefestigte Minderheitenangehörige werden sie im Idealfall später im wörtlichen und im übertragenen Sinne zur Existenzsicherung ihrer Minderheit und zu einem respektierten Ansehen in der Mehrheitsbevölkerung beitragen können, ohne zuviel von ihrer Identität als Sinto oder Sinteza, als Rom oder Roma aufgeben zu müssen.

Langfristig wird natürlich auch angestrebt, dass sich neben der Identitätswahrung und Existenzsicherung als Minderheit auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen einstellen wird, denn Menschen, die sich durch ihre Arbeit unterhalten können, brauchen keine Hilfe vom Staat. Aber so weit ist der Projektverlauf und das Bewusstsein der Betroffenen noch lange nicht.

Voraussetzung für das Gelingen des Projekts allerdings ist, dass eine solche Entwicklung behutsam, ohne gegenseitige Überforderung, unter Berücksichtigung der kulturellen Besonderheiten und des historisch begründeten Verfolgungs-traumas entfaltet wird, aber auch die Minderheit ihrerseits Bereitschaft erkennen lässt, sich auf Integrationsbemühungen einzulassen. Dazu bedarf es fachlicher Hilfe und Begleitung und eines auf mehrere Generationen ausgerichteten Zeitmaßes. Wer hier schnelle und sichtbare Veränderungen und Erfolge erwartet, wird enttäuscht werden. Das haben nahezu alle Projektbeteiligten im Laufe der Jahre zum Teil schmerzhaft erfahren müssen. Ganz entscheidend wird sein, wie in allen anderen Bereichen, in denen es um Integration geht, dass es Menschen in der Mehrheitsbevölkerung gibt, die zeigen, dass Sinti und Roma in der Mitte der Gesellschaft willkommen sind.

Wie Matthäus Weiss für den Landesverband deutscher Sinti und Roma aus Anlass des Richtfestes des Wohnprojekts im August 2007 formulierte: „Dies hier wird kein Ghetto, weil wir nicht wollen, dass es ein Ghetto wird. Nein, ganz im Gegenteil, wir wollen uns öffnen und die Leute können jederzeit hierher kommen



Abb. 2
Grundsteinlegung am
23. Mai 2007 mit Innen-
minister Dr. Ralf Stegner (l.)
und dem Landesvorsitzenden
der Sinti und Roma
Matthäus Weiss (r.)

und sich davon überzeugen.“

Es handelt sich ohne Zweifel um ein ambitioniertes Projekt mit offenem Ausgang: Werden die Familien die verbesserte Lebenssituation für sich und ihre Kinder zu nutzen wissen? Wird der Landesverband die Chancen für seine Angehörigen der nationalen Minderheit erkennen und ausbauen? Wird es seitens der Mehrheitsbevölkerung Interesse geben? Man wird sehen.

Die Genossenschaft agiert in Schleswig-Holstein in einem Bundesland mit großer minderheitenpolitischer Erfahrung und bedeutendem minderheitenpolitischen Engagement. Schutz und Förderung nationaler Minderheiten haben Verfassungsrang. Das Vorhaben wird seit Gründungstagen von prominenten Persönlichkeiten des Landes couragiert begleitet und unterstützt.

Die Förderzusage aus dem Wohnraumförderprogramm des Landes und die damit formulierte Erwartung des für den sozialen Wohnungsbau zuständigen Innenministers Dr. Ralf Stegner, die künftige Siedlung „als Beitrag für kulturelle Vielfalt unter gleichberechtigten Nachbarn“ zu gestalten, hat Maßstäbe gesetzt. Aktive Gestaltung statt passiver Toleranz oder Duldung ruft in diesem Politikfeld allerdings auch immer Widerstand auf den Plan. Es gab in Kiel von privater wie auch von öffentlicher Seite unverhohlene Ablehnung gegen die Minderheit und



Abb. 3 Haus für den Gemeinschaftsraum in der Wohnsiedlung Maro Temm

ihre Pläne. Innenminister Dr. Ralf Stegner fand aus Anlass der Grundsteinlegung im Mai 2007 klare Worte: „Kiel kann stolz auf dieses Leuchtturmprojekt sozialer Integration sein“, sagte der Minister. Sinti und Roma seien ein Teil der Gesellschaft. Wer versuche, diese Menschen an den Rand zu drängen und sie zu isolieren, leiste Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit Vorschub.

Nach dem Bezug der Siedlung und einer Eingewöhnungszeit wird es mit Hilfe eines geplanten sozialen Folgeprojekts erst einmal darauf ankommen, Kontakte zwischen Stadtteil und Wohnquartier aufzubauen und vertrauensvoll zu vertiefen, eine Begegnungskultur zwischen Mehrheit und Minderheit zu entwickeln und gezielt die Bildungsferne für die nachfolgenden Generationen zu verkürzen. Bis zur Fertigstellung eines für später auf dem Gelände geplanten Gemeinschaftshauses soll ein Gemeinschaftsraum in der Siedlung diese Bedingungen fördern. Von der Hausaufgabenhilfe und spielerischem Lernen bis hin zu Freizeitaktivitäten, Versammlungen und kleinen kulturellen Begegnungsfesten soll hier ein Treffpunkt der Kulturen entstehen und für ein gutes Miteinander vor Ort einen Beitrag leisten.

Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione?

Analyse und Hintergrund einer Aufsehen erregenden Fälschung

von THOMAS WEGENER FRIIS und HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Bereits vor längerer Zeit hatte die GFH-Redaktion mit Thomas W. Friis, promoviertem Historiker am Center for Koldkrigsstudier der Syddansk Universitet, einen Beitrag abgesprochen, in dem ein im schleswigschen Grenzland bislang kaum beachteter Aspekt deutsch-dänischer Zeitgeschichte behandelt wird: Spionage-Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit in Dänemark.

Unerwartet erlangte dieses Thema in der Vorweihnachtszeit 2007 erhöhte Aufmerksamkeit in den Medien: Zunächst erregte eine vom Center for Koldkrigsstudier in Odense organisierte Tagung die Gemüter, weil dort neben internationalen Fachhistorikern auch teils hochrangige frühere Mitarbeiter der DDR-Auslandspionage als Zeitzeugen zu Wort kamen und sich zahlreiche ihrer einstigen Kollegen ins Publikum gemischt hatten, welche die Diskussion mit teils haarsträubenden Einwüfen belegten.¹

Einen noch größeren Medienrummel lösten wenig später vermeintlich brisante Dokumente aus, mit welchen angeblich die Stasi-Mitarbeit hochrangiger Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig und prominenter schleswig-holsteinischer Politiker in den 1950er Jahren belegt wurde. Recht bald erwies sich die Sensation allerdings als Seifenblase: Die Historiker Prof. Dr. Uwe Danker und Dr. Sebastian Lehmann vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) entlarvten die Dokumente in einem ausführlichen Beitrag für den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag als plumpe Fälschung.² Dabei wiesen sie auf landesgeschichtliche Auffälligkeiten hin und beriefen sich außerdem auf eine Auskunft von Dr. Helmut Müller-Enbergs, wissenschaftlichem Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Birthler-Behörde). Da dieser und Friis uns eine eigene Analyse der Aufsehen erregenden Fälschung angeboten haben, wird der ursprünglich geplante Beitrag zur Stasi-Spionage zunächst verschoben. Im Folgenden untersuchen die beiden Historiker aus Odense und Berlin den Hintergrund des Dossiers, das einen so großen Medienrummel in Dänemark und im Grenzland erzeugt hatte. Anhand bislang weitgehend unerforschter Quellen zeigen sie, woran die Dokumente als Fälschungen zu erkennen sind, und konfrontieren die Aussagen des angeblichen Entdeckers der Papiere mit der historischen Wirklichkeit.

Die Redaktion

Einführung

Am 25. November 2007 zeigte der öffentlich-rechtliche dänische Fernsehkanal DR 2 den Dokumentarfilm „Mindretal 2:2“. In diesem wurden verschiedene Interessenlagen der für die nachrichtendienstliche Arbeit im Ausland zuständigen „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HV A) der DDR-Staatssicherheit skizziert. Dabei spielte die enge Verbindung nicht weniger Funktionsträger der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig mit dem Nationalsozialismus bis 1945 eine wesentliche Rolle.³ War es möglich, dass der DDR-Geheimdienst sich dies zu Nutze machte, um NS-vorbelastete deutsche Nordschleswiger zur Mitarbeit zu erpressen, indem man mit der öffentlichen Ausschlichtung ihrer inzwischen vergessenen Aktivitäten in der NS-Zeit drohte? Dies glaubten die Macher des Films mit einem bisher unbekanntem Dokument aus dem Jahre 1953 beweisen zu können, welches gegen Ende des Films vorgelegt wurde. Dieses sollte „aus einem militärischen Archiv in Moskau“ stammen, ebenso wie zwei weitere Dokumente aus dem Jahr davor. Der Entdecker dieser atemberaubenden Papiere stellte sich den Fragen und ließ sich Oberstleutnant Eckhardt Nickol nennen. Er habe die Dokumente mit Hilfe eines russischen Agenten beschaffen können.

Die angeblich aus den Jahren 1952/53 stammenden Dokumente beinhalten belastende Angaben über Einzelpersonen in der Grenzregion und in Schleswig-Holstein. In den beiden älteren Dokumenten, die auf das Jahr 1952 datiert werden, wird von der Enttarnung des britisch-ostdeutschen Agenten „Merkur“ gelegentlich eines Treffs mit leitenden Mitarbeitern des DDR-Nachrichtendienstes berichtet. Der Agent habe über sein Wissen über Netzwerke in Norddeutschland und Dänemark informiert, wobei er die Familien Jessen und Jebesen aus Apenrade in einen nachrichtendienstlichen Kontext mit der DDR gestellt habe. Einzelnen Personen werden NS-Sympathie und Kooperation vorgehalten. Auch der spätere Landesminister Hartwig Schlegelberger wird in diesen Dokumenten genannt.⁴ Im dritten, auf das Jahr 1953 datierten Dokument mit dem Titel „Die deutsche Minderheit in Nordschleswig, heutiges Dänemark, Bund der Nordschleswiger“, wird Schlegelberger als IM „Fritz“ ausgewiesen, über den der DDR-Nachrichtendienst Kontakt zum späteren Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel erhalten habe. Die Diktion gegenüber der Reederfamilie Jebesen wird in diesem Dokument verschärft, das im Übrigen auch Beschuldigungen gegenüber anderen Personen aus der deutschen Minderheit und aus Schleswig-Holstein enthält.

Im Film ist zu sehen, wie der ehemalige Offizier der Staatssicherheit die Dokumente aufblättert. Alles wirkt echt: Die alten Blätter, angefranst und porös, wirken authentisch. Zur Herkunft dieser wie aus dem Nichts auftauchenden Stasi-Unterlagen erklärte der so bezeichnete Oberstleutnant a. D. Nickol, dass sie aus einem russischen Archiv stammten. Möglicherweise seien sie von einem



Abb. 1 Eckhard Nickol bei der Vorlage der gefälschten Dokumente im dänischen Fernsehen, 25.11.2007

hauptamtlichen Mitarbeiter bei der Auflösung der DDR-Staatssicherheit zum „Schutz“ mitgenommen worden, damit dieser im Falle einer Beschuldigung seinerseits mit unangenehmen Enthüllungen drohen konnte.⁵

Direkt nach der Ausstrahlung dieses Films brach vor den Weihnachtstagen 2007 eine lebhafte Diskussion in dänischen und deutschen Medien aus. Ein Füllhorn von Theorien wurde dem staunenden Publikum dargeboten. Als sich herausstellte, dass die sensationellen Dokumente nicht authentisch waren, ebte die Debatte sehr schnell ab.⁶ Nichts desto weniger sind viele Fragen offen geblieben: Wie war es möglich, dass solche gefälschten Dokumente derart große Aufmerksamkeit erregen konnten? Was war der Zweck der Fälschungen? Wann und wie sind sie entstanden? Im Folgenden wird untersucht, welche Ungereimtheiten die angeblich brisanten Schriftstücke enthalten. Allerdings musste dabei auf nur schwer lesbare Kopien zurückgegriffen werden, die vom Dänischen Fernsehen und von der Tageszeitung „Der Nordschleswiger“ für diesen Beitrag zur Verfügung gestellt wurden.

DDR-Interesse an Dänemark und Schleswig-Holstein

Als strategisch wichtiges Gebiet stand auch Dänemark wie vieles andere im Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), nicht zuletzt der HVA. Dass

das deutsch-dänische Grenzland und nicht zuletzt die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig dabei von Interesse sein konnten, liegt auf der Hand.⁷ Die „braune Vergangenheit“ zahlreicher Minderheitenvertreter,⁸ aber auch vieler schleswig-holsteinischer Grenzlandpolitiker in den ersten Nachkriegsjahrzehnten konnte für die DDR ein Ansatz sein – zumindest um sie propagandistisch zu nutzen, um sich als das „bessere“ Deutschland darzustellen. Denn in der DDR wurde ein antifaschistischer Mythos gepflegt: Man konnte darauf verweisen, dass die Gründer der DDR im Widerstand gegen das Hitler-Regime verwurzelt waren. Viele waren im KZ gefangen gewesen, andere hatten im Exil gelebt, wieder andere waren in sowjetischen Antifa-Schulen „geschult“ worden. Den westdeutschen Eliten wurde hingegen ihre oft ungesühnte NS-Vergangenheit vorgehalten.⁹

Das Ministerium für Staatssicherheit spielte als Instrument der Außenpolitik und Systemerhaltung eine wichtige Rolle bei diesem „Geschichtsmanagement“, dort vor allem die Abteilung 11 der Hauptabteilung IX (HA IX/11). Deren früherer Leiter Dieter Skiba stellte die Ermittlung von Kriegsverbrechen als Hauptaufgabe dieser Spezialabteilung dar.¹⁰ Dabei tat er so, als sei er eine Art Simon Wiesenthal der DDR gewesen. Tatsächlich waren die Offiziere der HA IX/11 zuverlässige Staatsdiener, die auf Weisung ihres Ministers Erich Mielke und dieser wiederum im politischen Auftrag der Staatspartei SED mit der hochpolitischen Frage der jüngsten Vergangenheit betraut waren. SED und Staatssicherheit wollten wissen, wer im eigenen Land, aber vor allem auch, wer in der Bundesrepublik Kriegsverbrecher war. Dass es auch in der DDR Biographien mit einer „braunen Vergangenheit“ gab, dürfte unterdessen unstrittig sein, wenn auch die SED bemüht war, nicht jeden Fall öffentlich zu verhandeln. Dies passte nicht ins Bild vom antifaschistischen Staat und hätte gegenüber dem propagandistisch geschaffenen Bild von der Bundesrepublik als einer Nation der Kriegsverbrecher schlecht ausgesehen.¹¹ Ferner befasste sich die HA IX/11 mit der Geschichte der deutschen kommunistischen Bewegung, von ihrer Entstehungszeit bis hin zu Widerstand oder Exil. Hierzu zählten auch brisante Fragen wie die Vergangenheit prominenter Komininternfunktionäre wie des späteren westdeutschen Sozialdemokraten Herbert Wehner.¹² Man ahnt: Ein solcher Archivbestand erlaubte dem MfS tiefe Einblicke in die deutsche Geschichte. Mitunter gab er der Staatssicherheit sicherlich auch kompromittierende Informationen über prominente Westdeutsche an die Hand. Ebenso nahe liegt, dass die nazistische Vergangenheit deutschsprachiger Dänen in das Visier des MfS geraten sein könnte. Bislang ist dies von der Zeitgeschichtsforschung noch nicht aufgegriffen worden, zumal das Stasi-Unterlagen-Gesetz vor allem die Opfer des Staatssicherheitsdienstes schützt, auch wenn sie in der NS-Zeit Täter waren. Das schränkt den Zugang auf entsprechende Materialien ein. Und falls einige deutschsprachige Dänen von der HVA als Agenten rekrutiert worden sind, so liegen die entsprechenden Karteikarten nicht im Zentralarchiv

der Stasi-Unterlagen-Behörde in Berlin, sondern im amerikanischen Langley, wohin sie durch einen CIA-Einsatz in den Wirren der „Wende“-Zeit gekommen waren. Die umfassende Rückführung verfilmter Karteikarten der HV A, bekannt geworden unter dem Stichwort „Rosenholz“, betraf allein Deutsche – Ost- wie Westdeutsche –, nicht aber Bürger anderer Nationen.¹³

Vor diesem Hintergrund erschien es als Sensation, dass der Dokumentarfilm „Mindretal 2:2“ angeblich handfeste Beweise präsentierte, die von der Erpressung von Mitgliedern der deutschen Minderheit handeln. Doch wer ist der Mann, der diese Dokumente vorlegte?

Stasi-Offizier Nickol und seine Auftritte in dänischen Medien

Der heute in Dänemark ansässige Eckhardt Nickol tauchte im Jahre 2000 erstmals in dänischen Medien auf. Er gab sich – wie erwähnt – als Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit aus. Die Zeitungen „Der Nordschleswiger“ und „Jyllandsposten“ brachten ausführliche Interviews mit ihm.¹⁴ Auch die Boulevard-Zeitung „Ekstra Bladet“ schien nicht uninteressiert an diesem Zeitzeugen, meldete aber erste Zweifel an dessen Seriosität an: Zwar mache Eckhardt Nickol den Eindruck eines hochrangigen Mitarbeiters des Nachrichtendienstes der DDR, der ohne Weiteres viel Insiderwissen über die Spionage hätte bringen können. Aber: Die „Auskünfte über Dänemark, die Herrn Nickol zufolge aus erster Hand stammten, bestanden jedoch aus Gerüchten oder aus Fällen, von denen er nach dem Mauerfall in Büchern und in der Presse gelesen hatte“.¹⁵

Ein Hochstapler also? „Jyllandsposten“ und „Der Nordschleswiger“ sowie der spätere Dokumentarfilm erweckten den Eindruck, als ob es sich um einen glaubhaften Zeitzeugen handeln würde, der einen tieferen Einblick in Operationen der HV A in Dänemark gehabt und selbst Agenten in Dänemark geworben und geführt habe. So sagte er unter anderem in der Fernsehsendung: „Als ich nach Brüssel musste, in die NATO rein, da bin ich nicht von der DDR aus gekommen, da musste ich über das Ausland gehen. Und da musste ich die Sicherheitsüberprüfungen umgehen. Also bin ich in die deutsche Minderheit hinein und hab Studenten geworben. Hab ich die dann hingeschickt, hab die in die DDR geholt, hab die betreut und bewirtet und was weiß ich. Und sie haben von sich aus und gerne mitgearbeitet. Und teilweise haben sie es nicht gewusst, weil ich bin ja in den allerersten Fällen als ‚Ministerium für Staatssicherheit‘ aufgetreten. Ich bin als ‚Außenministerium‘ aufgetreten. Oder als Mitarbeiter des Ministerrates. Oder als Mitarbeiter der Pressestelle vom Ministerrat. Oder irgendeine Institution [...]. Sie haben das später bemerkt. Also keiner kann mir erzählen, dass er das nicht irgendwann gemerkt hat.“¹⁶

Mit anderen Worten: Nickol wollte den Eindruck vermitteln, dass er innerhalb

der HV A nicht weniger als ein Führungsoffizier gewesen sei, der versucht habe, „Quellen“ bei der NATO zu platzieren oder gar – das bleibt undeutlich – solche dort geführt zu haben. Er habe sich dabei Studenten aus der deutschen Minderheit bedient. Nach seinen Angaben war er mit Dänemark beschäftigt und es hätte ein gutes Dutzend Treffen in Dänemark stattgefunden.¹⁷ Sein Auftritt im DR-Fernsehen wirkte so, als wolle er insbesondere die Rolle Dänemarks im Konzept der nachrichtendienstlichen Arbeit der HV A unterstreichen: „Also mit Dänemark und Norwegen hat sich ein Referat mit acht Personen beschäftigt. Das zeigt schon die Wertigkeit. [...] Da kommen dann aber noch die Außenabteilungen der HV A, die Abteilung XV in Rostock dazu. Das sind 40 Mann. Schwerin mindestens 40 Mann. Neubrandenburg mindestens 40 Mann. Also mit Dänemark haben sich insgesamt schon 200 Mitarbeiter beschäftigt.“

Befragt nach der Rekrutierungsmethodik bei Personen mit NS-Vergangenheit erklärte Nickol in dem Dokumentarfilm recht schwammig: „So, das war nach 45, das war doch ganz einfach. Da bin ich [die 1. Person ist hier verallgemeinernd gemeint] hingegangen, hab ihm auf die Schulter geklopft, hab gesagt, lieber Freund, hier ist deine SS-Akte, hier ist ein Zettel und ein Stift, jetzt schreib mal auf: ‚Ich arbeite mit dir zusammen.‘ Das hat er gemacht, weil er genau gewusst hat – sonst ist er erledigt. [...] Speziell die deutsche Minderheit in Dänemark, [da] konnte man viele, viele Informanten werben, schon auf Grund des Materials, was da war aus der Nazizeit.“¹⁸

Gegenüber dem „Nordschleswiger“ hatte Nickol im Jahre 2000 angedeutet, die HV A hätte wichtige Quellen im dänischen Außenministerium gehabt und sie hätte in den fünfziger und sechziger Jahren die deutsche Minderheit erfolgreich bearbeitet.¹⁹ Selbst die Ehefrau eines dänischen Ministers und ein prominenter Sportler hätten dazu gehört, wie er es offenbar „Ekstra Bladet“ glauben machen wollte.²⁰ In einem Gespräch mit „Jyllandsposten“ schien er zu suggerieren, dass ein nicht näher bezeichneter Journalist Material über einen dänischen Abwehrmitarbeiter besessen habe. Andere Äußerungen gegenüber der gleichen Zeitung deuten an, dass die eine oder andere politische Organisation unter dem Einfluss der DDR-Staatssicherheit gestanden habe.²¹ In Dänemark sei es also leicht gewesen, nachrichtendienstlich zu arbeiten.²² Äußerungen dieser Art, die zwar nicht konkret waren, aber dem Zeitgeschmack entsprachen, wurden von Teilen des Publikums gerne aufgenommen.

Nickols tatsächlicher Werdegang

Ein angeblich so hochrangiger Mitarbeiter des MfS muss in den Archiven der Stasi-Unterlagen-Behörde Spuren hinterlassen haben. Tatsächlich gibt es dort eine Karteikarte zu Eckhardt Nickol, auf der seine dienstliche Karriere verzeich-



Da Hitlers tropper overfaldt Danmark den 9. april 1940, hilste medlemmer af det tyske mindretal dem velkommen i Sønderjylland med den »tyske hilsen«. Efter krigen blev mange af dem afpresset af den østtyske Stasi med deres nazifortid. (Arkivfoto)

Tidligere CDU-minister var måske spion for Stasi

Abb. 2 Bild und Schlagzeile des Berichts von Flensburg Avis vom 29.11.2007 über die DR-Sendung „Mindetal 2:2“

net ist. Demnach wurde er am 6. August 1951 in der Nähe von Eisenach geboren, erlernte dort den Beruf eines Maschinenbauers und studierte an der Ingenieurhochschule in Wismar. Seinen dreimonatigen Reservendienst leistete Unterfeldwebel Nickol beim Artillerieregiment 8 in Rostock, das ihn als Leutnant der Reserve verabschiedete. Als 26-Jähriger trat er 1977 in den Dienst des MfS – allerdings nicht in Berlin und nicht bei der HV A, sondern in Eisenach in einer der 211 Kreisdienststellen des MfS. Dort blieb er bis zum 31. Januar 1990, als er kurz vor der endgültigen Auflösung des MfS wegen „struktureller Änderungen“ ausschied. Sein höchster Dienstrang war der eines Majors, den er am 1. Oktober 1989, also kurz vor seinem Ausscheiden, mit Befehl 668/89 verliehen bekam. Die ersten vier Jahre war er im Referat Volkswirtschaft tätig und versuchte mit

rund 70 inoffiziellen Mitarbeitern das VEB Automobilwerk Eisenach operativ im Auge zu behalten. Einige Mitarbeiter verfolgte er im Operativen Vorgang „Quitt“. ²³ Am 23. Januar 1981 wurde Nickol in der Kreisdienststelle Eisenach zum „Offizier für Aufklärung“ (OfA) ernannt. So wurden jene Mitarbeiter in den Kreisdienststellen genannt, die sich im Auftrag der Abteilungen XV, den Bezirksfilialen der HV A, nach interessanten Bundesbürgern in der Kreisstadt oder dem Umland umsehen durften, die sich als Touristen oder aus anderen Gründen dort aufhielten. Nickol durfte also durch die Kreisstadt Eisenach streifen. Fand ein OfA einen interessanten Hinweis oder hatte er auch etwas operatives Material aufbereitet, durfte er mitunter Kontakt aufnehmen – in der Regel aber nicht allein, sondern in Anwesenheit oder mit Anleitung eines Profis von der HV A. ²⁴ Offenbar war Nickol in Eisenach fündig geworden, denn er führte immerhin 30 Vorgänge, die in der Registratur der HV A verzeichnet sind. Denkbar wäre somit immerhin, dass Nickol Studenten oder NS-Belastete aus der deutschen Minderheit in Dänemark in Eisenach – die Wartburg liegt in nächster Nähe – gleichsam mit Reisebussen frei Haus geliefert bekam. Aber welche Vorgänge führte er? War ein NATO-Spion darunter? Ein Student aus Dänemark? Ein NS-Belasteter?

Das Agentennetz von Eckhardt Nickol sah so aus: Sein viertwichtigster Agent war der Eisenacher Rentner „Gerhard“. Der konnte mündlich von einem unterirdischen militärischen US-Objekt südlich von Philippsthal in Osthessen berichten. ²⁵ Die Analytiker der HV A gaben dieser Information keine Note. Sie war also weniger wert als ein Zeitungsartikel. Sein drittwichtigster Agent war eine Frau mit dem Decknamen „Trude“, die im thüringischen Treffurt lebte. Sie wusste einmal über politische Meinungsäußerungen eines Landtagsabgeordneten aus Hessen zu berichten. ²⁶ Auch diese Information blieb unbewertet. Eckhardt Nickols zweibester Agent war „Steiner“, ein Eisenacher Ökonom, dessen Informationen über eine Geschäftsbilanz der Ruhrgas AG und über Bemühungen der FDP, mit Liberalen in der DDR in Kontakt zu kommen, von den Analytikern der HV A die Note 3 erhielten. ²⁷ Die Spitzenquelle von Nickol war ein Invalidenrentner aus Eisenach mit dem Decknamen „Richard“. Dieser erhielt für drei Informationen, die er vermutlich als Westreisender bei öffentlichen Wahlveranstaltungen der SPD abschöpfen konnte, zweimal die Note 3 und einmal die Note 4, was gleichbedeutend mit dem Neuigkeitswert eines bereits erschienenen Zeitungsartikels war. ²⁸ In acht Jahren operativer Arbeit verschaffte Major Eckhardt Nickol laut Datenbank 12 der HV A sieben Informationen, die ihm DDR-Bürger zugetragen haben, aber kein Student, kein NS-Belasteter, kein NATO-Spion – und kein Däne. Wo auch immer Nickol sein in den dänischen Medien verbreitetes Wissen geschöpft hat: Es geschah gewiss nicht durch eigene Erfahrungen.

Dänemark im Visier der HV A: Nickols Behauptungen und die Wirklichkeit

Gleichwohl könnte Eckhardt Nickol sich nach seiner operativen Zeit sachkundig gemacht und entsprechende Insiderkenntnisse gewonnen haben. Doch auch seine Behauptung, dass etwa 200 Mitarbeiter der HV A sich mit Dänemark befasst hätten, hält der Überprüfung nicht stand. Der HV A in Neubrandenburg bzw. der Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg war als operatives Territorium nicht Dänemark, sondern West-Berlin zugewiesen.²⁹ Dänemark war für die Neubrandenburger Dienststelle keinesfalls Schwerpunkt der operativen Arbeit. Außerhalb der Bundesrepublik, wo Ende 1988 29 inoffizielle Mitarbeiter geführt wurden, waren für sie sechs IM und Kontaktpersonen verzeichnet.³⁰

Die Abteilung XV der MfS-Bezirksverwaltung in Schwerin war seit 1979 für das Bundesland Bremen zuständig, dort insbesondere für den Militärhafen der amerikanischen Streitkräfte, die Universität, die Senatskanzlei, den Senator für Inneres, das Landesamt für Verfassungsschutz und die Bremer Vulkan Werft AG sowie gemeinsam mit anderen Abteilungen weitere militärisch wichtige Werkanlagen.³¹ Die Schweriner Abteilung XV verfügte im Dezember 1988 über 19 bundesdeutsche IM. An ausländischen IM/KP lassen sich für diese Abteilung zusätzlich fünf finden.³²

Die Rostocker Bezirksverwaltung des MfS führte hingegen mehrere IM in Dänemark. Die operative Arbeit der Abteilung XV der Bezirksverwaltung war jedoch auf Schleswig-Holstein und Hamburg ausgerichtet. Militärisch waren Schleswig-Holstein und Jütland demselben NATO-Kommando unterstellt. Bundesdeutsche und dänische Truppen hätten im Kriegsfall Schleswig-Holstein gemeinsam verteidigt, und die vereinigte Flotte sollte den Streitkräften der Warschauer Vertragsstaaten an den Ostseeausgängen Paroli bieten. Deshalb hatte es durchaus einen Bezug zu Dänemark, dass die Abteilung XV unter anderem mit acht Objekt-Quellen ihr Augenmerk auf die Landesregierung Schleswig-Holsteins, vor allem auf deren Innenministerium, und auf das Flottenkommando bei Flensburg richtete.³³ Die Rostocker Abteilung XV führte im Dezember 1988 35 bundesdeutsche IM. Zusätzlich sind zwei ausländische IM/KP belegt.³⁴ Zusammengefasst führten die drei nördlichsten Filialen der HV A in der DDR 83 bundesdeutsche IM und 13 ausländische IM und KP.

Es bleibt noch die HV A in Berlin selbst. Dort wurde Dänemark von mehreren Abteilungen, aber vor allem von der Abteilung XII (NATO) bearbeitet. Wie es die bisherige Forschung dargelegt hat, war in der Zentrale in Berlin ein gewisses Interesse an kleineren Ländern wie Dänemark vorhanden. Aber auf der Bundesrepublik lag immer die Priorität der HV A. Nickols Darstellung, dass 200 Mitarbeiter der HV A – also jeder 20. Mitarbeiter! – auf Dänemark angesetzt waren, ist also eindeutig unzutreffend.

Die 2007 vorgelegten Dokumente: komplette Fälschungen

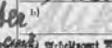
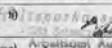
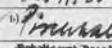
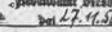
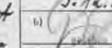
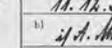
Was lässt sich nun aus den drei Dokumenten erkennen, die Eckhardt Nickol aus Russland beschafft haben will? Die ersten beiden angeblichen Stasi-Dokumente weisen das Jahr 1952 als Entstehungszeitpunkt aus. In ihnen ist die Rede von einem „Außenpolitischen Nachrichtendienst“. Tatsächlich wird der Vorläufer der HV A in der Literatur stets so bezeichnet. Das ist aber nicht korrekt, denn offiziell und im internen Sprachgebrauch hieß die Dienststelle „Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung“ (IWF). Dokumente aus dieser Zeit sind sehr selten, aber es gibt welche, mit denen der angebliche Fund Nickols verglichen werden kann. Dabei lässt sich schnell erkennen, dass es sich bei Nickols Dokumenten um Totalfälschungen handelt, die mit wenig Sachkunde und Insiderwissen erstellt worden sind.

So heißt es auf zwei Dokumenten, dass sie vom leitenden Mitarbeiter Gustav Szinda an den Leiter des IWF Richard Stahlmann (Arthur Illner) gerichtet gewesen seien. Das erste Dokument soll auch an den damaligen Staatssekretär des Ministeriums für Staatssicherheit Erich Mielke, an den sowjetischen Chefberater Andrej Graur und schließlich an „das Mitglied des Politbüros der SED“ Anton Ackermann gegangen sein. Der Fälscher scheint wenig vertraut mit den Dienstabläufen zu sein: In jedem Lexikon ist nachlesbar, dass Anton Ackermann lediglich Kandidat des SED-Politbüros war. Gustav Szinda war Leiter der Abteilung 1, die sich mit Gegenspionage befasste; dessen Dienstweg sah vor, sich zunächst an Gerhard Heidenreich vom Büro 2 der Leitung des IWF zu wenden, der wiederum dem Leiter des IWF Vermerke durchstellte. Dienstinterne Korrespondenz richtete sich nicht an die sowjetischen Berater, sondern vermerkte lediglich, dass ein Exemplar an die „Freunde“ ging. Sehr selten und allenfalls in internen Protokollen des IWF findet sich überhaupt der Name eines sowjetischen Beraters, und auch dann in der Regel höchstens ein „Gr.“ für Andrej Graur. Diese formalen Usancen kannte selbstverständlich Gustav Szinda, nicht aber der Fälscher.

Das dritte Dokument ist auf den 17. November 1953 datiert. An ihm soll exemplarisch die Fälschung detailliert beschrieben werden. Beispielsweise findet sich auf der ersten Seite folgende Aussage über Schlegelberger: „1951 wurde der GI ‚Fritz‘ XV 91/51 geworben. Seine Werbung erfolgte durch das Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung, Deckname des außenpolitischen Nachrichtendienstes der DDR (APN). Die damalige Registrierung war AP/A-91751. Mit der Umstrukturierung des MfS in das Staatssekretariat für Staatssicherheit wurde der APN als Hauptabteilung XV in dieses eingegliedert.“ Nun: Eine Registriernummer XV 91/51 gab es ebenso wenig wie AP/A-91/51. Solcherlei Angaben wurden grundsätzlich nicht auf Schreiben aufgetragen, die sich an Außenstehende richteten. Eine Erläuterung von Strukturänderungen war unüblich und beim vermeintlichen Adressaten, Erich Mielke, auch unnötig, da sie ihm be-

Eintragungen der Arbeitgeber	
Name und Sitz des Betriebes	Art des Betriebes
1. Landratsamt Aue	
2. Kreissparkasse Aue - Schwarzenberg -	Öffentl. rechtl. Kredit-Institut.
3. Landesregierung Sachsen Ministerium der Finanzen - Personalabteilung -	Öffentl. Verwaltg.
4. Deutsche Bauern-Bank Ansitz des öffentlichen Rechts BERLIN O 2 Am Zeughaus 1-2	Bank
5. Institut für Wirtschafts-wissenschaftl. Forschung Berlino-Niederschönhausen Tschakawikstraße 12	

12

Eintragungen der Arbeitgeber		
Art der Beschäftigung	a) Tag des Beginns der Beschäftigung b) Unterschrift des Arbeitgebers c) Sichtvermerk des Arbeitssamtes	a) Tag der Beendigung der Beschäftigung b) Unterschrift des Arbeitgebers c) Sichtvermerk des Arbeitssamtes
a) Angestellte 2. Anrufbeantworter davone	a) 14.5.45 b)  c) 	a) 15.11.45 b)  c) 
a) Kassenvorleiter Zweck der Kreissparkasse	a) 16.5.49 b)  c) 	a) 17.3.57 b)  c) 
a) Leiter d. Bankvermögens- versicherungen	a) 1.4.50 b)  c) 	a) 11.11.50 b)  c) 
a) Abreferent Arbeitsleiter	a) 5.12.51 b)  c) 	a) 10. b)  c) 
a) Hauptreferent	a) 11.11.51 b)  c) 	a)  b)  c) 

13

Abb. 3 Auszug aus dem Arbeitsbuch des später als Überläufer bekannt gewordenen Agenten Gotthold Krauß. Unten links der offizielle Stempel von 1951 des IWF, dessen korrekte Bezeichnung in der Fälschung missachtet wurde.

kannt waren. Das IWF warb im Jahre 1951 keine inoffiziellen Mitarbeiter, denn es nahm erst im Dezember 1951 die operative Arbeit auf. Ferner führte das IWF bis 1958 keine Registriernummern mit Jahresangabe (51 stellt das Jahr 1951 dar), sondern durchlaufende Nummern, die mit 1 begannen und bei etwa 8000 endeten. Die Bezeichnung APN bzw. Außenpolitischer Nachrichtendienst gab es erst ab 1954. Westdeutsche inoffizielle Mitarbeiter des IWF wurden nicht als GI bezeichnet, sondern in der Regel als „Quelle“.

Ein anderes Beispiel auf Seite 3 des Dokuments: „Dieser Student wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz im November 1952 angeworben und offenbarte sich gegenüber einem geheimen Informanten der sowjetischen Aufklärung.“ Auch hier gibt es Ungenauigkeiten. Die Bezeichnung „geheimer Informant“ gab es beim MfS nicht. Vielmehr hätte es korrekt „Geheimer Informator“ (GI) heißen müssen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz wurde innerhalb des MfS bzw. dem Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) im Jahre 1953 als AVS (Amt für Verfassungsschutz) bezeichnet.

Schon diese beiden Beispiele zeigen offenkundig, dass nahezu alle dienstinternen

Formalitäten des MfS durch den Fälscher missachtet wurden. Eine Reihe von Angaben deuten lediglich einen westlichen Kenntnisstand über Gepflogenheiten des MfS an, der durchaus fehlerhaft ist. Zudem sind nahezu alle Angaben, die zu konkreten Personen gemacht werden, hinsichtlich ihrer operativen Beziehungen zu einem ostdeutschen Nachrichtendienst nicht zu bestätigen.

Zeitpunkt und Zweck der Fälschung

Zu fragen ist, mit welchem Ziel, wann und von wem diese Fälschung erstellt wurde. Anhand der beschriebenen Merkmale ist nicht von einer Fälschung durch das MfS bzw. SfS auszugehen, die etwa zu Desinformationszwecken angefertigt wurde. Insoweit wird zu fragen sein, ob nicht innenpolitische oder pekuniäre Gründe für die gegen den Bund der Nordschleswiger gerichteten Erwägungen leitend waren. Ferner bedurfte es angesichts des geringen handwerklichen Sachverständnisses, der sich in den Fälschungen zeigt, keines nachrichtendienstlichen Wissens für das Anfertigen dieser Fälschung: Gediogene Zeitungslektüre und die Kenntnis einiger im Buchhandel erhältlicher Titel hätten genügt.

Der Zeitpunkt der Fälschung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die neunziger Jahre oder später zu bestimmen. Zwei der Dokumente³⁵ datierten auf den 20. und den 21. März 1952. Sie behandeln den inoffiziellen Mitarbeiter des IWF mit dem Decknamen „Merkur“, der von dem damals jungen Mitarbeiter Markus Wolf, der damals der Abteilung von Gustav Szinda angehörte, als britischer Agent überführt worden ist. Der spätere Spionagechef schrieb im Jahre 1997 darüber: „Gustav Szinda leitete das Gespräch, und obwohl wir ungeübt waren, fast noch Amateure, taten wir instinktiv das Richtige: Wir ließen ‚Merkur‘ zuerst ausführlich seinen Lebenslauf erzählen. Als Student wollte er begonnen haben, für die Parteiaufklärung der KP zu arbeiten; in ihrem Auftrag sei er dann zielstrebig an rechtsradikale Organisationen herantreten und habe es zuletzt zum persönlichen Sekretär im Bonner Büro Dr. Fritz Dorls‘, des Vorsitzenden der neonazistischen Sozialistischen Reichspartei, gebracht. Es klang alles sehr logisch, aber sobald ich ihm Fragen zu Leuten stellte, die er angeblich kannte, fielen mir Ungeheimheiten in seinen Antworten auf, hier und da gar Widersprüche zu dem, was in seinen schriftlichen Berichten gestanden hatte. Wir baten ihn, am nächsten Tag noch einmal zu kommen. Nach kurzer Beratung mit Szinda studierte ich die Akten bis tief in die Nacht – und mein Verdacht bestätigte sich. Am Tag darauf führten wir das Gespräch mit verteilten Rollen weiter: Szinda schlug die harten Töne an, ich setzte ‚Merkur‘ mit den Fakten zu. Schließlich gestand er, dass er für den britischen Geheimdienst arbeitete. Damit war der Traum von der Spitzenquelle verfliegen. Wir spielten kurzfristig mit dem Gedanken, ihn umzudrehen und auf diesen Weg den britischen Geheimdienst zu infiltrieren, aber auch das

zerschlug sich, als wir bei einem dritten Gespräch aus ihm herausholten, dass er schon als Student im Auftrag von MI 5 den Kontakt zur kommunistischen Parteiaufklärung gesucht hatte.“³⁶

Der Fälscher stützte seine Arbeit bei diesen beiden Dokumenten wesentlich auf diese Rahmenerzählung von Markus Wolf, ergänzt um ein paar Details aus der Literatur und schließlich einer hinzugedichteten dänischen Komponente. Das Ganze hat nur einen Schönheitsfehler, den der Fälscher übersehen hat: Markus Wolf hat in mehreren Fällen in seinen Erinnerungen die Decknamen geändert, so auch in diesem Fall: „Mercur“ trug in Wirklichkeit den Decknamen „Mertens“. Dessen nachrichtendienstliche Geschichte begann im August 1945 in Düsseldorf, als er durch einen britischen Nachrichtendienstoffizier zur inoffiziellen Arbeit verpflichtet wurde. „Mertens“ erhielt den Auftrag, nach Hamburg umzusiedeln, der SPD beizutreten und über sie für den Secret Service zu berichten. Im April 1946 wurde er angehalten, Informationen aus Flüchtlingskreisen zu beschaffen, weshalb er im Dezember 1946 aus der SPD auszutreten und der „Deutschen Partei“ (DP) beizutreten hatte. Dem kam er im Juni 1947 nach. Im April 1947 wurde er beauftragt, bei den Gemeinderatswahlen im Kreis Stormarn ein Bündnis von CDU und DP zu organisieren, was ihm gelang. Im Frühjahr 1948 wurde er beauftragt, mit einem Spitzenfunktionär der Hamburger KPD, zugleich verantwortlich für den ostdeutschen Nachrichtendienst („Parteiaufklärung“ genannt) in Hamburg, einen Kontakt aufzubauen und gegen Geld über die DP zu berichten. „Mertens“ erhielt von dem ostdeutschen Nachrichtendienst zunächst den Decknamen „Glinde“. Ab Februar 1949 traf sich „Glinde“ wöchentlich mit dem Hamburger KPD-Funktionär, lieferte ihm, aber auch dem Secret Service, Berichte über die DP und den soeben gegründeten Soldatenbund. „Glinde“ lernte nun auch andere Akteure des ostdeutschen Nachrichtendienstes kennen und spielte denen in Absprache mit dem Secret Service im Zeitraum von Februar 1949 und Mai 1951 wöchentlich „Desinformationen“ (also so genanntes „Spielmaterial“) zu. Ab März 1950 arbeitete er überdies für das Bundesamt für Verfassungsschutz, in dessen Auftrag er weiterhin „Desinformationen“ an den ostdeutschen Nachrichtendienst weiterleiten sollte. Nur brach im September 1951 die Verbindung in den Osten ab. Grund war die Reorganisation des ostdeutschen Nachrichtendienstes zum Institut für wirtschaftswissenschaftliche Forschung. Erst im Mai 1952 kam der Kontakt wieder zustande, und der Verfassungsschutz hielt ihn an, der Einladung nach Ostberlin zu folgen. Dort gelang es Gustav Szinda und Markus Wolf, „Mertens“ – wie „Glinde“ nunmehr hieß – seine Doppelagententätigkeit nachzuweisen. Welche Aufträge hatte „Glinde“ bzw. „Mertens“ in diesen drei Jahren? Für den ostdeutschen Nachrichtendienst berichtete er ausschließlich über die rechtsextreme Szene in Hamburg. Berichtete er tatsächlich über einen Hartwig Schlegelberger (alias „Fritz“), einen Kai-Uwe von Hassel oder einen Hans-Jacob Jessen, wie die

Dokumente glauben machen wollen? Nein, in keinem Fall. Denn es ist eine Liste des IWF überliefert, aus der der Umfang der Berichterstattung von „Mertens“ an das IWF ersichtlich wird: Er berichtete über sieben Mitglieder der „Deutschen Partei“, über drei Mitglieder der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), über 19 Mitglieder der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) sowie ferner über acht Einzelpersonen.³⁷ Weder Schlegelberger noch von Hassel noch Jessen sind darunter. Schlegelberger und Jessen sind in der „Rosenholz“-Kartei nicht verzeichnet, und von Hassel erweckte erst 1972 die Neugierde der HV A, allerdings lediglich als Person, die im Auge zu behalten sei. Und keine der in dieser Kartei genannten Personen weist irgendeinen Zusammenhang mit der deutschen Minderheit in Dänemark auf. Alles ist frei erfunden.

Fazit

Wer immer Major a. D. Eckhardt Nickol die drei Dokumente in die Hände gespielt hat: Sie sind Fälschungen und inhaltlich wie handwerklich dilettantisch erstellt. Dass Nickol sie von „russischen Agenten“ erhalten hat, muss bezweifelt werden. Das Wort des Eckhardt Nickol ist ohnehin fachlich anfechtbar. Er hat sich einen falschen Dienstgrad zugelegt und seine Rolle in der Welt der Geheimdienste weit übertrieben. Seine ausschließlich ostdeutschen Spitzenquellen waren Rentner aus seiner Kreisstadt, die problemlos in die Bundesrepublik reisen durften. Aber informationsträchtige inoffizielle Mitarbeiter im „Operationsgebiet“, etwa in der Bundesrepublik oder in Dänemark, führte er nicht, und schon gar nicht in der NATO. Es spricht einiges dafür, in Nickol die traurige Gestalt eines Hochstaplers aus Eisenach zu sehen, dessen verbale Phantasiewolken gläubige Abnehmer in einer lüsternen Medienlandschaft gefunden haben.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu Kurzmeldungen in GFH 2/07, S. 139 und 4/07, S. 292.
- 2 Uwe Danker, Sebastian Lehmann: „Brisantes Dokument“ oder „plumpe Fälschung“? Die kurze Geschichte eines „Stasi-Dokuments“, in: Flensburger Tageblatt, 19.12.2007.
- 3 Lisbeth Jessen: Mindretal 2:2. Ausgestrahlt bei Danmarks Radio DR 2 am 25.11.1007.
- 4 „Einschätzung der Befragung des Mitarbeiter der Parteiaufklärung der kommunistischen Partei der KPD Westdeutschlands ‚Merkur‘“ (datiert 20.3.1953) und „Einschätzung zum zweiten Gespräch mit dem Mitarbeiter der Parteiaufklärung der KPD Westdeutschlands ‚Merkur‘“ (datiert 21.3.1952).
- 5 Mindretal 2:2; vgl. Anm. 3. Zu diesem Sachverhalt ist zu bemerken, dass Akten aus deutschen Archiven als Stasi-Unterlagen gelten, die umgehend der Stasi-Unterlagenbehörde (im folgenden zitiert als BStU) hätten zurückgegeben werden müssen.

- 6 So gab es z.B. folgende Schlagzeilen: Først SS'er derefter Stasi-agent, in: Jyllandsposten, 24.11.2007. Tidligere CDU-minister var måske spion for Stasi, in: Flensborg Avis, 29.11.2007.
- 7 Vgl. Thomas Wegener Friis: Der Schattenkrieg im Norden. Spionage des DDR-Staatsicherheitsdienstes in Dänemark. Erscheint in einer der nächsten Ausgaben der GFH. Siehe ausführlicher zum Thema die Doktorarbeit des Verfassers: Den usynlige front, København 2005.
- 8 Claus Bundgård Christensen, Niels Bo Poulsen, Peter Scharff Smith: Under hagekors og Dannebrog. Danskere i Waffen SS 1940-1945, København 1998. S. 379 ff. Henrik Becker-Christensen: Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920-1932, Aabenraa 1990. Henrik Becker-Christensen, „Nordschleswig Erwache!“ Det tyske mindretal og nazismen 1933, in: Sønderjyske Årbøger 1999, S. 180 ff.
- 9 Vgl. Norbert Podewin (Hg.): Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Berlin (West). Mit einer kritischen Würdigung und einem Gespräch mit Gerhard Dengler. Reprint der Ausgabe von 1968, Berlin 2002.
- 10 Dieter Skiba, Karli Coburger: Die Untersuchungsorgane des MfS, in: Grimmer, Irmiler, Opitz, Schanitz (Hg): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Berlin 2002. S. 495-519, hier 470 ff.
- 11 Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005; Olaf Kapptel: Nazis in der DDR, Berlin 1981.
- 12 Siehe unter anderem Michael F. Scholz, Herbert Wehner in Schweden 1941-1946, München 1995.
- 13 Helmut Müller-Enbergs, „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, Berlin 2007.
- 14 In Dänemark war Spionage relativ einfach, in: Der Nordschleswiger, 12.8.2000. Spionen der fortrød, in: Jyllandsposten, 27.8.2000.
- 15 Kommentar: Utroværdig stasi-officer, in: Ekstra Bladet, 28.8.2000.
- 16 Mindretal 2:2. (wie Anm. 3).
- 17 Vgl. Anm. 14.
- 18 Mindretal 2:2. Vgl. Anm. 3.
- 19 Ebenda.
- 20 Kommentar: Utroværdig stasi-officer, vgl. Anm. 15.
- 21 Spionen der fortrød, vgl. Anm. 14.
- 22 U.a.: Let at skaffe danske Stasiagenter, in: Flensborg Avis, 14.8.2000.
- 23 Vgl. Vorgangsheft 1287 von Eckhardt Nickol; BstU, MfS, BV Berlin, Vorgangsheft, 486/93.
- 24 In der Sprache der Staatssicherheit heißt das, wie Nickols Kaderakte zu entnehmen ist: „Die von ihm gesteuerten IM/GMS sind durch berufliche Tätigkeit, ihren Verbindungen oder anderen operativen Merkmalen, Grundlage für die Erarbeitung von Ausgangsmaterialien zu operativ-interessanten Verbindungen in das Operationsgebiet und deren Aufklärung, mit dem Ziel der Schaffung von operativen Kontakten.“ Vgl. Kaderakte Eckhardt Nickol; BStU, MfS, BV Erfurt, KS 1897, Bl. 101.
- 25 BStU, MfS, Rosenholz-F 16, Reg.-Nr. IX 2224/80.
- 26 BStU, MfS, Rosenholz-F 16, Reg.-Nr. IX 353/84.
- 27 BStU, MfS, Rosenholz-F 16, Reg.-Nr. XV 630/86.

- 28 BStU, MfS, Rosenholz-F 16, Reg.-Nr. XV 4094/86.
- 29 HV A: Katalog über die Bearbeitung in Territorien und Objekten durch die Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen, 3.12.1979, in: BStU, MfS, o. Sign., S. 12.
- 30 Berechnet nach Angaben in den Statistikbögen der HV A.
- 31 HV A: Katalog über die Bearbeitung in Territorien und Objekten durch die Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen, 3.12.1979, in: BStU, MfS, o. Sign., S. 2.
- 32 Berechnet nach Angaben in den Statistikbögen der HV A.
- 33 HV A: Katalog über die Bearbeitung in Territorien und Objekten durch die Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen, 3.12.1979; BStU, MfS, o. Sign., S. 3. Weitere Objekte in Schleswig-Holstein und Hamburg, die meist gemeinsam mit anderen Abteilungen der HV A bearbeitet wurden, waren vor allem die Hochschule für Wirtschaft und Politik, der SPD-Landesvorstand und die Universität in Hamburg (gemeinsam mit Abt. II der HV A), das internationale Hamburger Institut für Politik und Wirtschaft (mit Abt. I), die Hochschule der Bundeswehr (mit Abt. IV), mit Howaldtswerke Deutsche Werft und der Schiffswerft Blohm & Voss (mit Abt. XV), mit dem Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY (mit Abt. XIII), mit BND-Einrichtungen in Hamburg und Kiel und mit der MAD-Gruppe I ebendort (mit Abt. IX), mit der „Eloka“-Einrichtung „Poseidon“ (mit Abt. XIV), mit dem Marineführungsdienstkommando (mit Abt. IV) und mit dem Kraftfahrtbundesamt in Flensburg (mit Abt. VI).
- 34 Berechnet nach Angaben in den Statistikbögen der HV A.
- 35 Vgl. Anm. 4.
- 36 Markus Wolf: Spionagechef im Kalten Krieg, München 1997, S. 66 f.
- 37 BStU, MfS, HA II/6 1518, Bl. 19-29.

Minderheitenfragen

Minoritäten differenziert betrachtet

Hrsg. v. Elin Fredsted u. Günter Helmes
Zeitschrift für Kultur- und Bildungswissenschaften, Heft 18, Flensburg 2007.
243 S.

Minderheiten sind das übergeordnete Thema der aktuellen Zeitschrift für Kultur- und Bildungswissenschaften an der Universität Flensburg. Die Professoren Fredsted und Helmes, die ihre Lehre jeweils im Bereich dänische Sprache und deutsche Literatur angesiedelt haben, sind die Gastherausgeber. Ihre Auswahl an Beiträgen zeigt die Vielseitigkeit der aktuellen Forschungsvorhaben an der nördlichsten Universität Deutschlands. Zudem sind auch Beiträge von Forschern des European Centre for Minority Issues (ECMI) enthalten, die sich im Jahre 2005 an einer Ringvorlesung zum Thema „Minoritäten“ beteiligten.

Nach einer kurzen Einleitung der Herausgeber wird eine Reihe von Artikeln zu klassischen Minderheitsgebieten präsentiert. So gibt Tove H. Malloy einen Überblick über die Minderheitenstandards in der EU und beim Europarat, während Tom Trier sich in den Raum „wider Europe“ vorwagt, also in die Länder, die (noch) nicht Mitglied der EU sind. Marc Wellers Beitrag beschäftigt sich mit europäischen Ansätzen der Konfliktprävention, während Robert Bohn den Weg zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen skizziert. Thomas Steensen schließlich beschreibt den Weg der Friesen zur anerkannten Minderheit.

So richtig spannend wird der Sammel-

band, wenn er sich neuen Forschungsvorhaben zuwendet, etwa Astrid Carstens und Karoline Kühls Untersuchung bilingualer Ressourcen bei Schülern der deutschen und der dänischen Minderheit. Jenseits aller ideologischen Verklärtheiten untersuchen sie den Sprachgebrauch und kommen zu dem Resultat, dass die Minderheiten hier verschiedene Arten des gemischtsprachigen Sprachgebrauchs (code-switching etc.) praktizieren, und zwar abhängig von der moralischen Gewichtung der verschiedenen Sprachen innerhalb der Minderheiten. So „verbergen“ die Schüler der dänischen Minderheit einerseits ihre Mischsprache, andererseits neigen sie zu „Trotz-Konstruktionen“. Lehrer der deutschen Minderheit sprechen zwar die offizielle, hochdeutsche Sprache mit ihren Schülern, „erlauben“ aber auch „Synnejysk“, da dieser dänische Dialekt ebenso mit der Identität der Minderheit verknüpft ist wie das Hochdeutsche. Elin Fredsted zieht in ihrem Beitrag sprachtheoretische Schlüsse aus der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Feldstudie.

Bettina Goldberg wirft die Frage auf, inwieweit die jüdische Gemeinschaft in der Weimarer Republik in die Gesamtbevölkerung integriert war. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in Schleswig-Holstein, ebenso wie in anderen Gebieten Deutschlands, der Grad der Integration vom Grad religiöser Orientierung sowie der Größe des Wohnortes der jeweiligen Familien abhing. Eine weitere Frage der Verfasserin ist, warum in Autobiographien und späteren Interviews selten auf den Antisemitismus vor 1933 eingegangen wird. Goldbergs Fazit ist, dass die deutschjüdische Gemeinschaft

bis zu einem gewissen Grad an Diskriminierungen gewöhnt war und Ausgrenzungen deshalb nicht immer als solche wahrgenommen hat.

Während Günter Helmes und Werner Reinhart sich in ihren Beiträgen der Literatur widmen und Christine Heil sich mit Minderheiten im Blickfeld der Kunst beschäftigt, analysiert Anna Sophia Müller am Beispiel der Designerin Vivienne Westwood und der frühen Punk-Bewegung die ästhetische Selbstinszenierung von Minderheiten – ein spannender Ansatz.

Insgesamt ist der Sammelband eine empfehlenswerte Lektüre nicht nur für denjenigen, der sich für die Forschungsvorhaben an der Universität Flensburg interessiert.

Andrea Graw-Teebken

Regionalgeschichtliches Jahrbuch

Sønderjyske Årbøger 2007

Axel Johnsen, Tina Sahl Lydiksen,
René Rasmussen (Red.)

Aabenraa: Historisk Samfund for Sønderjylland 2007. 395 S., ill.

Wie gewohnt bietet auch die neueste Ausgabe der Sønderjyske Årbøger in ihrem Hauptkapitel eine gute Mischung aus Beiträgen von Fachhistorikern sowie Erinnerungstoff. Hinzu kommen eine Replik des früheren Redakteurs Bjørn Svensson auf Axel Johnsens 2006 veröffentlichten Beitrag „Martyrium Sydslesvig“, ein ausführlicher Artikel über die Diskussionsveranstaltung über die „Rechtsabrechnung“ mit der deutschen Minderheit ab 1945 (siehe GFH 1/2007, S. 62), einige Buchbesprechungen und schließlich Berichte aus den historischen Vermittlungs- und

Forschungseinrichtungen der Region sowie aus der Arbeit der zahlreichen ortsgeschichtlichen Vereinigungen.

Den Auftakt und gleichsam den Hauptbeitrag bilden Thomas Petersens lesenswerte Erinnerungen aus den 1950er Jahren unter dem Titel „Veje væk fra Tidsholm“. Der Verfasser berichtet vor allem über seine Kindheit auf dem Hof Titzholm bei Jeising östlich von Tønder. Er gewährt Einblicke in die ärmlichen Lebensverhältnisse der Familie, die den Vater immer wieder dazu nötigten, nach Zusatzeinkünften Ausschau zu halten. Kurios mutet die Geschichte an, dass der Vater den Kauf eines Sommerhauses in den Dünen von Røm, dessen Vermietung Geld einbringen sollte, mit der Begründung ablehnte, dass er zu Hause schließlich Sandboden genug habe und als Landwirt kein Geld für noch mehr Sand ausgeben wolle.

Sehr informativ ist Hans Schultz Hansens Artikel über die schleswigschen Städte ca. 1830-1914. Damals erfolgte der Übergang von uneinheitlichen und oftmals unvollständigen Stadtrechten zu der von den Preußen veranlassten modernen allgemeinen Städteordnung (1869), die erstmals auch eine standardisierte „einfachere Städte-Verfassung“ für die Flecken vorsah. Im einsetzenden Industrialisierungsschub veränderten viele Orte nach und nach ihre Wirtschaftsstruktur. Dabei blieben die schleswigschen Städte gegenüber vergleichbaren Städten in Holstein und im Königreich zurück. Hans Schultz Hansen verdeutlicht, dass die Stadtgeschichte dieser Zeit nur verstanden werden kann, wenn die statistische und verwaltungsgeschichtliche Analyse mit wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen verbunden wird.

Kaj Sørensens Artikel über die Gymnasien in Nordschleswig im Schatten des

Nationalsozialismus in Deutschland steht unter dem bezeichnenden Titel „Stjerne mellem danske og tyske groede til“. Die Folgen der Reformation in Schleswig-Holstein beschreibt Mogens Christensen in seinem Beitrag über „Kirketugt og menighedsdisciplinering under Hans den Ældre 1544-1580“.

Bemerkenswert ist auch Dagmar Borks Aufsatz „Sygepleje i fredens tjeneste“ über den Einsatz deutscher und dänischer Diakonissen im Krieg 1864. Bei der Lektüre wird der Leser die Sympathie der Verfasserin für die Frauen teilen, die seinerzeit unter schwierigen Bedingungen die Verwundeten und Verstümmelten in den Lazaretten pflegten. Dabei gibt Dagmar Bork auch eine generelle Einführung in die Diakonissenbewegung. Ein Kreuz am Hals, christliche Gesinnung und guter Willen waren bei Weitem nicht ausreichend; vor allem waren praktische und theoretische Fähigkeiten in der Krankenpflege gefragt (S. 107).

Bemerkenswert ist ferner die lebendige, teilweise scharfe Kritik des in der Region bekannten Debatteurs Bjørn Svensson an Axel Johnsens Aufsatz „Martyriet Sydslesvig – Danske grænseaktivisters billede af Sydslesvig 1945-1950“ aus der Vorjahrsausgabe. Als aktiv an den von Johnsen beschriebenen Begebenheiten beteiligter Zeitzeuge wirft er dem Historiker Fehler vor, wehrt sich vor allem gegen die Bezeichnung „Aktivist“ für Personen unterschiedlicher Haltung und wertet den gesamten Aufsatz sogar als „nicht seriöse Geschichtsschreibung“ (S. 269). Dies dürfte in dieser Angelegenheit wohl nicht das letzte Wort gewesen sein.

Sønderjyske Årbøger 2007 bietet also viel Lesenswertes für die regionalgeschichtlich interessierte Leserschaft, sowohl in den interessanten und gut geschriebenen Ar-

tikeln und Besprechungen als auch in den Arbeitsberichten, die von vielen Aktivitäten auf dem Feld der Geschichtsarbeit sowohl im professionellen als auch im Amateurbereich nördlich der Grenze zeugen.

Mikkel Leth Jespersen

Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Martin Klatt

Fra modspil til medspil?

Grænseoverskridende samarbejde i Sønderjylland-Schleswig 1945-2005

Aabenraa: Institut for Grænseregionsforskning 2006. 323 S., ill.

Mit dem vorliegenden Buch hat der Zeithistoriker Martin Klatt vom Institut für Grenzregionforschung die erste wissenschaftlich fundierte Gesamtschau über die Entwicklung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im schleswigschen Grenzland vorgelegt.

In der ausführlichen Einleitung gibt der Verfasser einen guten Einblick in den geografischen und theoretischen Rahmen seiner Arbeit. Das Thema wird nicht nur empirisch behandelt, sondern auch in einen Zusammenhang mit allgemeinen Theorien zur Entwicklung von Grenzregionen und zum „neuen Regionalismus“ (S. 32) gesetzt.

Darüber hinaus besteht das Werk aus vier chronologisch geordneten Hauptkapiteln. Im ersten Kapitel gibt Martin Klatt einen kurzen Überblick über die deutsch-dänischen Grenzverhältnisse in der Zwischenkriegszeit und zeichnet den Weg von der hermetisch geschlossenen und nur mit Sondergenehmigung zu passierenden Grenze 1945 über die neue Grenzfrage und die schrittweise Normalisierung bis hin

zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen, mit denen eine Lösung für die Minderheitenfrage gefunden wurde.

Im zweiten Kapitel beleuchtet Martin Klatt den Zeitraum bis zum dänischen EG-Beitritt 1972/73. In dieser Zeit wurde der Handel wesentlich erleichtert, und die Vision eines geeinten Europas immer häufiger ins Spiel gebracht. Gleichzeitig nahmen die grenzüberschreitenden Kontakte auf der lokalen Ebene zu, und mit Helmut Lemke wurde erstmals ein schleswig-holsteinischer Ministerpräsident offiziell in Dänemark empfangen. Andererseits legte Dänemark nach wie vor Wert darauf, dass deutsch-dänische Politik auf der zwischenstaatlichen Ebene betrieben wurde.

Nach dem Beitritt Dänemarks zur EG änderte sich daran im Prinzip nichts, doch in diesem dritten Zeitabschnitt, der bis zum Anfang der 1980er Jahre reichte, wurde die praktische grenzüberschreitende Zusammenarbeit Schritt für Schritt weiter ausgebaut.

Ein Generationswechsel an der Spitze von Sønderjyllands Amt und der schleswig-holsteinischen Landesregierung 1982 (von Jessen zu Philipsen und von Stoltenberg zu Barschel) leitete die neue Phase der Zusammenarbeit ein, die Martin Klatt im vierten Kapitel analysiert. Gleichzeitig wurde die EG-Förderung für Rand- und Grenzregionen erweitert, und man erkannte und nutzte bald die Chancen, um neue Fördermittel in die Region zu holen. Als die Konkurrenz um diese Fördermittel in den 1990er Jahren größer wurde, erhielt die Vision einer integrierten grenzüberschreitenden Euroregion neue Impulse, die schließlich 1997 eingerichtet wurde, wenn auch in etwas abgeschwächter Form als von deutscher Seite geplant und in Dänemark nicht ohne Widerstände.

Der Verfasser stellt fest, dass sich auch

nach 1997 mehrheitlich die alte dänische Linie der pragmatisch-punktuellen Projektzusammenarbeit gegenüber einer mehr formalisierten und visionären Zusammenarbeit nach überwiegend deutschen Vorstellungen durchgesetzt habe. Als transnationaler Wirtschafts- und Gesellschaftsraum werde die Grenzregion noch lange nicht wahrgenommen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit laufe hauptsächlich über ein vielgestaltiges Netzwerk. Ob die in jüngster Zeit überaus stark gewachsene Anzahl der Grenzpendler daran etwas ändert, wird man wohl erst in einigen Jahren feststellen können.

Optisch ist das Buch recht ansprechend gestaltet. Umständlich sind hingegen die Zugangsmöglichkeiten: Angesichts der detailreichen Materie wäre ein Sachregister notwendig gewesen, dies umso mehr, als auch das Inhaltsverzeichnis wenig informativ ist und die Unterkapitel auslöst. Ein Personenregister und eine zumindest kurze Zeitleiste hätten dem Buch ebenso gut zu Gesicht gestanden, gerade weil es sich um eine Pionierarbeit mit Handbuchfunktion handelt.

Mit dem vorliegenden Buch ist es Martin Klatt gelungen, einen fundierten Überblick über die Entwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen der vergangenen 60 Jahre im Grenzland zu schaffen. Das Buch deckt einen wesentlichen Teil der Gesamtgeschichte des schleswigschen Grenzlandes nach 1945 ab. Eine deutschsprachige Zusammenfassung erleichtert Lesern mit geringeren Dänischkenntnissen den Zugang.

Gerret Liebing Schlaber

Geld und Kredit in der Geschichte
Norddeutschlands

Hrsg. v. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt

Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 43, Neumünster: 2006. 279 S.

Mit dem Buch „Geld und Kredit in der Geschichte Norddeutschlands“ hat der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holstein ein weiteres Mal einen wesentlichen Beitrag zu unserem Verständnis der Wirtschaftsgeschichte in Schleswig-Holstein und Norddeutschland geliefert. Alle zwölf Beiträge des in drei Themenkomplexe gegliederten Buches bieten einen breiten und informativen Ausschnitt aus dem bisher wenig beachteten Kapitel der Geld- und Kreditgeschichte.

Ortwin Pelc schreibt über Schätze, Schatzmythen und Schatzfunde in Norddeutschland. Dabei berichtet er von der großen Zahl der Schatzsucher in der Aufklärungszeit des 18. Jahrhunderts und über die große Zahl der Schatzverstecke in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Pelcs Artikel stellt eine ungewöhnliche, aber interessante Seite der Geldgeschichte dar.

Ralf Wiechmanns Aufsatz über die Münzprägungen in Mecklenburg-Vorpommern beleuchtet das Münz- und Bezahlungssystem bei den ostslawischen Volksstämmen im 10. Jahrhundert. Genau wie in Dänemark fand sich in diesem Gebiet kein selbständiges Münzsystem vor dem 9. Jahrhundert. Stattdessen wurden importierte Münzen verwendet, besonders der arabische Dirham. In der Zeit von 980

bis 1050 wurden englische Münzen verwendet. Erst dann begann man nach und nach mit der Herstellung eigener Münzen, deren Ursprung im Handelsplatz Parchim in Mecklenburg liegt. Die Münzen, die in der Zeit nach 1050 entstanden, waren oft Nachahmungen verschiedener westlicher Münzen. Am Beispiel des Dorow-Fundes zeigt Wiechmann, wie Schmuckstücke und Silberfunde ihrem Gewicht entsprechend als Bezahlungsmittel verwandt wurden. Diese waren sehr kompatibel und förderten zudem den Fernhandel.

Michael Kunzels berichtet über die Münzproduktion in Mecklenburg von 1568 bis 1618 und fügt darin unserem Wissen über die dortige Geldgeschichte eine weitere Dimension hinzu, ebenso wie der Beitrag von Wolf Karge, der die Münzreform im Deutschen Kaiserreich 1871 aus einer mecklenburgischen Perspektive betrachtet. Dass es rund 40 Jahre dauerte, um die preußisch geleitete Münzreform umzusetzen, zeugt davon, wie schwierig sich der Prozess der deutschen Einheit gestaltete. Der Abschnitt über die Geschichte des Kreditwesens wird mit Günther Bocks Artikel über die Bauern im Hamburger Umland im Spätmittelalter eingeleitet. Bock beschreibt den Bevölkerungsrückgang als Folge der Pestepidemie im 14. Jahrhundert, der zu einem Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft und im Handwerk führte. Der Lebensstandard für die Überlebenden in den Jahren darauf stieg, besonders in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Bauern nutzten die erzielten Überschüsse zu Investitionen in ihren Betrieben. Dieser Wohlstand allerdings erwies sich nur als eine kurze Atempause, weil die Bauern kurz danach vielerorts erneut in ökonomische Abhängigkeit von Großgrundbesitzern gerieten.

Einer der interessantesten Beiträge des

Buches ist John Christiansens Text über den Kieler Umschlag im 16. und 17. Jahrhundert. Der Kieler Umschlag war der wichtigste Geld- und Kreditmarkt in Norddeutschland, den Herzogtümern und Dänemark im 16. und 17. Jahrhundert. Mehrere dänische Könige, namentlich Christian I., Christian II. und Christian IV. nutzten den Kieler Umschlag für ihre Kreditgeschäfte und gerieten dabei in Abhängigkeit vom holsteinischen Adel, der sich als Gegenleistung mit umfassenden Privilegien abfinden ließ. John Christiansen meint, dass der Kieler Umschlag ein bedeutender Geldmarkt war, der den Vergleich mit anderen, zeitlich parallelen europäischen Geldmärkten nicht zu scheuen braucht. Martin Rheinheimers Aufsatz über Kapital und Kredit auf den nordfriesischen Inseln Amrum und Föhr ist eine fundierte mikrohistorische Studie von allgemeiner historischer Reichweite. Weitere interessante Beiträge, die wichtige Aspekte der Geschichte des Kreditwesens in den Herzogtümern im 19. Jahrhundert behandeln, sind Peter Wulfs Darstellung des Konkurses von Jens Peter Neergaard, Alix Johanna Cords Artikel über die Vermögensverwaltung zweier Eutiner Familien und Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidts Aufsatz über die Kreditverhältnisse in der Krempermarsch.

„Geld und Kredit“ fügt sich, in die Reihe der sachlichen und wertvollen Bücher des Arbeitskreises ein. Seine Autoren machen allerdings auch auf zahlreiche Forschungslücken aufmerksam, die es immer noch in der norddeutschen Finanzgeschichte gibt.

Morten Andersen

Übersetzung: Benjamin Lassiwe

Leif Hansen Nielsen

Ad Industriens Vej

Studier i den slesvig-holstenske industri 1864-1914 med særlig henblik på Nord-slesvig

Aabenraa 2007 (Skrifter udgivet af Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 97). 420 S., Karten, Grafiken, Abb., Tabellenteil

Die Geschichte der Industrialisierung der alten Herzogtümer Schleswig und Holstein ist – trotz beachtlicher Fortschritte auf diesem Wissensgebiet in den letzten 30 Jahren – immer noch nicht geschrieben. Dazu fehlen Informationen über die Entscheidungen der Unternehmer, die Triebkräfte hinter der wirtschaftlichen Dynamik, die Finanzierung großgewerblicher Anlagen und die Netzwerke von Handwerk, Gewerbe, Handel und Verkehr, die überhaupt erst den Durchbruch der Industrie in der bis 1850 weitgehend agrarisch strukturierten Region verstehen lassen. Umso verdienstvoller ist es, dass sich Leif Nielsen intensiv mit Quellen auseinandergesetzt hat, die verlässliches Zahlenmaterial über die industrielle Entwicklung bieten. Dies sind namentlich die regelmäßigen Erhebungen über die Lage der Industrie, die beim Regierungspräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein eingegangen sind. Ihnen sind die auf der Ebene der Kreise und Ämter erwachsenen Unterlagen (in Nordschleswig gut überliefert) zur Seite gestellt.

Zunächst gibt Leif Nielsen einen Forschungsüberblick, der sowohl die dänische als auch die schleswig-holsteinische und die nordschleswig/sütjütische Situation kurz umreißt. Er bietet einige methodische Reflexionen (was ist Industrie und wie wird

der Industriebegriff in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gebraucht?) und stellt dann das Quellenmaterial vor (S. 17-50). Danach bringt er im ersten Hauptteil seiner Arbeit einen Überblick über die schleswig-holsteinische Industrie, wobei das Gewicht auf der industriellen Entwicklung zwischen 1845 und 1900 mit Ausblick bis 1914 liegt (S. 53-117). Es folgt die Untersuchung über die Industrieentwicklung in den preußischen Kreisen Hadersleben, Apenrade, Sonderburg und Tondern (S.121-222). Hier wird zunächst ein Überblick gegeben, dann werden die Branchen im Einzelnen vorgestellt und schließlich wird die sozialgeschichtliche Seite beleuchtet (Beschäftigungsstruktur, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterbewegung und Konflikte). Am Schluss der Darstellung gibt es eine dänische und eine deutsche Zusammenfassung und ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Es folgt ein Tabellenwerk, das auf über 150 Seiten für alle Kreise und kreisfreien Städte in der Provinz die Industriebetriebe in den Jahren 1876, 1880, 1885, 1890, 1895 und 1900 auflistet und dann kreisweise die chronologische Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Betrieben aufführt.

Die vorliegende Arbeit, mit der Leif Hansen Nielsen 2006 von der Syddansk Universität zum ph.d. promoviert wurde, stellt sich gegen den gegenwärtig vorherrschenden Trend zur Anthropologisierung in der Geschichtsschreibung. Es handelt sich um ein umfassendes Werk auf der Höhe der Forschung, das sich ganz der quantifizierenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte verschrieben hat. Und das ist gut so, denn damit bietet er eine verlässliche Grundlage für alle weiteren Untersuchungen zur Entwicklung der Industrie in Schleswig-Holstein und besonders Nordschleswig/Sønderjylland. Seine Ergebnisse können nicht

völlig überraschen, da sich bereits in der vorhergehenden Forschung (insbesondere von Bjørn Hansen auf der Basis der Erwerbsstruktur herausgearbeitet) abzeichnete, dass die Provinz mit Ausnahmen stärker als allgemein angenommen am Prozess der Industrialisierung teilnahm und ein dem Durchschnitt des Deutschen Reiches entsprechendes Niveau erreichte. Jetzt liegen harte Daten vor, die für jeden einzelnen Standort recht exakte Aussagen ermöglichen – ein sehr nützlicher Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Provinz in einer entscheidenden Entwicklungsphase!

Klaus-J. Lorenzen-Schmidt

Grenzüberschreitende Wirtschaftsgeschichte

Wisby – Danisco

100 Jahre Industriegeschichte

Hrsg. von Danisco Deutschland GmbH.
Husum 2007. 108 S., zahlr. Abb.

Wer Niebüll nur als die Kleinstadt hinter dem Deich kennt, verkennt die Bedeutung einer Firma, die als Teil eines europäischen Konzerns von Niebüll aus eine führende Rolle in der Lebensmittelchemie spielt und darüber hinaus ein Stück Geschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes der letzten 100 Jahre widerspiegelt. Ihre Wurzeln hat diese Firma im nordschleswigschen Wiesby, wo der Molkereidirektor Eduard Busch 1907 ein Labor zur Herstellung von Säurewecker-Kulturen für die Butter- und Käseherstellung gründete, das erst nach Tondern und später nach Niebüll umzog. Die zentralen Beiträge dieser Firmenge-

schichte stammen von Berndt Kröger und Thomas Steensen. Kröger beschreibt die biotechnischen Innovationen, die von der Entwicklung einer standardisierten Milchsäure-Starterkultur zu dem heute produzierten breiten Spektrum biochemischer Lebensmittelzusatzstoffe geführt hat. Steensen geht der Geschichte der Gründerfamilie Busch und ihrer Firma im Verlauf des letzten Jahrhunderts nach und hat eine lebendige, reich bebilderte Darstellung deutsch-dänischer Geschichte zwischen Tondern und Niebüll verfasst.

Die Geschichte des schleswigschen Grenzlandes spiegelt sich auf vielfältige Weise in diesem interessanten Stück Wirtschaftsgeschichte wider. So blieb der Name des Molkereilabors „Visby“ auch nach dem Umzug bestehen, und zwar in der dänischen Schreibweise. Erst nach dem Ersten Weltkrieg fand auch die deutsche Form „Wiesby“ Verwendung, bis man sich schließlich auf einen Kompromiss einigte: „Wisby“. Nach 1920 wurde für den Versand in Deutschland ein Büro in Niebüll errichtet. Nach dem frühen Tod des Firmengründers führte seine Witwe Laura Margrethe Busch, die auf dänischer Seite eine bestimmende Figur im gesellschaftlichen und politischen Leben des auch nach 1920 mehrheitlich deutsch geprägten Tondern war, die inzwischen weithin bekannte Firma gemeinsam mit zwei ihrer Kinder weiter. Der deutsch-dänische Konflikt sollte auch die nächste Generation im familiären Bereich prägen. Ein Schwiegersohn, der Laura Margrethe Busch als Berater zur Seite stand und gleichzeitig Lehrer an der deutschen Schule in Tondern war, Dücke Wilhelm Johannsen, wurde im Mai 1945 im Faarhuslager interniert. Zuvor war ein anderer Schwiegersohn während der deutschen Besetzung Dänemarks ins Konzentrationslager verschleppt worden,

er starb im KZ-Außenlager Husum-Schweising.

Nach 1945 nahm – wie Steensen schreibt – die Familie Busch mit ihrer Firma Wisby die grenzüberschreitende Kooperation im deutsch-dänischen Grenzland vorweg. Die Produktion wurde schrittweise ganz nach Niebüll verlegt, während Tondern als Nebensitz der Firma bestehen blieb. Unter dem Enkel Gert Busch Johannsen entwickelte sich die Firma 1953-79 zu einem Weltunternehmen mit einer breit gefächerten Produktpalette, Kunden in 100 Ländern der Welt und über 200 Mitarbeitern. Dieses florierende Unternehmen wurde 1998 an den dänischen Konzern DANISCO verkauft, der die Produktion in Niebüll weiter ausgebaut hat.

Bemerkens- und dankenswert ist es, dass ein Konzern wie DANISCO die regionale Bedeutung eines seiner Tochterunternehmen anlässlich dessen 100-jährigen Jubiläums mit einer so ansprechenden Festschrift würdigt und damit ein interessantes Stück Wirtschaftsgeschichte des Grenzlandes zugänglich macht.

Frank Lubowitz

Standardwerk zur Wikingerzeit

Richard Hall

I vikingernes vide verden

Kopenhagen 2007. 240 S.

Es ist ein altes Problem der deutschen Geschichtswissenschaft: Fachbücher gleichen oft einer Bleiwüste, und Fußnoten nehmen zuweilen mehr Platz ein als der geschriebene Text. Begibt man sich dagegen nördlich von Flensburg in einen Buchladen, erlebt man im Wortsinne ei-

ne „verkehrte Welt“ mit reich illustrierten Fachbüchern, die zuweilen eher an einen Bildband als an ein wissenschaftliches Werk erinnern.

Ein gutes Beispiel dafür ist das neueste Werk des Leiters der Abteilung Archäologie beim „York Archeological Trust“, Richard Hall, dessen Buch „Exploring the world of the Vikings“ nun unter dem Titel „I vikingernes vide verden“ beim Nyt Nordisk Forlag Arnold Busck in Kopenhagen erschienen ist. Immerhin 330 Illustrationen finden sich auf 240 Seiten des Buches – vom stimmungsvollen Farbfoto eines in den Sonnenuntergang dahinsegelnden Wikingerschiff-Nachbaus über zahlreiche Detailaufnahmen archäologischer Funde bis hin zu Landkarten aller Art und Größe. Zwar führt die Bilderflut zuweilen dazu, dass der Leser Schwierigkeiten hat, sich auf das Wesentliche, den Text des Buches, zu konzentrieren. Doch Halls Monographie ist eine klar gegliederte, lesenswerte Gesamtdarstellung, die einen auf dem aktuellen Stand der Forschung befindlichen Überblick über die Geschichte der Wikingerzeit bietet. Angesichts von Herkunft und Wirkungsstätte des Autors ist es dabei nicht verwunderlich, dass die Kriegszüge der Skandinavier nach England und ihre Herrschaftsgebiete auf den britischen Inseln einen besonderen Schwerpunkt einnehmen. Nur kurz gestreift werden dagegen zeitgleiche skandinavische Aktivitäten in der Kiewer Rus und in Byzanz. Auch der südwestliche Ostseeraum wird von der Darstellung Halls nur kurz gestreift: Selbstverständlich stellt er seinen Lesern das Dannewerk und die Handelssiedlung Haithabu vor, aber weitere Kontakte etwa zwischen Skandinavien und Ostseeslawen werden nicht thematisiert.

Am vorliegenden Buch besonders bemerkenswert ist freilich die Dekonstruk-

tion historiographischer Mythen. Während deutschsprachige Darstellungen der Wikingerzeit bis in die jüngste Zeit hinein oft einem dicken Brei aus nordischer Mythologie, isländischen Sagas, Germanentümelei und vorgeschichtlichen Funden gleichen, baut Hall seine Darstellung weitgehend auf archäologischen Funden und den wenigen überlieferten zeitgenössischen Quellen auf. Neuzeitliche Geschichtsrömantik sucht man bei Hall vergebens.

Im Gegenteil: Die von Island nach Grönland auswandernden Wikinger, die früher oft mit dem durch die Sagas geprägten Bild des Totschlägers und furchtlosen Seehelden Erik „der Rote“ verbunden wurden, charakterisiert Hall als „ambitiös, optimistisch oder vielleicht auch verzweifelt“ (S. 25). Auch bei der Interpretation archäologischer Funde geht der Verfasser angenehm vorsichtig zu Werke: Die in diversen Ausstellungen und historischen Standardwerken zur Wikingerzeit als Faktum beschriebene Navigation der skandinavischen Seefahrer mittels einer halbkreisförmigen Scheibe stellt er als Theorie dar, die keineswegs bewiesen sei (S. 54). Eine derart vornehme Zurückhaltung würde man anderen Werken zu solchen Themen zuweilen wünschen.

Halls Buch hat es verdient, auch hierzulande künftig als eines der einführenden Standardwerke in die Welt der Wikinger anerkannt zu werden. Man kann eigentlich nur auf eine weite Verbreitung und alsbaldige deutsche Übersetzung hoffen.

Benjamin Lassive

Morten Andersen, cand. mag.
Landsarkivet for Sønderjylland
Haderslevvej 45
DK-6200 Aabenraa

Thomas Wegener Friis, ph.d.
Center for Koldkrigsstudier
Syddansk Universitet
Campusvej 55
DK-5230 Odense M

Andrea Graw-Teebken, cand. phil.
Institut for Grænseregionsforskning,
Syddansk Universitet
Alsion 2
DK-6400 Sønderborg

Prof. Dr. Reimer Hansen
Rhodeländerweg 40 b
12355 Berlin

Mikkel Leth Jespersen, cand.mag.
Studieafdelingen og Arkivet ved Dansk
Centralbibliotek for Sydslesvig
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Benjamin Lassiwe, M.A.
Universität Greifswald
Lehrstuhl für Nordische Geschichte
Bahnhofstraße 51
17487 Greifswald

Dr. Klaus-J. Lorenzen-Schmidt
Staatsarchiv
Kattunbleiche 19
22041 Hamburg

Frank Lubowitz, M.A.
Historische Forschungsstelle und
Archiv der deutschen Volksgruppe
Vestergade 30
DK-6200 Aabenraa

Dr. Helmut Müller-Enbergs
Die Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehemaligen Deutschen
Demokratischen Republik.
Abteilung Bildung und Forschung
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin

Prof. Dr. Michael Ruck
Universität Flensburg
Auf dem Campus 1
24943 Flensburg

Gerret Liebing Schlaber, ph.d.
Studieafdelingen og Arkivet
ved Dansk Centralbibliotek
Norderstraße 59
24939 Flensburg

Renate Schnack
Goldland 10
25923 Braderup

Reimer Hansen, Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 2 Abb. 4: Johann Orthmann, „Sind Kriege notwendig?“ Lebenserinnerungen eines Pazifisten und Schulmannes ..., Kiel 1995. S. 31; Abb. 5: Grenzfriedenshefte 2/1983, S. 95; Abb. 6 u. 7: Deutsche Zukunft. Halbmonatszeitschrift. Pflichtorgan in der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft, Organ des Bundes der Kriegsgegner, Ausg. v. 1.6.1931

Thomas Wegener Friis und Helmut Müller-Enbergs, Grenzlandpolitiker als Stasi-Spione? Analyse und Hintergrund einer Aufsehen erregenden Fälschung Abb. 1: Center for Koldkrigsstudier (Odense), Syddansk Universitet; Abb. 2: Flensburg Avis, 29.11.2007; Abb. 3: BStU, MfS, AP 3295/55

Michael Ruck, Perspektiven des Nordens im Nordstaat. Eine Konferenz in Flensburg Abb. S. 41: Flensburger Tageblatt, 2.6.2007. Foto: Sebastian Iwersen

Renate Schnack, Kulturbewahrung und Integration. Maro Temm – ein Wohnprojekt für Sinti und Roma Abb. 1 u. 3: Renate Schnack; Abb. 2: Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

VERZEICHNIS DER IM JAHRE 2007 IN DEN
GRENZFRIEDENSHEFTEN ERSCHIENENEN AUFSÄTZE

DIETER ANDRESEN	Der unbekannt Nachbar. Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) – Teil 1	Heft 2 Seite 79 ff.
	Der unbekannt Nachbar. Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) – Teil 2	Heft 3 Seite 193 ff.
CHRISTOPH BERGNER	Zehn Jahre European Centre for Minority Issues. Erwartungen an die künftige Arbeit	Heft 2 Seite 121 ff.
ANNA BUCK	Öffentliches Gedenken im Wandel. Zur Erinnerungskultur der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig	Heft 1 Seite 31 ff.
PETER HARRY CARSTENSEN	Zusammen wachsen – Fortschritt im Norden	Heft 1 Seite 3 ff.
BETTINA DIOUM	Dokumente zur Volksabstimmung 1920 in Pariser Archiven	Heft 1 Seite 47 ff.
PETER DRAGSBO	Sprache und Identität. Der Sprachwechsel in Angeln 1800-1850 aus kulturhistorischer Perspektive	Heft 1 Seite 19 ff.
REIMER HANSEN	Die Lebenserinnerungen Johann Orthmanns (1898-1978) als historische Quelle – Teil 1	Heft 4 Seite 245 ff.
MARTIN KLATT	10 Jahre Region Sønderjylland. Eine Bestandsaufnahme	Heft 3 Seite 167 ff.
CHRISTINA MAHN	Käte Lassen und der Norden. Eine Künstlerin zwischen Dänemark und Deutschland	Heft 2 Seite 93 ff.
CHRISTIAN MEJDAHL	Ohne Bürger kein Europa	Heft 3 Seite 159 ff.

LOUISE EJLSKOV RÖHRIG	Nordschleswig im dänischen Nationalbewusstsein seit 1955	Heft 2 Seite 109 ff.
MICHAEL RUCK	Die norddeutschen Länder – das Ende der Territorialgeschichte?	Heft 4 Seite 235 ff.
GERRET LIEBING SCHLABER	Der schleswigsche „Flickenteppich“. Komplizierte Verwaltungsstrukturen zwischen Eider und Königsau bis 1864	Heft 3 Seite 179 ff.
	Zehn Jahre Region Sønderjylland-Schleswig: Alltag und Visionen. Interview mit der Leiterin des Regionkontors und des Infocenters Andrea Kunsemüller	Heft 4 Seite 259 ff.
	Aushängeschild oder Provokation? Zur Debatte um mehrsprachige Schilder in Nord- und Südschleswig	Heft 4 Seite 271 ff.
BETTINA UTZELMANN/ SOMOGY VARGA	Normal oder normalisiert? Zur nationalen Identität deutscher und britischer Emigranten in Dänemark	Heft 1 Seite 9 ff.

Perspektiven des Nordens im Nordstaat

Eine Konferenz in Flensburg

von MICHAEL RUCK

Am 31. Mai und 1. Juni 2007 diskutierten in der Universität Flensburg Wissenschaftler verschiedener Disziplinen mit Vertretern der Landesparteien und der Wirtschaft über Chancen und Risiken einer möglichen Länderneugliederung im norddeutschen Raum für den Landesteil Schleswig. Der in Heft 4/2007 der Grenzfriedenshefte erschienene Artikel „Die norddeutschen Länder – das Ende der Territorialgeschichte?“ ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den der Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Prof. Dr. Michael Ruck dort gehalten hat. Nun folgt der angekündigte Bericht über die von ihm in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Flensburg ausgerichtete Konferenz.

Die Redaktion

Im August 1949 stürzte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) nicht zuletzt über sein hartnäckiges Engagement für das Land „Untereibe“. ¹ Seither galt es im Lande als untrügliches Symptom fortgeschrittener Karrieremüdigkeit, für eine Ländergebietsreform in Norddeutschland einzutreten. 1987 gab der ehemalige Landtagsabgeordnete Klaus Konrad (SPD) im Rückblick auf die 1960er Jahre zu Protokoll: „Ich würde heute selbstkritisch und mit ein bisschen Hohn zu mir selbst sagen, das war ein ‚missgebildetes Steckenpferd‘, was ich da geritten habe. Die wenigsten waren dafür zu haben.“ ² Ungeachtet dessen konnte der lang gediente Landtagskorrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Peter Höver, vor einem Jahrfünft festhalten: „An der Küste kommt die ‚Nordstaat‘-Debatte so regelmäßig wie Ebbe und Flut, um dann so zuverlässig wie Seifenblasen zu zerplatzen.“ ³

Vielleicht sehen wir derzeit wieder nur eine dieser Fluten auflaufen und eine dieser Seifenblasen entschweben. Womöglich bekommt die Nordstaat-Debatte nun aber auch eine Dynamik, die mittelfristig tatsächlich auf ein – wie immer gestaltetes – Zusammengehen zumindest der beiden Hauptaspiranten Hamburg und Schleswig-Holstein zustrebt. Im politischen Raum häufen sich trotz gelegentlicher Dissonanzen die Signale in diese Richtung. ⁴ Erst im November 2007 haben die Regierungschefs beider Länder bei der Präsentation eines umfassenden Gutachtens zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums wiederum die po-

litische Perspektive einer gliedstaatlichen Vereinigung mit in den Blick gerückt.⁵ Und auch im wissenschaftlichen Diskurs gewinnt das Thema „Ländergebietsreform“ zusehends an Beachtung.

Im Mai 2006 hatte die Lorenz-von-Stein-Gesellschaft das „Nordstaat“-Szenario mit einer großen Tagung auf die Agenda gesetzt.⁶ Am Rande dieser Konferenz entstand in Kiel die Idee, diesen Diskurs in den Norden des Landes zu tragen⁷ – dorthin, wo erfahrungsgemäß die Skepsis gegenüber allen solchen Plänen besonders ausgeprägt war und wohl auch noch ist.⁸ Angesichts dessen schien es an der Zeit, im Landesteil Schleswig einen vernünftigen Austausch über Nutzen und Kosten einer möglichen Ländergebietsreform in Norddeutschland anzustoßen – und zwar mit Blick auf die offenkundigen Strukturprobleme des deutschen Föderalismus im europäischen Mehrebenensystem, auf die jüngste „Revolutionierung“ der territorialen Verwaltungsstrukturen in Dänemark und die sich allmählich verdichtenden Austauschbeziehungen über die innereuropäische Grenze hier mitten auf der kimbrischen Halbinsel hinweg⁹ und schließlich auf die drängende Frage, wie die enormen Wachstumschancen der Metropolregion Hamburg für den gesamten Norden optimal nutzbar gemacht werden können. Aller Erfahrung nach können solche Diskurse nur dann etwas bewirken, wenn ihr Gegenstand zugleich auf wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene verhandelt wird. Dem entsprechend trugen am ersten Tag der Flensburger Konferenz zunächst profilierte Redner und Diskutanten aus dem gesellschaftlichen und politischen Raum ihre Thesen zu den möglichen „Perspektiven des Nordens“ in einem zukünftigen „Nordstaat“ vor. Dann diskutieren sie darüber untereinander und mit interessierten Vertretern von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sowie Wissenschaft und Kultur aus der Region beiderseits der Grenze.¹⁰ Am zweiten Tag wurden ausgewählte regionalhistorische, regionalkulturelle und regionalökonomische Aspekte einer territorialen Neuordnung im norddeutschen Raum auf einer wissenschaftlichen Konferenz beispielhaft erörtert.

Gerade auch die Leitung einer Universität, deren weitere Entwicklung nach wie vor durch ihre Unterfinanzierung gehemmt werde – so Prorektor Prof. Dr. Manfred Blohm in seiner Begrüßung – erfahre ständig die Notwendigkeit, im Norden Deutschlands zu leistungsfähigeren territorialen Einheiten zu kommen. Aus der Sicht einer regional verankerten Hochschule mit vielfältigen Kooperationsbeziehungen zu dänischen Nachbarinstitutionen müsse freilich gewährleistet sein, dass die möglichen Wohlfahrtsgewinne aus einer solchen Fusion auch und besonders im Norden des Landes ausgeschüttet werden.

Damit wurde ein Ziel benannt, das offenkundig im Mittelpunkt einer zukunftsgerichteten Auseinandersetzung mit dem Thema „Nordstaat“ im nördlichen Landesteil zu stehen hat. Doch die Bereitschaft, sich damit konstruktiv auseinanderzusetzen, war und ist nördlich des Kanals kaum spürbar – obwohl dort vielfältige

Beziehungen zur Elbmetropole weithin selbstverständlich sind. Die Diskrepanz zwischen alltäglichen Verflechtungserfahrungen und grundsätzlichen Vorbehalten gegen ein engeres Zusammengehen mit Hamburg führte Walter Braasch, Präsident der IHK Flensburg, in seiner Begrüßung auf die verbreitete Überzeugung zurück, dass der nördliche Teil Schleswig-Holsteins schon jetzt nur der Juniorpartner innerhalb des Landes sei, dessen Stellenwert in einem größeren Gliedstaat zwangsläufig weiter absinken würde. Zudem gebe es in der Region ein ausgeprägtes Bewusstsein eigener Merkmale und Stärken, das insbesondere aus der deutsch-dänischen Geschichte und Gegenwart sowie der vielfältigen, durch regionale Strukturmerkmale geprägten Wirtschaftsstruktur entspringe. Allerdings ignoriere diese Abwehrhaltung die Tendenzen hin zu großräumiger Zusammenarbeit über gegenwärtige Ländergrenzen hinweg, wie sie sowohl im politisch-administrativen Bereich als auch bei Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften oder Kirchen zu beobachten sei. Bislang habe der Norden Schleswig-Holsteins noch keine Anstalten gemacht, sich in den Prozess wachsender Vernetzung mit Hamburg aktiv einzubringen. Die IHK Flensburg unterstütze deshalb das Unterfangen, die regionalen Akteure vor Ort diskursiv „abzuholen“.

Daran anknüpfend richtete der Hauptgeschäftsführer der IHK Flensburg, Peter Michael Stein, zwei Leitfragen an die beiden Hauptreferenten: Gibt es für die Kooperation in Norddeutschland eine klar gegliederte Langfrist-Agenda? Oder ist das Zusammenwachsen eher eine Folge pragmatischer Kooperationsentscheidungen dort, wo abgestimmtes Zusammenwirken jeweils am dringlichsten erscheint? Und: gibt es einen Bedingungs-zusammenhang zwischen der von der Landesregierung angestrebten Reform der Kreise in Schleswig-Holstein und einer vertieften Kooperation mit Hamburg? Sind größere Einheiten im Format von Regionen eine Voraussetzung dafür, dass Umland und Peripherie ihre Belange in einem gemeinsamen Land gegenüber der Metropole nachhaltig zur Geltung bringen können?

Bogislav-Tessen von Gerlach, der Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, beurteilte diese Perspektive unverhohlen skeptisch. Zum einen stünden dem das historisch tief verwurzelte Identitätsbewusstsein der Bevölkerung im nördlichen Landesteil, dessen enge Verbindungen zum südlichen Dänemark wie auch die Sorge kleinerer Gebietskörperschaften und Wirtschaftsunternehmen entgegen, in einem von der fernen Metropole Hamburg dominierten großen Verbund weiter marginalisiert zu werden. Zum anderen müsse befürchtet werden, dass ein künftiger Nordstaat und dessen Regionen – insbesondere auch der Norden – nicht mehr annähernd im bisherigen Umfang Fördermittel von der Europäischen Union erhalten würden. Im Übrigen bezweifelte von Gerlach grundsätzlich, dass eine Vergrößerung von Gebietskörperschaften – seien es nun Länder oder Kreise – von vornherein ökonomische Vorteile verspreche. Die wirtschaftlichen Kontakte

zu Hamburger Unternehmen würden in einem Nordstaat nicht notwendig an Intensität gewinnen. Insofern räumte von Gerlach der Pflege „unsere(r) exklusiven Verflechtungsbeziehung mit dem dänischen Wirtschaftsraum“ klare Priorität gegenüber der Beteiligung an Vorbereitungen für einen Nordstaat ein.

Demgegenüber betonte Prof. Dr. Bernd Rohwer, nunmehr Hauptgeschäftsführer der IHK Lübeck und der IHK Schleswig-Holstein, die Notwendigkeit, gestaltenden Einfluss auf den von ihm als unausweichlich bezeichneten Prozess des Zusammengehens von Schleswig-Holstein und Hamburg zu nehmen. Unter Verweis auf die bereits vorhandenen Verflechtungen zwischen beiden Ländern, die teils auch weit über das Hamburger Umland hinaus bis in den Norden reichten, benannte der frühere Kieler Wirtschaftsminister als Argumente für eine Fusion neben möglichen Bündelungsvorteilen in den Bereichen Infrastrukturentwicklung, Wissenschaftskooperation sowie Interessenvertretung im nationalen und internationalen Kontext auch die Chance, die Wachstumskräfte des Zentrums Hamburg gezielt für den Norden des Landes nutzbar zu machen. Dafür bedürfe es eines Strukturkonzepts für einen starken Norden in einem möglichen Nordstaat. Als dessen Schwerpunkte nannte Rohwer zum einen die weitere Stärkung des regionalen „Subzentrums Flensburg“, zum anderen den gezielten Ausbau der Achse Hamburg-Flensburg durch leistungsfähigere Verkehrsverbindungen sowie durch Kooperationen in den Bereichen Hochschulen und Tourismus. Um alle diese Maßnahmen zielorientiert und planmäßig aufeinander bezogen umsetzen zu können, solle ein „Kooperationsteam Politik – Wirtschaft – Gesellschaft“ gebildet werden. Durch ein solches Entwicklungsnetzwerk, in dem nicht nur die Metropolregion, sondern auch der Norden Schleswig-Holsteins angemessen vertreten sein müsse, könne schrittweise jenes Vertrauenskapital gebildet werden, das unerlässlich sei, um die grassierenden Vorbehalte und potentiellen Widerstände im Landesteil Schleswig allmählich abzubauen. Denn die rationale Abwägung des Für und Wider eines Zusammenschlusses spreche zwar dafür, dieses Projekt unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die erforderliche Zustimmung der Bevölkerung auch im Norden werde aber nur zu erlangen sein, wenn hinreichende Rücksicht auf regionale Identitätsgefühle genommen werde.

In einer vom Chefredakteur der Zeitungen des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages, Stephan Richter, moderierten Podiumsdiskussion¹¹ mit Vertretern der fünf Landtagsparteien folgte vor allem Jürgen Weber (Kiel) dieser Argumentation. Dabei verwies der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion zum einen auf die existenzielle Notwendigkeit, die wirtschafts- und finanzpolitischen Belange Norddeutschlands im Machtgefüge eines weiter reformierten föderalen Systems gewichtiger zu vertreten. Zum anderen warnte er davor, sich von der spürbaren Eigendynamik des Integrationsprozesses in der Metropolregion abzukoppeln. Auch der Landesvorsitzende von Bündnis 90/Grüne, Dr. Robert Habeck (Flens-



„Perspektiven des Nordens im Nordstaat“ – Podiumsdiskussion am 31.5.2007 mit dem Chefredakteur des sh:z Stephan Richter als Moderator

burg), setzte sich für einen Nordstaat ein. Die Bedenken, dessen politische Institutionen würden die Interessen des nördlichen Landesteils vernachlässigen, wies er ebenso zurück wie die Befürchtung, die Identität historischer Teilräume oder kultureller Minderheiten werde in dem neuen Staatsgebilde Schaden leiden. Habeck sieht den Norden im Nordstaat sogar als den potentiellen Hauptnutznießer einer Fusion von Schleswig-Holstein und Hamburg.

Diese optimistischen Annahmen wies Anke Spoorendonk (Harrislee) als Vorsitzende des SSW im Landtag lebhaft zurück. Im Übrigen werde ihre Partei keinerlei staatsrechtliche Änderungen hinnehmen, welche die parlamentarische Präsenz und Aktionsfähigkeit der dänischen Minderheit auf landespolitischer Ebene zu schwächen drohten. Nicht weniger entschieden wandte sich Dr. Heiner Garg (Kiel) als Mitglied der FDP-Landtagsfraktion gegen jegliche weiteren Nordstaatsdebatten. Das Vorhaben, dessen territoriale Dimensionen noch überhaupt nicht plausibel umrissen worden seien, verspreche keine ökonomischen Nutzeffekte für den Gesamttraum und erst recht nicht für den Norden Schleswig-Holsteins. Auch eine wirksamere politische Interessenvertretung würden Parlament und Regierung eines vergrößerten Landes schwerlich leisten können.

Dieser strikten Ablehnung jeglicher Hinarbeit auf eine Länderfusion mochte sich der Segeberger CDU-Abgeordnete Axel Bernstein so nicht anschließen. Unter Verweis auf eigene Erfahrungen aus der Metropolregion Hamburg plädierte er aber dafür, zunächst einmal den Prozess der strukturellen Annäherung von Hamburg und Schleswig-Holstein mit langem Atem schrittweise voranzubringen. Im

weiteren Verlauf dieser Entwicklung müsse dann immer wieder geprüft werden, ob die Bildung eines Nordstaats nun tatsächlich sinnvoll erscheine. Jenseits aller Zweckmäßigkeitserwägungen komme es darauf an, ein solches Vorhaben nicht über die Bevölkerung hinweg oder an ihr vorbei zu betreiben.

Im Publikum fand dieser Appell allgemeine Zustimmung. Freilich wurde auch darauf hingewiesen, dass derlei Prozesse erfahrungsgemäß nicht von selbst vorankämen. Es sei deshalb erforderlich, die Fusionsfrage auf politischer Ebene weiter zu diskutieren und die formulierten Positionen aktiv in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu gaben verschiedene Diskutanten den Vertretern des nördlichen Landesteils ihren Wunsch mit auf den Weg, in der Nordstaat-Debatte aus der noch vorherrschenden Abwehrhaltung wie auch aus der Fixierung auf gewohnte Subventionskulissen herauszukommen und selbstbewusster eher die Chancen als die Risiken eines territorialen Restrukturierungsprozesses in Norddeutschland für die Region „nördlich des Kanals“ zu erörtern.

Im Übrigen stellt sich das „Zentrum-Peripherie-Problem“ grundsätzlich auch im südholsteinischen Teil der Metropolregion – etwa dem durchaus heterogenen „Speckgürtel“-Kreis Segeberg – sowie in manchen Teilräumen der K.E.R.N.-Region. Darauf machten Redner und Diskutanten aus Kiel und aus dem Hamburger Umland mehrfach aufmerksam. In seiner Einführung zur wissenschaftlichen Tagung am 1. Juni 2007 nahm M. Ruck diese Hinweise auf: Offenbar gehe es künftig gar nicht nur im Landesteil Schleswig darum, die „windfall profits“ des gegenwärtigen und des zukünftig erhofften Booms in der Metropolregion zu angemessenen Teilen in die Fläche zu leiten, um dort eine „selbst tragende“ Weiterentwicklung zu ermöglichen. Auch dieser verbindende Aspekt sollte mit im Auge behalten werden, wenn die regionalwirtschaftlichen Entwicklungschancen und Strukturprobleme des nördlichen Schleswig-Holsteins aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden. Allerdings seien es oftmals gar nicht in erster Linie rationale Kosten-Nutzen-Abwägungen wirtschaftlicher und finanzieller Natur, auf deren Grundlage sich Haltungen für oder gegen territorial-administrative Veränderungen herausbilden. Die anhaltenden Auseinandersetzungen über Sinn und Unsinn einer Kreisgebietsreform in Schleswig-Holstein machten das nur einmal mehr deutlich. Tatsächlich sind es zumeist reale und/oder konstruierte historisch-kulturelle Differenzen, die als Argumente gegen die Bildung größerer territorialer Einheiten ins Feld geführt werden. Am Beispiel der Schlüsselthemen Minderheiten sowie Schulen und Hochschulen solle der vielschichtigen Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit (neue) föderale Grenzziehungen die Bewahrung wünschenswerter regionaler Besonderheiten fördern oder behindern könnten.

Zunächst aber lenkte der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Nitschke aus Vechta – einer westdeutschen Grenzregion also – den Blick aus größerer „Flughö-

he“ auf die (mutmaßliche) Rolle der „Regionen im zukünftigen Europa“. Vor dem Hintergrund der offenkundigen Strukturprobleme des deutschen Föderalismus im europäischen Mehrebenensystem relativierte er die Bedeutung der gliedstaatlichen wie der zwischenstaatlichen Grenzziehungen, ohne deren nach wie vor wahrnehmungs-, verhaltens- und prozessprägende Wirkungen zu leugnen. Moderiert von Dr. Broder Schwensen, dem Leiter des Flensburger Stadtarchivs, wendete sich der erste Workshop den regionalhistorischen Aspekten des Konferenzthemas zu. Nachdem M. Ruck in seinem (in den Grenzfriedensheften 4/2007 dokumentierten) Beitrag die These begründet hatte, dass grundsätzlich auch in Norddeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mitnichten ein „Ende der Territorialgeschichte“ gekommen sei, zeichnete Dr. Meik Woyke von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte an der Universität Hamburg die Hauptargumentationslinien der während des vergangenen Jahrhunderts immer wieder intensiv geführten Diskussionen über eine engere Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein nach.

Seit etwa 1910 erschienen zahlreiche Denkschriften, Gutachten und Stellungnahmen, die je nach Interessenlage eine Bereinigung der als unhaltbar wahrgenommenen Zustände zugunsten Hamburgs oder eine gleichberechtigte, intensivere Stadt-Umland-Planung forderten – darunter 1917 jenes „Achsenkonzept“ des Hamburger Oberbaudirektors Fritz Schumacher, welches bis in die Gegenwart hinein prägend auf die Struktur der Metropolregion Hamburg und darüber hinaus gewirkt hat. Mit dem „Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland“ (1969), der „Konferenz Norddeutschland“ (1969), dem Norddeutschen Parlamentsrat der vier Küstenländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen (1970) und der skeptischen Aufnahme der Neugliederungsvorschläge der „Ernst-Kommission“ (1972/73) wurde die Grundsatzfrage „regionale Kooperation oder Nordstaat?“ für zwei Jahrzehnte zugunsten des staatrechtlichen Status quo beantwortet. Doch erst 1996 erhielt die Drei-Länder-Zusammenarbeit mit der „Metropolregion Hamburg“ einen institutionellen Rahmen und eine inhaltliche Agenda. Die Forderung nach einem „Nordstaat“ stellten zwar im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung vor allem Hamburger Senats- und Wirtschaftsvertreter wiederholt auf. Praktisch sind dabei bislang aber nur wenige Zusammenlegungen und Kooperationen von Behörden und öffentlich kontrollierten Körperschaften herausgekommen.

Die Metropolregion werde laufend weiter ausgebaut, schloss Woyke, ohne das übrige Schleswig-Holstein erwähnenswert mit in diesen Prozess einzubeziehen. Dadurch würden die peripheren Regionen im Landesteil Schleswig und in Ostholstein sowie die schleswig-holsteinischen Städte außerhalb der Metropolregion zusehends marginalisiert. Und weiterhin spiele der Norden von Schleswig-Holstein in den Planungen des Hamburger Senats selbst als potentieller Vetopartner

nur eine untergeordnete Rolle.

Nach dieser ernüchternden Zustandsbeschreibung skizzierte Dr. Jørgen Kühl, vormals Direktor des Institut for Grænseregionsforskning der Syddansk Universitet in Aabenraa und nunmehr Direktor des Dänischen Gymnasiums Schleswig, die Entwicklung einer modernen deutsch-dänischen Grenzregion seit der Volksabstimmung von 1920. Seither leben – im markanten Unterschied zu anderen westeuropäischen Grenzregionen – beiderseits der Grenze nationale Minderheiten, die sich mit dem jeweiligen Nachbarland sprachlich-kulturell identifizieren. Diese besondere Konstellation werde außerhalb Schleswig-Holsteins – auch in Hamburg – kaum wahrgenommen. Allenfalls durch spektakuläre Konfliktsituationen wie nach der Landtagswahl im Frühjahr 2005 kämen die spezifischen Verhältnisse und die dort lebenden anerkannten Minderheiten kurzzeitig „als Kuriosum, Anachronismus, Ärgernis, Obskürität oder interessantes Phänomen“ in das Blickfeld der nationalen Öffentlichkeit.

Auf dem Feld der institutionalisierten Zusammenarbeit entwickelte sich das deutsch-dänische Grenzland seit 1955 mit erheblicher Verspätung zu einem europäischen Normalfall. Die Mehrheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze agierten zunächst zurückhaltend und zögerlich. Allerdings bestand auf deutscher Seite ein weitaus größeres Interesse an einer vertieften und formalisierten Ko-operation als in Süddänemark. Erst als beide Seiten nach dem dänischen EG-Beitritt 1973 ihr eigenes Interesse an gemeinsamen Lösungen entdeckten, konnte verstärkt kooperiert werden. Das 1977 aus Vertretern von Sønderjyllands Amt sowie der Stadt Flensburg, des Kreises Schleswig-Flensburg und des Kreises Nordfriesland gebildete Deutsch-Dänische Forum war ein erster institutioneller Kompromiss. Trotz ursprünglicher Vorbehalte der dänischen Seite wurde die schleswig-holsteinische Landesregierung in dieses interkommunale Konsultativ- und Informationsorgan mit einbezogen.

Seither kam die Zusammenarbeit im Rahmen von EU-Programmen und auf kultureller Ebene voran. Die Gründung der „Region Sønderjylland-Schleswig“ (1997) markiert eine wichtige Zwischenetappe auf dem Weg zur grenzüberschreitenden Kooperation im deutsch-dänischen Grenzland. Zwar haben sich die nationalen Gegensätze und Spannungen traditioneller Ausprägung inzwischen verflüchtigt. Allerdings gebe es noch einen diffusen „vulkanischen Untergrund“ von Ressentiments, der fallweise eruptiv zutage treten könne. Die nationalen Grenzen lebten nach wie vor als mentale und kulturelle, zunehmend auch sprachliche Abgrenzungen fort. Zudem war und ist die formalisierte Kooperation über die Staatsgrenze hinweg überwiegend ein „Elitenphänomen“. Im Alltagsleben beschränkt sich grenzüberschreitende Interaktion neben beruflich veranlassten Kontakten vor allem auf Einkäufe und touristische Aktivitäten.

Insofern ist die deutsch-dänische Grenzregion als konkrete Alternative zur Vernet-

zung des Landesteils Schleswig mit der Metropolregion Hamburg offenbar noch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Eine Schlüsselrolle bei der weiteren Orientierung des schleswig-holsteinischen Grenzlandes nach Norden oder Süden werden die hiesigen Minderheiten spielen¹² – und sei es in der Rolle von Vetospielern. In dem von Dr. Eckard Eichler, dem Leiter der Zentralen Hochschulbibliothek Flensburg, moderierten Workshop zu regionalkulturellen Aspekten des Konferenzthemas setzte sich Thede Boysen (Flensburg) mit der Fragestellung auseinander: „Was haben die Minderheiten von einem Nordstaat zu erwarten, wenn es bei den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen bleibt?“ Im Ergebnis formulierte der Leiter des Berliner Minderheitensekretariats der nationalen Minderheiten in Deutschland zwei Thesen: Erstens brächte eine isolierte Länderfusion von Schleswig-Holstein und Hamburg unter den gegebenen föderalen Voraussetzungen keine politischen Vorteile. Der Nordstaat würde die Einfluss- und Teilhabemöglichkeiten der Minderheiten weiter verringern. Insbesondere würde die parlamentarische Vertretung der dänischen Minderheit wenn nicht gefährdet, so doch auf den „Status eines privilegierten Beobachters“ reduziert.

Im Kontrast zu diesen skeptischen Darlegungen gelangte Prof. Dr. Carsten Dreher in seiner Kurzanalyse der „Perspektiven einer deutsch-dänischen Hochschulregion“ aus seinen Erfahrungen als Innovationsforscher an der Syddansk Universitet in Sønderborg und an der Universität Flensburg zu ermutigenderen Schlussfolgerungen: Für Schleswig-Holstein ist der Ausbau einer deutsch-dänischen Hochschulkooperation wichtiger für den Weg in den Europäischen Forschungsraum als für das südliche Dänemark. Innerhalb des Landes wird die deutsch-dänische Hochschulkooperation für immer mehr Akteure interessant. Der Wettbewerb auf diesem attraktiven Feld südlich der Grenze verschärft sich. Die Universität Flensburg hat ein vitales Interesse daran, ihre in etablierten Kooperationen mit der SDU in Sønderborg erworbenen „Startvorteile“ zu wahren. Dazu müssen die organisatorischen und ressourcenmäßigen Voraussetzungen für einen gezielten Ausbau der bilateralen Forschungszusammenarbeit verbessert werden.

Anschließend gab Dr. Peter Wendt (Pansdorf), bis vor kurzem Schulrat in Ostholstein, einen instruktiven Überblick über „Kongruenz oder Divergenz der Schullandschaften im Norden“. Sein Fazit: Während die aktuellen politischen Entwicklungen in Hamburg und Schleswig-Holstein auf eine strukturelle Angleichung der beiden Schullandschaften und auch der Lehrerausbildung zulaufen, sind die Unterschiede zwischen Dänemark und (Nord)Deutschland trotz gewisser Annäherungen weiterhin markant.

Im Mittelpunkt des dritten Workshops, der von Prof. Dr. Mike Friedrichsen (Flensburg) geleitet wurde, standen die regionalwirtschaftlichen Aspekte des Konferenzthemas. Zunächst diskutierte Dr. Konrad Lammers vom Institut für Integrati-

onsforschung an der Universität Hamburg die Doppelfrage: Lohnt sich ein kleiner Nordstaat aus Hamburg und Schleswig-Holstein – und würde der Norden in einem solchen Gebilde von der Elbe aus als Hinterland, Ballast oder Ergänzungsraum wahrgenommen?

Seine Antworten fielen eindeutig aus: Unter den Bedingungen eines kleinen Nordstaates wäre der nördliche Landesteil, wie bisher teils Hinterland, teils Ergänzungsraum. Zur Belastung würde die Region nur werden, wenn sie sich als Verliererin in einem fusionierten Land stilisierte, um daraus dauerhafte Alimentsationsansprüche abzuleiten. Wenn der kleine Nordstaat für Schleswig-Holstein und Hamburg von Vorteil wäre, wofür manches spreche, sollte er im Interesse des gesamten Wirtschaftsraumes zügig angestrebt werden. Ihn verhindern zu wollen, weil andere Landesteile vielleicht wirtschaftlich (noch) mehr von ihm profitieren, wäre eine gefährliche Strategie. Unabhängig von möglichen Neuordnungen der föderalen Gebietskulisse täte der Norden Schleswig-Holsteins gut daran, vorhandene und mögliche Stärken eigenständig (weiter) zu entwickeln. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangte auch Dr. Hayo Herrmann vom Institut für Regionalforschung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel in seinen Ausführungen zur Ausrichtung der K.E.R.N.-Region: Alle Verflechtungsdaten zeigen an, dass der mittelhohsteinische Wirtschaftsraum sich mit dem Gesicht nach Hamburg entwickelt. Der Landesteil Schleswig wird sich daran zu orientieren haben und zugleich seine Verflechtungsbeziehungen nach Norden ausbauen müssen. Hier setzte Prof. Dr. Martin Klatt vom Institut for Grænseregionsforskning der Syddansk Universitet in Sønderborg in seinem Vortrag „Der deutsche Norden – von Dänemark aus gesehen“ einige Fragezeichen:¹³ Tatsächlich seien die wirtschaftliche Bande besonders zu Südschleswig bislang quantitativ nicht sehr bedeutsam. Zudem gebe es deutliche Unterschiede zwischen der dänischen Wirtschaftsmentalität und der deutschen Subventionsmentalität. Und schließlich sei der „Koldingfjord-Gipfel“ vom Februar 2007 nur ein Signal dafür, dass sich der Schwerpunkt grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten über die unmittelbare Grenzregion hinweg unmittelbar Richtung Hamburger Raum verlagern könnte.¹⁴ Angesichts dessen müssten die vorhandenen Kooperations- und Entwicklungschancen entschlossener ergriffen werden: etwa Grenzhandel und grenzlandorientierter Einkaufstourismus, grenzüberschreitende Dienstleistungen oder auch transnationale, zweisprachige Ausbildungsmodelle. Im Übrigen sollten sich die Anstrengungen auf den weiteren Ausbau der Infrastruktur richten, um die zeitliche Entfernung zur Metropolregion spürbar zu verkürzen. Außerdem müsse die deutsche Nordregion sich in administrativer Hinsicht klarer als bisher als planungskräftiger Korporativakteur aufstellen, um mit den dänischen Partnern in Politik, Verwaltung und Wirtschaft effektiver kooperieren zu können.

Sein Schlusswort eröffnete M. Ruck mit einem Zitat des soziologischen Klassikers Max Weber: „Eine einmal voll durchgeführte Bürokratie gehört zu den am

schwersten zu zertrümmernden sozialen Gebilden.“ Das gelte auch für die territoriale Organisation von Regierung und Verwaltung in Deutschland. Damit es im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts trotzdem zu einer Revision der zeitgebundenen Territorialstrukturen aus der Nachkriegszeit kommen könne, müssten nicht nur die Zeit dafür „reif“ und institutionelle Gelegenheiten für entsprechende Initiativen vorhanden sein. Nötig sei auch ein sorgfältig geplanter, umfassend angelegter und geduldig vorangebrachter Diskurs mit allen möglichen Protagonisten, Interessenten und Vetospielern, um den Boden dafür zu bereiten. Gegenwärtig sei die Zeit nach Auffassung vieler „überreif“ für eine strukturelle Erneuerung des deutschen Föderalismus – nicht zuletzt auch in territorialer Hinsicht. Außerdem bieten die gerade begonnenen Verhandlungen über die „Föderalismus-Reform II“ einen institutionellen Rahmen, der womöglich für entsprechende Initiativen genutzt werden könnte. Und schließlich habe der politische, gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskurs über das Gesamtproblem und seine vielen Aspekte gerade auch in Norddeutschland deutlich an Intensität gewonnen. Die Flensburger Konferenz werde die konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema „Nordstaat“ im wissenschaftlichen Raum wie auf praktisch-politischer Ebene hoffentlich auch im Norden weiter voranbringen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu eingehend Rolf Fischer, Hermann Lüdemann und die deutsche Demokratie, Neumünster 2006, S. 144 ff.
- 2 Klaus Konrad, Gebietsreform und Neuordnung der Länder, in: Rudolf Titzck (Hg.), Landtage in Schleswig-Holstein gestern – heute – morgen. Zum 40. Jahrestag der ersten demokratischen Wahl am 20. April 1947, Husum 1997, S. 194 f. Konrad gehörte dem Kieler Landtag von 1962 bis 1969 als SPD-Abgeordneter an.
- 3 Peter Höver, Nordstaat-Debatten – so alt wie die Bundesrepublik, in: Flensburger Tageblatt (FT), 20.01.2003, S. 4.
- 4 Vgl. für Vieles: Ministerpräsidenten gehen gemeinsam ins Kloster. Was die Kabinettsausschüsse von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern morgen in Zarrentin zu besprechen haben, in: FT, 29.10.2007, S. 3; Michael Kluth, Drei Länder, ein Raum: Der neue Norden, in: ebd., 31.10.2007, S. 4; Peter Höver, Der Blick geht nach Osten. Norddeutsche Zusammenarbeit, in: ebd., S. 2; vgl. schon: ders., Carstensen mahnt die Länder zum Miteinander. Der scheidende Bundesratspräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat beim Rückblick auf seine einjährige Amtszeit die Länder – vor allem im Norden – zur Solidarität untereinander aufgefordert, in: ebd., 14.10.2006, S. 2.
- 5 Auf einem Kongress in Norderstedt am 28.11.2007; vgl. dazu Der Norden auf dem Weg zum Standesamt. Hamburg und Holstein wollen Kooperation vertiefen und fordern „mehr Raum für Wirtschaft“, in: FT, 29.11.2007, S. 6. Klaus Schrader u.a., Potenziale

- und Chancen zum Aufbau einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein – vorläufige Fassung –, hrsg. v. Institut für Weltwirtschaft, Kiel Oktober 2007; dazu auch: Zu wenig Kooperation zwischen beiden Nord-Staaten. Potenzialstudie des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, in: FT, 29.11.2007, S. 3.
- 6 Die Tagungsbeiträge sind abgedruckt in: Edzard Schmidt-Jortzig/Henning Voscherau (Hg.), Nordstaat. Interdisziplinäre Untersuchung zu Chancen und Risiken einer künftigen Zusammenarbeit oder Fusion norddeutscher Bundesländer, Kiel 2006. Vgl. auch die in der Zeitungsbeilage „Brückenschlag“ unter der Überschrift „Ein Plädoyer für den Nordstaat“ veröffentlichten Kurzfassungen der meisten Kieler Vorträge, in: FT, 19.05.2006, S. 6-9.
 - 7 Vor allem im Gespräch des Autors mit dem Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik in der IHK Flensburg, Herrn Dipl.-Volkswirt Ulrich Spitzer.
 - 8 Vgl. das entsprechend „regional differenzierte Bild“ einer 2007 durchgeführten Expertenbefragung „zur künftigen Zusammenarbeit“ in einer „Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein und Hamburg“, in: Schrader u.a.: Potenziale und Chancen (wie Anm. 6), S. 114 f.
 - 9 Vgl. etwa Kay Iversen: Kommunalreform in Dänemark und die Konsequenzen für das Grenzland. 5. Dialog Grenzfriedensbund, in: GFH 1/2006, S. 3-12.
 - 10 Vgl. den Zeitungsbericht: „Irgendwann kommt der Nordstaat“. Bernd Rohwers Plädoyer für deutlich mehr Kooperation / von Gerlachs Absage an Hamburger Dominanz, in: FT, 01.06.2007, S. 22.
 - 11 Vgl. den Zeitungsbericht: Auf der Suche nach neuen Perspektiven für den Nordstaat. Landespolitiker diskutieren bei einer Konferenz in der Universität Flensburg ökonomische und kulturelle Perspektiven des Nordens in einem Nordstaat, in: FT, 02.06.2007, S. 16.
 - 12 Vgl. dazu die Überlegungen des minderheitenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: „Nordstaat“ und Minderheitenpolitik. Von der realen Gefahr der politischen Marginalisierung, in: GFH 1/2006, S. 19-22.
 - 13 Vgl. Frank Jung, Deutsche Nachbarn als Garant für die Zukunft. Das südliche Dänemark hat die besten Chancen für eine gute Zukunft, wenn es die Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarn deutlich verstärkt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Grenzregionforschung in Apenrade, in: FT, 21.03.2007, S. 23. Vgl. Martin Klatt: 10 Jahre Region Sønderjylland. Eine Bestandsaufnahme, in: GFH 3/2007, S. 167-178; Potenziale in der deutsch-dänischen Grenzregion als strategische Option für den Landesteil Schleswig (Kapitel 8), in: Schrader u.a.: Potenziale und Chancen (wie Anm. 6), S. 216 ff.
 - 14 Vgl. etwa: Gipfeltreffen in Haithabu bringt frischen Wind. Der Landesteil Schleswig war mit Sønderjylland zehn Jahre lang Vorreiter – jetzt wird die deutsch-dänische Zusammenarbeit auf ganz Schleswig-Holstein und Süddänemark ausgedehnt, in: FT, 28.06.2007, S. 25; Grenzgänger Richtung Dänemark. Carstensen holt Hamburg für Zusammenarbeit mit dem Nachbarland ins Boot. Gipfeltreffen auf Schloss Plön, in: ebd., 02.11.2007, S. 4.

„Berufsabschlüsse über die Grenze hinweg anerkennen“

Die wirtschaftliche Kooperation in der deutsch-dänischen Grenzregion birgt für beide Länder große Chancen. Dies ist nicht nur die Überzeugung der IHK Flensburg, sondern wurde auch von einem Ende November vorgestellten Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) deutlich hervorgehoben. Als eines der Entwicklungshemmnisse in der Region Sønderjylland-Schleswig bemängelte das Institut allerdings das Fehlen eines gemeinsamen Arbeitsmarktes. Die IHK Flensburg bemüht sich, mit Partnern aus Politik und Wirtschaft beider Länder diesen Schwachpunkt zu beseitigen: In der IHK Flensburg tagte zum ersten Mal das deutsch-dänische Arbeitsmarktforum. „Wir dürfen uns die wirtschaftlichen Chancen, die in unserer Region liegen, nicht entgehen lassen. Von einem gemeinsamen deutsch-dänischen Arbeitsmarkt profitieren Unternehmer und Arbeitnehmer auf beiden Seiten der Grenze“, erklärte Dr. Michael Schack vom Deutsch-Dänischen Regionalmanagement der IHK Flensburg. Die Region habe beiderseits der Grenze mit ähnlichen Problemen zu kämpfen, gemeinsame Lösungen drängen sich daher auf, so Schack weiter.

An dem Treffen beteiligten sich Vertreter der Sozialpartner, Ministerien, Unternehmen und Arbeitsagenturen beider Länder. Aus Sicht der Beteiligten geht es beim Fachkräftemangel nicht darum, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. „Wir wollen lieber gemeinsam überlegen, wie wir es schaffen, kompetente Leute zu holen und qualifizierte Arbeitskräfte in der Re-

gion zu halten. Außerdem wollen wir die grenzüberschreitende Ausbildung weiter verbessern“, sagte Schack.

Eine wichtige Aufgabe des Arbeitsmarktforums ist darüber hinaus die Mitgestaltung eines deutsch-dänischen Berufsanererkennungspaktes. Dieser soll eine Vielzahl an Berufsabschlüssen beinhalten, die auf beiden Seiten der Grenze problemlos anerkannt werden. Die Staatsregierungen beider Länder sind sich einig, dass ein solches Abkommen den Arbeitsmarkt durchlässiger und flexibler gestalten würde, und haben das deutsch-dänische Arbeitsmarktforum beauftragt, hierzu konkrete Vorschläge zu liefern.

Flensburger Tageblatt, 14.12.2007

Mehr deutsch-dänische Hospitals-Partnerschaft

Fast einstimmig hat der Regionsrat Süddänemark in Vejle die neue Krankenhausstruktur verabschiedet, die monatelang für Zündstoff gesorgt hatte und sich vor allem in Nordschleswig auf den Streit um den Standort des Akutkrankenhauses in Apenrade oder Sonderburg zugespitzt hatte. Regionsvorsitzender Carl Holst (Venstre) hatte noch einmal die Einigung auf einen Kompromiss auf breiter Grundlage gewürdigt, der der Region zu einem Weltklasse-Gesundheitssystem verhelfen solle. Sein Stellvertreter, Poul-Erik Svendsen (Soz.), wies auf die Pläne hin, in Odense eine neue Uniklinik und in Nordschleswig ebenfalls ein neues Krankenhaus mit Notfallabteilung zu bauen. Svendsen wies darauf hin, dass man nach Rücksprache mit der staatlichen Gesundheitsbehörde

eine Ausweitung der deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Bereich Nordschleswig beleuchten werde.

Bent Poulsen (V) wies darauf hin, dass man beim Thema grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Krankenhauswesen auf die Anregungen aus Sonderburg und Apenrade eingegangenen sei. Das Thema griff Kent Kirk (Kons.) auf, um nochmals beim Thema Standort Akutkrankenhaus „nachzutreten“. Er forderte, die Karten auf den Tisch zu legen und das neue Krankenhaus in Sonderburg zu platzieren, das sei im Wahlkampf von den Sozialdemokraten versprochen worden – und fügte hinzu, das neue Krankenhaus sollte den Bedarf Nordschleswigs und nicht für Patienten in Deutschland gebaut werden. Jens Andresen (V) konterte und erinnerte an konservative Versprechungen, vier Akut-Stationen zu schaffen, und fügte hinzu, es gehe um den im Vergleich vereinbarten Standort an der Autobahn zwischen Sonderburg und Apenrade.

Der Nordschleswiger, 21.12.2007

„Deutsch kein verhasstes Fach“

Der neue sprachliche Zweig – in dem die Schüler Englisch sowie entweder Deutsch oder Französisch auf A- oder B-Niveau wählen können – tritt ab 2009 in Kraft, ist aber nicht weitreichend genug, so die Vorsitzende des Deutschlehrer-Vereins für Gymnasien und HF, Susanne Engberg, Esbjerg. „Die Gymnasiumsreform war ein Rückschlag für alle Sprachenfächer inklusive Deutsch“, so Engberg, die Deutsch als Fach jedoch weiter in einer guten Position sieht: „Ich habe nicht mehr das Gefühl, dass Deutsch ein verhasstes Fach (auf Dänisch „hadefag“, Anm. d. DN-Redaktion) ist. Im Verhältnis zu an-

deren Fremdsprachen wie Spanisch oder Italienisch behauptet sich Deutsch ganz gut“, so die Vorsitzende, die den Stellenwert von Deutsch gerne höher schrauben würde. „Mit einem großen Nachbarn wie Deutschland ist die Sache doch eigentlich ganz klar, dass Deutsch höher gewichtet werden muss.“ Es gehe jedoch zunächst einmal darum, die Sprachfächer generell zu stärken und weitere Reformen der Reform voranzutreiben: „Ein erstes Fazit können wir jedoch erst ziehen, wenn 2008 die ersten Abiturienten nach der Reform fertig sind.“

*Der Nordschleswiger, 21.12.2007
(vgl. a. GFH 2/2007, S. 128-129)*

„Tiefere sprachliche Kenntnisse für Beweglichkeit im Grenzland“

„Kern der grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Zusammenarbeit wird auch künftig die ‚alte‘ Region Sønderjylland/Schleswig sein“, hat der Vorsitzende der Regionalversammlung Sønderjylland/Schleswig, Jens Andresen (Venstre), Branderup, während der Neujahrstagung des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) in der Akademie Sankelmark unterstrichen. Der Politiker, der Mitglied des Regionsrates Süddänemark und des Tonderner Stadtrates ist, unterstrich, dass es im Zusammenleben im Grenzland seit der Schaffung der Region vor über zehn Jahren große Fortschritte gegeben habe. Wichtig ist es aber, dass die Menschen zu beiden Seiten der Grenze noch mehr Kenntnisse voneinander im Alltag bekommen. „Es sind tiefer gehende sprachliche Kenntnisse auf deutscher und dänischer Seite nötig, um mehr Beweglichkeit im Grenzland zu erreichen. Da muss in den Schulen mehr gemacht werden“, so der

Politiker, der ausdrücklich die große Zahl der Grenzpendler begrüßte.

Neben Andresen sprachen auch Hinrich Jürgensen, Beobachter im Wachstumsforum der Region Süddänemark, und Siegfried Matlok, neuer Vertreter der deutschen Nordschleswiger im Interreg-Ausschuss, über neue Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Kooperation.

Jürgensen nannte als aktuelle grenzüberschreitende Herausforderung u.a. eine Abstimmung der Wirtschaftsentwicklungsstrategien in Südjütland und Schleswig-Holstein.

Siegfried Matlok, der eingehend das anlaufende Interreg IV a Programm unter dem Titel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (EFRU) vorstellte, wies darauf hin, dass das alte Amt Nordschleswig darin als Fördergebiet „DDK 009“ fortbestehe. Er wies auf Prognosen hin, dass sich Bedarf für Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte nördlich der Grenze auch langfristig abzeichne. Trotz vieler Vorschläge seien noch viel mehr Ideen und Konzepte für neue Interregprojekte nötig.

Jens Andresen sprach auch das Thema Infrastruktur an. „Wir befinden uns im nördlichen Schleswig-Holstein und Nordschleswig in der gleichen Situation, dass die Infrastruktur in unseren Landesteilen geradezu ausgehungert ist“, so Andresen, und forderte neue gemeinsame deutsch-dänische Initiativen, um das bisherige Prinzip zu bremsen, nur dort Verkehrsadern auszubauen, wo bereits viel Verkehr vorhanden ist. „Es muss auch in den peripheren Gebieten ausgebaut werden“, so Andresen, der das verwahrloste Aussehen des Flensburger Bahnhofs als Erkennungszeichen für die seit Jahrzehnten zu beobachtende Drosselung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs bezeichnete.

In der Diskussion meinte Andresen zur

Frage Harald Søndergaards, ob er das Amt Nordschleswig vermisse, dass die Region gut arbeite. Er vermisse aber die Koordinationskraft des Amtes. „Die Kommunen Nordschleswigs leisten da noch nicht genug“, sagte er.

Der Nordschleswiger, 14.1.2008

WEITERE SCHLAGZEILEN AUS DEM GRENZLAND

28.000 Einwohner verlassen Südschleswig

Flensburg Avis, 7.12.2007

Laut der neusten Prognose zur Bevölkerungsentwicklung wird der Landesteil bis 2025 28.000 Einwohner verlieren. Alleine Flensburg würde seine Einwohnerzahl halten können.

Friesisch wird Schulfach für alle

Flensburg Avis, 7.12.2007

Die Landesregierung arbeitet an einer neuen Direktive, wonach Friesisch künftig in ganz Nordfriesland flächendeckend als voll anerkanntes Wahlfach angeboten werden soll.

Minutenhalt: Kurze Premiere für den ICE 381

Flensburger Tageblatt, 10.12.2007

Nachdem es bereits Kritik wegen der Abhängigkeit Nordschleswigs von der neuen ICE-Verbindung gegeben hatte (GFH 4/2007, S. 293), gab es auch südlich der Grenze Kritik daran, dass die Zeitersparnis gegenüber den Vorläuferzügen minimal sei.

Haarder sieht von Wohnpflicht ab
Flensburg Avis, 13.12.2007

Der Streit um die Wohnpflicht von Nachschülern an der Bauer Gewerbeschule in Dänemark wurde beendet, Südschleswiger können auch weiterhin dort unterrichtet werden (s. GFH 4/2007, S. 291).

Preis für kulturelle Projekte
der Region

Flensburger Tageblatt, 14.12.2007

Der Ausschuss für Kultur, Kontakt und Zusammenarbeit der Region Sønderjylland-Schleswig vergibt künftig jedes zweite Jahr einen Förderpreis für besondere grenz-überschreitende Projekte, der mit 11.000 Euro dotiert ist.

Guter Wille und ungelöste
Probleme

Flensburg Avis, 14.12.2007

Der Minderheitenbericht der Landesregierung fällt zwiespältig aus. Trotz des allgemein anerkannten guten Willens, den Minderheitenschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu behandeln, gibt es immer noch Defizite, vor allem in Bezug auf die Sprachpolitik und die Möglichkeiten zur Darstellung der Minderheiten in der Öffentlichkeit.

Mehr Schutz für Preußens Bauten

Flensburger Tageblatt, 14.12.2008

Der „Kulturmiljøråd“ für Nordschleswig hat angemahnt, mehrere bedeutende Bauten aus der Kaiserzeit im Landesteil unter Denkmalschutz zu stellen, um ein wichtiges Kulturerbe zu bewahren. Bislang ist kein einziges Gebäude geschützt.

Eisige Winde im Kreistag

Flensburg Avis, 14.12.2007

Im Schleswiger Kreistag gab es eine heftige Auseinandersetzung um die Elternbeteiligung bei den Fahrtkosten, bei der es von Seiten der SPD in Bezug auf die dänischen Schulen verlautete, dass man für private Schulen auch selbst bezahlen müsse.

44 Millionen Euro für die
Grenzregion

Flensburger Tageblatt, 28.12.2007

Nachdem zunächst befürchtet worden war, dass der Grenzregion Interreg-Gelder durch die größere Konkurrenz mit benachbarten Landesteilen verloren gehen würden, sind nun allein 10,5 Millionen davon für grenzüberschreitende Projekte in der engeren Grenzregion (die vier nordschleswigschen Kommunen und die drei südschleswigschen Kreise) reserviert worden, da hier nach wie vor ein besonders hohes Kooperationsbedürfnis bestehe.

Unter Nachbarn – Blandt naboer

Flensburg Avis / Flensburger Tageblatt /
Der Nordschleswiger, 29.12.2007

Mit einer gemeinsam gestalteten wöchentlichen Seite bringen die drei Grenzland-Zeitungen jeden Sonnabend Informationen über bestimmte Themenbereiche auf beiden Seiten der Grenze. Begleitet wird die Serie freitags im Flensburger Tageblatt durch die Serie „Grenzgeschichten“, in welcher die Historiker des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte geschichtliche Entwicklungen, Strömungen und Ereignisse im heutigen Grenzgebiet schildern.

Kooperation bei Sprachenförderung und -politik

Der Nordschleswiger, 4.1.2008

Zwischen der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Flensburg, und dem „European Bureau for Lesser Used Languages“ (EBLUL), Brüssel, wurde bei einem vom SSF vermittelten Treffen eine engere Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Sprachenförderung und der Sprachenpolitik für die kleinen und kleinsten Sprachen in Europa ins Auge gefasst. Zuvor hatte es immer wieder Spannungen zwischen den beiden Organisationen gegeben.

Mehr illegale Einwanderer üben Druck auf Grenze aus

Flensburg Avis, 5.1.2008

Die Zahl illegaler Grenzgänger hat sich 2007 deutlich erhöht. Im Vergleich zu 2006 stieg die Zahl der auf deutscher Seite aufgegriffenen Personen markant von 281 auf 484. Vor allem Flüchtlinge aus dem Irak.

Pendler finden einander im Internet

Flensburg Avis, 5.1.2008

Das Internet-Portal www.pendlerplus.dk, das aus Interreg-Mitteln finanziert worden und in Zusammenarbeit zwischen Region, den regionalen Gebietskörperschaften und den regionalen Verkehrsgesellschaften entstanden ist, ist nun öffentlich zugänglich. Es soll Grenzpendlern helfen, öffentliche Verkehrsverbindungen oder private Mitfahrgelegenheiten zu finden.

Deutsche Zuzügler wählen dänische Schulen

Flensburg Avis, 9.1.2008

Obwohl die Apenrader Bürgermeisterin Tove Larsen die zahlreichen deutschen Zuzügler in ihrer Kommune dazu ermuntert hatte, ihre Kinder in die Einrichtungen der deutschen Minderheit zu schicken, scheinen die meisten die öffentlichen dänischen Kindergärten und Schulen zu bevorzugen. Als Grund dafür wird angenommen, dass die Kinder schneller Dänisch lernen sollen – aber auch mangelnde Information über die Existenz der Einrichtungen der deutschen Minderheit. Dennoch melden auch mehrere deutsche Schulen den Zugang von Kindern zugezogener Familien (Nordschleswiger, 10.1.).

Internetauftritt für die Wirtschaft der Region

Flensburger Tagelblatt, 9.1.2008

Die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften haben die bisherigen Portale mit Informationen über grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen unter der neuen Adresse www.grenznet.com bzw. www.graensnet.com zusammengefasst.

Arbeitslose bekommen weniger Grenzberatung

Flensburg Avis, 11.1.2008

Nach dem Ende von Gramark (GFH 3/2007, S. 206) wird die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung in verkleinerter Form durch EURES-T in Bredstedt und Flensburg fortgesetzt.

Grenzverein: Weiterbildung hat Konjunktur

Flensburger Tageblatt, 11.1.2008

Die Bildungseinrichtungen des Grenz-

vereins erleben einen weiteren Zustrom zu Seminaren und Tagungen. Allerdings geht das Interesse an politischer Bildung zurück.

Ziel: Deutsch-dänisches
Infrastrukturabkommen

Der Nordschleswiger, 15.1.2008

Der „Udviklingsråd“ Sønderjylland (URS) mit Ex-Danfoss-Geschäftsführer Hans Kirk, der Apenrader Bürgermeisterin und den meisten Folketingsabgeordneten aus dem Landesteil forderte einen deutlichen Ausbau der Verkehrswege im Landesteil (Straße wie Schiene) und ein deutsch-dänisches Regierungsabkommen, um die heutigen und künftig zu erwartenden Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen.

Hamburg macht Front gegen
Wattenmeer

Flensburg Avis, 15.1.2008

Der Hamburger Senat hat sich gegen die Anerkennung des Wattenmeeres als UNESCO-Welterbe ausgesprochen, weil man negative Auswirkungen für die geplante Elbvertiefung und den weiteren Hafenausbau befürchtet.

Kleinschmidt erneuert
Mitgliedschaft nicht

Nyheder fra Grænseforeningen,
16.1.2008

Nachdem die zunächst für ein Jahr geschenkte Mitgliedschaft bei Grænseforeningen des Sonderburger SP-Abgeordneten Stephan Kleinschmidt für öffentlichen Wirbel gesorgt hatte, erneuerte der Repräsentant der deutschen Volksgruppe diese nicht (s. GFH 2/2007, S. 134).

Nationalpark mit gemischten
Gefühlen aufgenommen

Jydske Vestkysten, 18.1.2008

Nach langem Tauziehen und trotz erheblichem Widerstand vor allem bei den örtlichen Landwirtschafts- und Jagdverbänden wurde die Ausrufung des nord-schleswigischen Wattenmeergebiets zum Nationalpark nun beschlossen. Ob Dänemark sich auch an der deutsch-niederländischen Antrag zur Anerkennung des Wattenmeeres als Weltnaturerbe beteiligen will, ist noch offen.

Vorstoß für eine Autobahn
Heide-Esbjerg

Flensburger Tageblatt, 18.1.2008

Die Handels- und Gewerbevereine im nördlichen Nordfriesland fordern den Bau einer Westküsten-Autobahn in Verlängerung der A 23 von Heide parallel zur B 5/A 11 über Husum, Tondern und Varde bis Herning. Dem schließt sich die Kommune Tondern an (FT 4.3.2008). Auch die schnelle Einführung durchgehender Züge auf der Marschenbahn wird angemahnt.

Hitlers Gas tötet Maulwürfe

Jydske Vestkysten, 28.1.2008

Ein Beitrag über ein Gift zur Bekämpfung von Maulwürfen sorgte für Unmut, da hier Vergleiche damit gezogen wurden, dass derselbe Stoff zum Massenmord in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten angewendet wurde.

Die Besten in Europa

Jydske Vestkysten, 29.1.2008

Der Sieg der dänischen Herrenhand-

ball-Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft in Norwegen wurde als einer der größten Triumphe der dänischen Sportgeschichte gefeiert. Auch drei aktuelle und zwei ehemalige Flensburger Spieler waren an diesem Erfolg beteiligt. Wie vier Jahre zuvor kam es im Halbfinale zu einem deutsch-dänischen Duell. Glücklicherweise blieb der Appell an alte Feindbilder in der Boulevardpresse dieses Mal aus (vgl. dazu GFH 1/2004, S. 54).

Eine Station auf dem Weg in die Hölle

Flensburg Avis, 30.1.2008

Am Mahnmal Harrislee-Bahnhof wurde wie alljährlich der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht. Schülerinnen und Schüler der Harrisleer Zentralschule und von Duborg-Skolen trugen eigene Lieder zu diesem Thema vor und lasen Berichte über das Geschehen der Zeit vor. Im Mittelpunkt stehen die über 1600 Menschen, die 1944 aus Fröslee in deutsche KZs, vor allem nach Neuen-gamme deportiert wurden.

Die Welt auf der Spur der Wikinger

Flensburg Avis, 5.2.2008

Bei einem Besuch der wikingerzeitlichen Anlagen von Dannewerk und Hedeby durch die isländische Kulturministerin wurden die Bemühungen zur Anerkennung als UNESCO-Welterbe weiter vorangebracht. Der deutsch-dänische Antrag soll auch von Island, Schweden und Kanada unterstützt werden.

Minister begutachtet Verkauf von Getränkedosen in Deutschland

Flensburg Avis, 7.2.2008

Umweltminister Troels Lund Poulsen sucht nach einer Lösung im Streit um Getränkedosen aus dem Grenzhandel. Da diese von der Pfandpflicht ausgenommen sind, bilden sie ein zunehmendes Umweltproblem. Als Lösung wird ein europaweites Pfandsystem angemahnt.

„Grenzland hat die Lektion gelernt“

Flensburger Tageblatt, 7.2.2008

Beim alljährlichen Gedenken an die Schlacht von Oeversee/Sankelmark 1864 hielt der derzeitige Vorsitzende der Regionalversammlung, Jens Andresen aus Tondern, die Festrede. Es wurde der Opfer gedacht, aber auch die heute gute deutsch-dänische Zusammenarbeit hervorgehoben. Auch der legendenhafte humanitäre Einsatz Flensburger Bürger nach der Schlacht wurde herausgestellt (s. hierzu die Beiträge von Frank Lubowitz u. Lars Henningsen in GFH 1/2006, S. 70-71 bzw. GFH 4/2006, S. 295 ff.).

Richtig gute Zusammenarbeit mit Kieler Universitätsklinik

Der Nordschleswiger, 12.2.2008

Nachdem die Behandlung dänischer Krebspatienten im Flensburger St. Franziskus-Hospital seit vielen Jahren gut geklappt hat, werden inzwischen auch Patienten aus anderen dänischen Landesteilen nach Flensburg und Kiel überwiesen, um sie nicht längeren Wartezeiten aussetzen zu müssen.

88 Jahre danach

Flensburg Avis, 12.2.2008

Beim jährlichen Erinnerungsfest an die Volksabstimmung über die staatliche Zu-

gehörigkeit in der I. Zone am 10.2.2008 im Apenrader Folkehjem wurde u.a. Kritik an der langjährigen Herabstufung des Geschichtsunterrichts an dänischen Schulen laut. Der Vorsitzende von Grænseforeningene, Finn Slumstrup, zog das Fazit, dass man seit 1920 bzw. 1945/55 im deutsch-dänischen Verhältnis sehr weit gekommen sei, beklagte aber auch mangelndes Wissen übereinander und unter der Oberfläche verborgene Konflikte, die leicht wieder hervortreten können.

„Hitler“ auf Schild des deutschen Kindergartens

Der Nordschleswiger, 12.2.2008

Unbekannte Täter überschmierten das hölzerne Eingangsschild des Deutschen Kindergartens in Hadersleben mit dem Wort „Hitler“. Offenbar handelte es sich um sehr junge Täter ohne politische Motivation, da auch das Schild des gegenüber liegenden Kindergartens „Ryes Møllehave“ beschmiert wurde, allerdings ohne sichtbare Tendenz.

Mordplan gegen Mohammed-Karikaturisten aufgedeckt

Spiegel-online, 12.2.2008

Zwei Jahre nach der Krise um die im September 2005 in Jyllands-Posten unter dem Titel „Das Gesicht Mohammeds“ veröffentlichten Karikaturen (s. GFH 1/2006, S. 65-67) konnte Politiets Efterretningstjeneste (PET) einen vorbereiteten Mordanschlag auf den 73-jährigen Zeichner Kurt Westergaard in Århus vereiteln. Drei Männer wurden festgenommen. Aus Solidarität mit dem bedrohten Zeichner druckten praktisch alle dänischen Zeitungen am Folgetag Westergaards Zeichnung ab. Da-

raufhin kam es in der islamischen Welt vereinzelt zu antidänischen Protesten, die teilweise mehrere Wochen lang anhielten. Ferner sorgte die Ausstellung einer dänischen Künstlergruppe sowohl in Kopenhagen als auch in Berlin für Aufregung, da hier die heilige Kaaba in Mekka gemeinsam mit Symbolorten anderer Religion als „dummer Stein“ bezeichnet wurde. Die Berliner Ausstellung wurde zeitweise sogar geschlossen.

Karlsruhe kippt Fünf-Prozent-Klausel
Flensburger Tageblatt, 14.2.2008

Das Bundesverfassungsgericht hat die Fünf-Prozent-Hürde zum Einzug in kommunale Parlamente für verfassungswidrig erklärt. Schleswig-Holstein war zuletzt eines der wenigen Bundesländer, das diese Regel noch praktizierte. Bereits bei der Kommunalwahl im kommenden Mai wird die Sperrgrenze bei den Kreis- und Gemeinderatswahlen nicht mehr gelten.

Gleichberechtigung in Nordfriesland auf dem Weg

Flensburg Avis, 15.2.2008

Nachdem die Mehrheit des nordfriesischen Kreistags gegen die erhöhte Eigenbeteiligung der Eltern bei der Schülerbeförderung gestimmt hat, ist nun auch der langandauernde Konflikt über die Gleichberechtigung der dänischen Schüler beigelegt worden. Der Kreis erstattet rückwirkend die seit Jahresbeginn bezahlten Beiträge.

SSW fordert unabhängige Beauftragte
Flensburg Avis, 18.2.2008

Für den Fall, dass die Kultur- und Minderheitenbeauftragte Caroline Schwarz eine

hauptamtliche Stelle in der Staatskanzlei erhält, fordert der SSW eine erneute Trennung der beiden Aufgaben. Man habe gute Erfahrungen mit den ehrenamtlichen Grenzland- und Minderheitenbeauftragten gemacht, denn gerade durch die größere Unabhängigkeit von der Regierung sei ihnen die Vermittlerrolle zwischen Regierung und Minderheiten so gut gelungen. Eine endgültige Entscheidung war bei Redaktionsschluss noch nicht gefallen.

Seid ihr Dänen oder was?

Jydske Vestkysten, 18.2.2008

In einer Titelgeschichte und in einem Leitartikel von Poul-Erik Thomsen (am Folgetag) setzte sich die dominierende süd-jütische Tageszeitung kritisch damit auseinander, dass sich viele junge dänische Südschleswiger nicht eindeutig als Dänen definierten. Dabei wurde keine Rücksicht darauf genommen, dass die Minderheit in einem deutschsprachigen Umfeld lebt und dieses nicht ignorieren kann, dass das regionale Bewusstsein (in diesem Fall als „Südschleswiger“) zwangsläufig eine viel größere Rolle als in Dänemark selbst spielt und dass eine kulturelle Entweder-Oder-Entscheidung des Einzelnen oft schon allein durch die familiären Verhältnisse nicht möglich ist.

Noch eine Nacht in Flammen

Jydske Vestkysten, 18.2.2008

Während der landesweiten Winterferien gab es in Dänemark in dieser Heftigkeit noch nie bekannte Ausschreitungen vor allem von Jugendlichen „mit einem anderen ethnischen Hintergrund als Dänisch“, wie es aus der offiziellen Sprache direkt übersetzt heißt. Betroffen waren zunächst

Nørrebro und dann vor allem die westlichen Kopenhagener Vororte, aber auch einige Viertel in anderen größeren Städten. Neben Autos und Papiercontainern wurden auch Schulen in Brand gesetzt, wobei in einzelnen Fällen erheblicher Sachschaden entstand. Schockierend war, dass unter den Tätern sogar 10-12-Jährige waren. Ein 16-Jähriger wurde bei dem Versuch festgenommen, eine Kleinkindertagesstätte in Brand zu setzen.

Privatisierung bedroht die regionale Kultur

Flensborg Avis, 26.2.2008

Beim Biike-Empfang in der Nordseeakademie Leck warnte der Vorsitzende des Frische Råd, Ingwer Nommensen, davor, dass die allgemeine Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Leistungen Minderheiten und regionaler Kultur zum Nachteil gereichen kann. Positive Erwartungen setzt er in die geplante gesetzliche Verankerung des Friesischunterrichts in der Schule.

Harte Kritik am Minderheitenzentrum

Flensborg Avis, 26.2.2008

Die FUEV mit ihrem Vorsitzenden Hans Heinrich Hansen an der Spitze kritisierte, dass sich das ECMI nach wie vor zu wenig um die Vermittlung ihrer Forschungsaktivitäten und um Verbindungen mit regionalen Einrichtungen kümmere (s. u.a. den Beitrag von Christoph Bergner in GFH 2/2007, S. 121-124.).

Grenztrio aufgestellt

Flensborg Avis, 27.2.2008

Die Stadt Flensburg und die Kommunen Apenrade und Sonderburg haben

eine neue Initiative zur Zusammenarbeit vereinbart. Die vorläufig als „Grenztrio“ bezeichnete Übereinkunft soll für mehr Wachstum vor Ort sorgen. Wesentliche Arbeitsschwerpunkte werden der grenzüberschreitende Verkehr und Tourismus sein.

Immer noch steigende Vermittlung nach Dänemark

Flensburg Avis, 28.2.2008

Im Jahr 2007 vermittelte EURES mehr Arbeitssuchende als je zuvor nach Dänemark. In einigen Fällen gab es bereits Kritik daran, dass inzwischen auch südlich der Grenze wieder gesuchte Fachkräfte nach Norden vermittelt werden. Dem entgegenen Landräte und Agentur für Arbeit auf einer Pressekonferenz, dass die so erwerbbar dänische Qualifikation auch dem deutschen Arbeitsmarkt zu Gute käme und dass der dänische Arbeitsmarkt für viele eine echte Chance bedeute. Inzwischen macht man sich in der Wirtschaft eher Sorgen darüber, dass die inzwischen lang andauernde Hochkonjunktur in Dänemark bald abflauen könnte.

Nächster Taxifahrer in U-Haft

Der Nordschleswiger, 29.2.2008

Wohl kaum ein Thema bewegte die Gemüter im Grenzland im zurückliegenden Quartal mehr als die Verhaftung zweier deutscher Taxifahrer, die wegen des Transports von Personen ohne gültige Papiere über die Grenze hinweg als Schleuser angeklagt und abgeurteilt wurden. Besonders erregte die Gemüter, dass die Angehörigen der Inhaftierten nicht informiert wurden und bis zum Prozessbeginn kaum in Kontakt mit diesen treten konnten. Am 10. Januar demonstrierten die Flensburger

Taxifahrer am Grenzübergang Pattburg gegen die Inhaftierung ihres Kollegen Jörg Ridder. Die Verteidigung wies darauf hin, dass Taxifahrer nicht zur Ausweiskontrolle befugt seien und gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz („Antidiskriminierungsgesetz“) verstoßen würden, wenn sie von ausländisch aussehenden Fahrgästen Papiere verlangten. Politiker aus Südschleswig verlangten die umgehende Erstellung klarer Richtlinien zum grenzüberschreitenden Personentransport. Ende Februar gab es einen weiteren Fall: Ein Flensburger Fahrer, der von seinen irakischen Fahrgästen Bescheinigungen über Asylanträge zu sehen bekommen hatte und deren Pässe erst verlangte, als er bereits die Landesgrenze überschritten hatte, wurde ebenfalls festgenommen.

Generalkonsulat Vandalismus ausgesetzt

Flensburg Avis, 3.3.2008

Schmierereien und Sachbeschädigungen am dänischen Generalkonsulat in Flensburg wurden am Jahrestag der endgültigen Räumung des „Ungdomshuset“ in Kopenhagen (GFH 1/2007, S. 64) wahrscheinlich von sog. Linksautonomen verübt.

Spoorendonk ist Ritterin des Dannebrog-Ordens

Flensburger Tageblatt, 4.3.2008

Die Landtagsabgeordnete des SSW Anke Spoorendonk erhielt von Königin Margrethe II. eine der höchsten dänischen Auszeichnungen. Dänemark würdigt damit die langjährige erfolgreiche Arbeit der Politikerin für die dänische Minderheit, die Friesen und Südschleswig insgesamt.

Andrang auf Messe „Grenzenlos“

Flensburger Tageblatt, 4.3.2008

Nach dem großen Erfolg der ersten grenzüberschreitenden Messe in Süderlügum (GFH 2/2007, S. 140) haben sich für die Neuauflage im Juni noch wesentlich mehr Aussteller angemeldet.

Kompetenzanalyse gibt 40 konkrete Hinweise

Der Nordschleswiger, 7.3.2008

Eine neue Kompetenzanalyse über die Bedeutung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland, die an der Südtiroler Europa-Akademie EURAC erstellt wurde, weist deutlich darauf hin, dass die Minderheiten ein wesentlicher Standortfaktor sind. Dies müsse viel stärker in der regionalen Entwicklungspolitik und in der Mehrheitsbevölkerung berücksichtigt werden. In der kommenden Ausgabe der GFH wird Landtagspräsident Martin Kayenburg die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung vorstellen.

www.vimu.info – Dansk.Deutsche
Regionalhistorie

Pressemitteilung des IZRG, März 2008

Am 23. April wird das „Virtuelle Museum“ ins Netz gehen. Das deutsch-dänische Interreg-Projekt zur Regionalgeschichte der deutsch-dänischen Grenzregion wurde in Gemeinschaftsarbeit vom Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (Schleswig), dem Zentrum für Multimedia der Fachhochschule Kiel und dem Institut for Historie, Kultur og Samfundsbeskrivelse und dem Institut for Fagsprog, Kommunikation og Informationsvidenskab der Syddansk Universitet erarbeitet.

Flensburg – vor Madrid und

Budapest

Flensburger Tageblatt, 11.3.2008

In einer Untersuchung des Londoner For-eigns Direct Investment Magazine über die Zukunftsträchtigkeit und die Attraktivität für direkte Investitionen belegte Flensburg unter 1000 einbezogenen Städten und Kleinregionen in Europa einen beachtlichen 23. Platz, innerhalb Deutschlands den dritten Platz (hinter Berlin und Leipzig) und den vierten Rang unter den kleineren städtischen Zentren in ganz Europa.

EURES-Netzwerk will Region stärken

Der Nordschleswiger, 11.3.2008

Im vergangenen Jahr haben die 12 Berater des EURES-Netzwerk etwa 1000 Arbeitssuchende pro Monat beraten. Das Projekt ist bis 2012 gesichert.

Postvertriebsstück

C 3340 F

Entgelt bezahlt

ADS-Grenzfriedensbund e.V.

Marienkirchhof 6 • 24937 Flensburg